

35. Sitzung

am Dienstag, dem 22. Februar 2022

Inhalt

Fragestunde

**Anfrage 1: Sanierung oder Neubau:
Zustand der Brücke über den
Grambker See**

Anfrage der Abgeordneten Thore
Schäck, Lencke Wischhusen und
Fraktion der FDP
vom 20. Januar 2022 1852

**Anfrage 2: Neue Recyclingstation in
Osterholz**

Anfrage der Abgeordneten Claas
Rohmeyer, Martin Michalik, Heiko
Strohmann und Fraktion der CDU
vom 25. Januar 2022 1854

**Anfrage 3: Unterschiedliche Öffnungs-
zeiten der Saunen bei den Bremer
Bädern**

Anfrage der Abgeordneten Cindi
Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion
DIE LINKE
vom 25. Januar 2022 1855

**Anfrage 4: Hospitalisierungsinzidenz
bei Kindern: COVID-19 als Auslöser
oder Nebenbefund?**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig
Eschen, Ilona Osterkamp-Weber, Björn
Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 28. Januar 2022 1856

**Anfrage 6: Wie ist der aktuelle Sach-
stand zum Konzept der Übernahme
von Sprach- und Integrationsmittler:
innen und Sprach- und Kulturlots:in-
nen in die öffentliche Verwaltung?**

Anfrage der Abgeordneten Valentina
Tuchel, Birgitt Pfeiffer, Mustafa
Güngör und Fraktion der SPD
vom 1. Februar 2022..... 1858

**Anfrage 5: Hospitalisierungsinzidenz
bei Jugendlichen: COVID-19 als
Auslöser oder Nebenbefund?**

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim
Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-
Weber, Björn Fecker und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. Februar 20221860

**Anfrage 7: „Vandalismus-Challenges“
an Schulen in der Stadtgemeinde
Bremen**

Anfrage der Abgeordneten Bettina
Hornhues, Yvonne Averwenser, Heiko
Strohmann und Fraktion der CDU
vom 3. Februar 20221861

**Anfrage 8: Heizkostenzuschuss für
alle Wohngeldberechtigten?**

Anfrage der Abgeordneten Sigrid
Grönert, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU
vom 4. Februar 20221862

**Anfrage 9: Einrichtungsbezogene
Impfpflicht in Bremen**

Anfrage der Abgeordneten Dr.
Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen
und Fraktion der FDP
vom 7. Februar 20221864

Aktuelle Stunde

**Im Galopp am Bürger vorbei! Der
Umgang des Senats mit der
Bürgerinitiative Rennbahngelände
Bremen und Gewerbetreibenden vor Ort**

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)1866
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis
90/Die Grünen)1868

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	1869
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	1870
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD).....	1872
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1873
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	1874
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	1875
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	1875

**Verkehrswende nur durch Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans – Projektbeirat muss endlich wieder tagen
Antrag der Fraktion der CDU vom 18. Januar 2022
(Drucksache 20/654 S)**

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	1878
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1880
Abgeordnete Anja Schiemann (SPD)	1881
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	1882
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1883
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	1884
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1884
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	1886
Abstimmung	1887

**Ortsgesetz zur Aufhebung des Ortsgesetzes über die förmliche Festlegung eines Entwicklungsbereichs „Osterholz-Tenever“
Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2022
(Drucksache 20/661 S)**

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD).....	1888
Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU)	1889
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	1890
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	1891
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1892
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	1894
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	1895

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU).....	1896
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	1897
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	1898
Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU).....	1900
Abstimmung	1900

**Konzept für die Innenstadt entwickeln – privatwirtschaftliches Engagement mit verbindlichen Leitlinien begleiten
Antrag der Fraktion der CDU vom 19. November 2019
(Drucksache 20/83 S)**

**Konzept für die Innenstadt entwickeln – privatwirtschaftliches Engagement mit verbindlichen Leitlinien begleiten
Bericht der städtischen Deputationen für Wirtschaft und Arbeit sowie für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung vom 26. November 2021
(Drucksache 20/630 S)**

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	1901
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	1902
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)	1903
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1904
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE).....	1905
Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	1906
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	1908
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1908
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)	1910
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE).....	1911
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	1911
Abstimmung	1914

Überprüfung und Fortschreibung des Lärmaktionsplans der Stadt Bremen (3. Stufe)

**Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2022
(Drucksache 20/662 S)..... 1915**

**Bebauungsplan 2463 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Osterholzer Heerstraße, Pfälzer Weg, Dürkheimer Straße und Otto-Brenner-Allee
Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2022
(Drucksache 20/663 S)..... 1915**

**Bericht des städtischen
Petitionsausschusses Nr. 25
vom 18. Februar 2022
(Drucksache 20/669 S) 1915**

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete
Anfragen aus der Fragestunde der
Stadtbürgerschaft vom 22. Februar 2022..... 1916

**Anfrage 10: Quarantänesituation von
wohnungslosen Menschen in der
Omikron-Welle?**

Anfrage der Abgeordneten Mehmet
Ali Seyrek, Ute Reimers-Bruns, Birgitt
Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion
der SPD
vom 8. Februar 2022..... 1916

**Anfrage 11: Kommunikation von
Coronamaßnahmen an
Kulturakteur:innen**

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena
Wargalla, Björn Fecker und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Februar 20221916

**Anfrage 12: Umwandlung der Schule
an der Marcusallee in eine offene
Ganztagsschule**

Anfrage der Abgeordneten Gönül
Bredehorst, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD
vom 15. Februar 20221917

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Frank Magnitz, Dr. Henrike Müller,
Mustafa Öztürk, Klaus-Rainer Rupp

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 35. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde die Tagesordnungspunkte 8 und 12 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich hierbei um den Tagesordnungspunkt 17.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Des Weiteren möchte ich Ihnen mitteilen, dass sich die Abgeordneten Heinrich Löhmann, Uwe Felgenträger und Frank Magnitz zu der parlamentarischen Gruppe L.F.M. zusammengeschlossen haben.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zwölf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Sanierung oder Neubau: Zustand der Brücke über den Grambker See **Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP** **vom 20. Januar 2022**

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. In welchem konkreten Zustand befindet sich die Brücke über den Grambker See, und inwieweit ist die Verkehrssicherheit gewährleistet/gefährdet?

2. In welchen Abständen und nach welchen Maßgaben wurde die Brücke in den letzten elf Jahren instand gehalten, und seit wann sind die Mängel dem Senat bekannt, die zur jetzigen Situation geführt haben?

3. Inwieweit gibt es konkrete Sanierungspläne für die Brücke über den Grambker See, und inwiefern sieht der Senat die Möglichkeit eines Brückenersatzbaus, mit welchen Kosten ist hierbei zu rechnen, und in welchem Zeithorizont ist eine Realisierung denkbar?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das genaue Alter der Brücke ist nicht bekannt, die Brücke wurde durch das Technische Hilfswerk, THW, gebaut. Die Brücke hängt an einer Stelle durch. Als mögliche Ursache wird hier das durchgebrochene Holz des Auflagers gesehen. Die Auflager der Brücke befinden sich in ständigem Erdkontakt, was die Zersetzung des Baumaterials begünstigt. An den Balken/Längsträgern und Kanthölzern ist Pilzbefall sichtbar. An den Querträgern unterhalb der Brücke befindet sich ausgeprägter Pilzbefall. Die Aussteifung der Brücke wurde nicht fachgerecht fixiert, und am Lagersockel ist eine Stelle gebrochen. Das Gelände der Brücke ist verformt und beweglich, und des Weite-

ren wurde ein schadhafter Brückenbelag, resultierend aus falscher Materialwahl, also falscher Holzart, festgestellt.

Aufgrund des Zustands und der sichtbaren Schäden an der Holzbrücke wurde ein Ingenieurbüro mit der Prüfung des Bauwerks gemäß DIN 1076 durch den Umweltbetrieb beauftragt. Die Prüfung fand am 11. Dezember 2021 statt. Der vorliegende Prüfbericht beschreibt, dass das Bauwerk erhebliche Mängel an Tragwerk, Belag und Geländer aufweist. Die Mängel resultieren aus der normalen Alterung beziehungsweise Morschung des Holzes, teilweise beschleunigt durch konstruktive Mängel.

Als Fazit wird in dem Gutachten festgehalten, dass eine Grundinstandsetzung des kompletten Bauwerks als unwirtschaftlich betrachtet wird, weil das gesamte Haupttragwerk geschädigt ist. Da die Verkehrssicherheit der Brücke über den Grambker See nicht mehr gegeben ist, wurde die Holzbrücke durch den Umweltbetrieb Bremen am 17. Dezember 2021 gesperrt.

Zu Frage 2: An der Brücke über den Grambker See wurden in den vergangenen elf Jahren durch den Umweltbetrieb regelmäßig Kleinreparaturen zur Herstellung der Verkehrssicherheit nach auftretendem Bedarf durchgeführt. Die festgestellten Defizite in der Standsicherheit resultieren zum Teil aus konstruktiven Mängeln des Tragwerks, die sich im Laufe der Jahre zum jetzigen Schadbild am Holzbauwerk hin entwickelt haben. Diese Schäden des Tragwerks sind im Rahmen von Sichtprüfungen nicht erkennbar gewesen. Somit sind die festgestellten Mängel bezüglich der Verkehrssicherheit, die nun zur Sperrung der Brücke geführt haben, erst seit der Vorlage des Gutachtens aus dem Dezember 2021 bekannt.

Zu Frage 3: Konkrete Sanierungspläne für die Brücke über den Grambker See liegen nicht vor. Die Kosten für den Rückbau und Neubau einer Brücke wurden durch das Ingenieurbüro auf circa 250 000 Euro geschätzt. Im Haushalt stehen für das Projekt zurzeit keine Mittel bereit. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Mich würde noch einmal interessieren, wie es dort weitergeht. Die Brücke ist jetzt nicht mehr nutzbar, sie ist gesperrt, sie kann nicht instand gesetzt werden, weil es sich nicht rechnet, und für einen Neubau gibt es

im Moment kein Geld. Wie soll es denn jetzt weitergehen? Wird es einfach jetzt auf absehbare Zeit keine Überlegungsmöglichkeit dieses Sees mehr geben, oder wie schätzen Sie die Situation ein?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich kann mir gut vorstellen, dass vor Ort gewünscht ist, dass es eine neue Brücke gibt. Jetzt wissen Sie selbst, die Haushaltsberatungen für dieses Jahr sind abgeschlossen. Insgesamt stehen uns auch im Haushalt 2021 172 000 Euro für die Instandsetzung aller Brücken zur Verfügung, also wir sehen, es ist kein Geld da. Wenn es vor Ort gewünscht ist, dass diese Brücke ersetzt wird, dann wird man sicherlich an die Planung gehen, aber dann müssen wir auch schauen, dass wir dann im nächsten Haushalt die 250 000 Euro für diese eine Brücke entsprechend zugebilligt bekommen. Das ist die Wahrheit.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ist Ihnen denn bekannt, dass das Fehlen dieser Brücke oder dass die Brücke nicht mehr genutzt werden kann, jetzt zu großen Belastungen führt, beispielsweise durch große Umwege, die jetzt gelaufen werden müssen oder Ähnliches?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Bei uns hat sich noch keiner gemeldet, insofern gab es noch keine Beschwerden. Wie immer ist es aber ja so, wenn man etwas gewohnt ist, wenn man es vor Ort hat, dann möchte man das natürlich gern wiederhaben. Die Leute, die die Brücke über den Grambker See benutzt haben, werden sie sicherlich vermissen, aber ich kann nicht sagen, dass bei uns jetzt in irgendeiner Weise schon Briefe eingegangen sind. Das mag vor Ort anders aussehen, aber bei uns ist nichts angekommen. Gleichwohl, das wäre jetzt vielleicht dann schon noch einmal unsere Aufgabe, mit dem Beirat/Ortsamt nachzufragen, auch da gab es, zumindest ist das bei mir noch nicht in irgendeiner Weise aufgelaufen, den Wunsch, und doch noch einmal zu eruieren, wie sehr diese Brücke gebraucht wird, um dann zu schauen, ob wir in Planungen einsteigen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wären Sie damit einverstanden, dass wir die zahlreichen Beschwerden, die zumindest bei uns als Partei eingegangen sind, an Sie weiterleiten?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ja, sehr gern, denn, wie gesagt, bei uns ist noch keine eingegangen, und wir brauchen ja so ein Bild – wie ist das Stimmungsbild vor Ort? –, um auch mitentscheiden zu können, wie wir bei den wenigen Mitteln, die wir haben, auch zum Brückenerhalt oder zum Brückenneubau eine Priorisierung machen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 2: Neue Recyclingstation in Osterholz
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer,
Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion
der CDU
vom 25. Januar 2022**

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie stellt sich der Sachstand zur Errichtung der neuen Recyclingstation in der Nähe des Weserparks in Bremen-Osterholz dar?
2. Ist die im Entwicklungsplan 2024 der Bremer Stadtreinigung genannte Eröffnung im Jahr 2023 weiterhin realistisch, und wann beginnen die Bauarbeiten auf dem Gelände?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im beschlossenen Entwicklungsplan Recyclingstationen 2024 ist der Neubau einer sehr modernen Station in Osterholz in der Straße An Krietes Park vorgesehen.

Das Gewinnerkonzept der europaweiten Ausschreibung der Architektenleistung wurde bereits im Rahmen des Verhandlungsverfahrens durch eine Jury aus Vertretern der Bremer Stadtreinigung, der Stadtplanung und der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie dem Ortsamtsleiter Osterholz am 14. Juni 2021 ausgewählt, die Überarbeitungshinweise für die weitere Planung formuliert hatte.

Die Klärung der Grundstücksnutzung zwischen den Ressorts der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit

und Europa und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau soll bis Mitte 2022 abgeschlossen sein. Im März 2022 soll der Bauantrag zur Errichtung der Recyclingstation gestellt und die Bauausschreibung vorbereitet werden, wobei vor Einreichung des Bauantrags die Planung entsprechend den Hinweisen überarbeitet und mit den zuständigen Stellen unter Einbezug der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa abgestimmt wird.

Zu Frage 2: Nach Vorliegen der Baugenehmigung soll mit der Ausschreibung der Bauleistungen begonnen werden. Vom Beginn der Ausschreibung bis zur Auftragserteilung sind mindestens vier Monate für das Vergabeverfahren zu veranschlagen. Abhängig von der Jahreszeit und der Auftragslage kann der Baubeginn variieren, voraussichtlich jedoch circa einen Monat nach Auftragserteilung. Nach derzeitiger Einschätzung ist mit einer Fertigstellung etwa zwölf Monate nach Baubeginn zu rechnen.

Um eine Eröffnung noch im Jahr 2023 zu ermöglichen, muss die Baugenehmigung bis zum 31. Juli 2022 vorliegen, wobei aufgrund der zu Frage 1 dargelegten noch durchzuführenden Arbeitsschritte und der vorab nicht einzuschätzenden Dauer für das Baugenehmigungsverfahren offen ist, ob die Baugenehmigung zum genannten Zeitpunkt vorliegen wird. Ferner muss für die Baugenehmigung beziehungsweise den Baubeginn die Antragstellerin über das entsprechende Grundstück verfügen. Vor diesem Hintergrund sind zeitnah die Rahmenbedingungen für die Vergabe des Grundstücks per Erbbaurecht und für die als Ersatz definierte Entwicklung des Gewerbegebietes Nußhorn abschließend zu klären und zeitgerecht den parlamentarischen Gremien zur Zustimmung vorzulegen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter Rohmeyer, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Ich fürchte, Herr Präsident, ich habe mehrere Nachfragen! Im Gegensatz zu Abgeordneten der Regierungsfraktionen kennen wir die Antworten, die der Senat gibt, ja nicht vorher, aber es war sehr interessant, was Sie gerade am Ende gesagt haben. Frau Senatorin, die Frage ist: Sind etwa die Grundstücksangelegenheiten noch nicht geklärt? Ich habe Ihre abschließenden Äußerungen so verstanden, dass das noch zu klären ist. Wir reden über eine städtische Fläche. Was ist da bitte noch zu klären?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das beantworte ich sehr gern, Herr Abgeordneter! Sie sehen ja, dass zwei Ressorts mit diesen Flächen oder dem Flächentausch beschäftigt sind in, nämlich einmal das Wirtschaftsressort und einmal unser Ressort. Es soll ja ein Flächentausch vollzogen werden, nämlich die Fläche An Krietes Park im Gleichklang mit dem Gewerbegebiet Nußhorn. Es gibt zum einen naturschutzfachliche Fragen, die noch zu klären sind. Dort gibt es einen Wald, da muss man schauen, kann man das dort realisieren, muss dort Kompensation/ein Ausgleich erfolgen, aber wir haben vor allen Dingen auch noch einmal eine Frage bezüglich der Erbpacht zu klären. Da muss die Höhe noch zwischen den Ressorts verhandelt werden, weil es zwei unterschiedliche Sondervermögen sind. Man sagt, das sind beides städtische Flächen, aber sie gehören zwei unterschiedlichen Sondervermögen. Deswegen gibt es diesen Klärungsbedarf bei diesem Flächentausch.

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Senatorin, Sie sprachen vom Bauantrag im März und von einem weiteren Termin im Juni. Für wie realistisch halten Sie es, dass dieser Grundstückstausch bis zum März – denn das ist ja offensichtlich notwendig, um den Bauantrag zu stellen – erfolgt sein wird?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich bin relativ optimistisch, weil die Wirtschaftssenatorin und ich uns in der letzten Woche noch einmal zur Höhe der Erbpacht ausgetauscht haben – das ist vor allen Dingen eines der Themen – und ich die Signale doch so wahrgenommen habe, dass wir beizeiten noch zu einer Lösung kommen.

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Ich fürchte, Herr Präsident, ich habe noch eine weitere Frage. Frau Senatorin, ich stelle die Frage, weil Ende letzten Jahres im Beirat Osterholz von einem Vertreter der Bremer Stadtreinigung angedeutet wurde, dass es nicht so schnell geht, wie man es ursprünglich auch dem Stadtteil Osterholz und den Menschen dort versprochen hat. Es hat ja auch eine sehr erfolgreiche Petition zu einer neuen Recyclingstation gegeben. Würden Sie unterschreiben, würden Sie Ihr Wort geben, dass Sie die Recyclingstation mit allen Fristen, die Sie vorhin genannt haben, die ich

jetzt mit Rücksicht auf das sonnige Gemüt des Präsidenten nicht wiederholen möchte, im Jahr 2023 eröffnen wie versprochen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Es hängt ja nicht nur mein Ressort, sondern auch ein anderes Ressort daran. Deswegen, wenn es nach uns geht –. Sie wissen, dass ich mich dafür eingesetzt habe, dass Osterholz auch wieder eine neue Recyclingstation bekommt, aber Sie kennen auch die Diskussionen um die Flächen und den Flächentausch, und wir müssen die Höhe der Erbpacht einmal untereinander geeint bekommen, damit das Ganze weiter auf den Weg geht. Noch einmal: Die naturschutzfachlichen Fragen, bekommen wir hausintern bei uns gut gelöst, aber wir haben eben auch eine Frage um die Erbpacht, die noch zu lösen ist.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Ja, verbunden mit einer winzigen Vorbemerkung! Ich hoffe auch, dass Sie die Baugenehmigung in Ihrem Hause ermöglichen, man weiß es ja nicht. Frau Senatorin, könnten Sie bitte proaktiv von sich aus die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung informieren, damit wir nicht noch einmal nachfragen müssen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das können wir sehr gern machen, das ist kein Problem.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Danke!)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 3: Unterschiedliche Öffnungszeiten der Saunen bei den Bremer Bädern
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 25. Januar 2022**

Bitte, Herr Kollege Tuncel!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass sich die Preise zur Nutzung und die möglichen Nutzungszeiten bei gleichen Preisen bei den Saunen der Bremer Bäder GmbH stark unterscheiden, wie erklärt der Senat diesen Umstand, und gibt es Pläne, die Preise und

entsprechende Nutzungszeiten zu vereinheitlichen?

2. Wann wird die Sauna des Hallenbads Huchting wieder für den Publikumsverkehr geöffnet?

3. Wie weit ist die Sanierung des Reha-Bades im Stadtteilhaus Huchting in der Tegeler Plate vorangeschritten, und wann steht es der Bremer Bäder GmbH wieder zur Verfügung?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Saunen der Bremer Bäder GmbH an den einzelnen Standorten unterscheiden sich voneinander bezüglich Größe und Angebot. Aus diesem Grund sind auch die Preise und Nutzungszeiten unterschiedlich. Das Südbad verfügt beispielsweise über eine einzigartige Biosauna mit Farblichttherapie sowie eine Infrarotkabine. Eine Vereinheitlichung der Preise ist vor diesem Hintergrund im Grundsatz nicht vorgesehen.

Zu Frage 2: Das Hallenbad Huchting mit dem Saunabereich soll nach derzeitigem Planungsstand nach den Osterferien wieder für den Publikumsverkehr geöffnet werden.

Zu Frage 3: Für die Sanierung des Reha-Bades im Stadtteilhaus Huchting in der Tegeler Plate steht eine abschließende Klärung hinsichtlich der Schadensregulierung noch aus. Ein Zeitpunkt für die Wiederinbetriebnahme kann daher noch nicht genannt werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Ja, ich habe eine Nachfrage zum Reha-Bad: Wann ist denn mit der abschließenden Schadensregulierung zu rechnen, wann wird das geklärt, und wie gestaltet sich die Klärung?

Senatorin Anja Stahmann: Wir hoffen, dass die Schadensregulierung bald vorliegt. Insgesamt hat ja die Pflegeeinrichtung im Jahr 2019 gebrannt, und dabei ist die Wohneinrichtung beschädigt worden, aber auch das Bad ist beschädigt worden. Insgesamt gibt es auch einen Sanierungsbedarf, und

es muss geklärt werden, wie hoch die Schadensregulierung ist, und dann müssen wir schauen, wie groß das finanzielle Delta ist.

Insgesamt wird von einer Summe von 200 000 Euro zur Wiederherrichtung des Bades ausgegangen, aber ich bin der Meinung, dass es sich sehr lohnt, sich für dieses Bad einzusetzen, weil es ein gut erreichbares Schwimmbad ist und ein gutes Becken für Kinder und Jugendliche, aber auch für ältere Menschen für den Bewegungssport hat. Deswegen wollen wir gemeinsam auch – oder das wird das Sportressort machen – versuchen, im Senat eine Lösung zu finden.

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Frau Senatorin, Sie können jetzt nicht sagen, dass es in sechs oder acht Monaten geklärt wird? Können Sie dazu konkret etwas sagen?

Senatorin Anja Stahmann: Das wissen wir leider nicht, weil das Angelegenheit der Versicherungen ist, aber wir werden uns an die Bremer Heimstiftung wenden und sind mit ihr auch im engen Austausch, da die Bremer Heimstiftung Träger des Bades ist. Wir sind da in einer Kooperation, die Bremer Heimstiftung mit den Bremer Bädern, und die wollen wir gern auch in Zukunft fortsetzen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 4: Hospitalisierungsinzidenz bei Kindern: COVID-19 als Auslöser oder Nebenbefund? Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Januar 2022

Bitte, Frau Osterkamp-Weber!

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Kinder in Bremen wurden im Monatsvergleich – in absoluten Zahlen und als jeweilige Hospitalisierungsrate – von September 2021 bis einschließlich Januar 2022 wegen einer COVID-19-Infektion hospitalisiert, und wie viele mit einer COVID-19-Infektion als Nebenbefund, die jedoch nicht die Hospitalisierung auslöste?

2. Wie viele Kinder wurden seit Beginn der Coronapandemie 2020 in Bremen wegen des Paediatric Inflammatory Multisystem Syndromes, PIMS, hospitalisiert, und wie viele davon auf einer Intensivstation?

3. Wie bewertet der Senat die Forderung nach regelmäßiger Veröffentlichung einer aufgesplitteten Hospitalisierungsinzidenz für Kinder, die die Hospitalisierung mit COVID-19 als Auslöser und mit COVID-19 als Nebenbefund separat ausweist und somit Familien und anderen Interessierten einen transparenteren Überblick über die Hospitalisierungslage bei Kindern ermöglichen würde?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Senatorin Claudia Bernhard.

Senatorin Claudia Bernhard: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Eine differenzierte Darstellung der Hospitalisierungen nach „mit“ und „wegen“ COVID-19 ist erst ab Oktober 2021 möglich.

Im Folgenden werden die absoluten Fallzahlen und die Raten pro 100 000 Einwohner:innen für die Stadt Bremen in der Altersgruppe Kinder von vier bis zwölf Jahren, gemäß der Definition der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, vorgetragen: Von Oktober bis Dezember 2021 wurden keine Kinder wegen oder mit COVID-19 hospitalisiert. Im Januar 2022 wurden vier Kinder wegen COVID-19 hospitalisiert. Die Rate pro 100 000 Einwohner beträgt 8,9. Im Januar 2022 wurden sieben Kinder mit COVID-19 hospitalisiert. Die Rate pro 100 000 Einwohner beträgt 15,6.

Zu Frage 2: Das RKI geht bisher davon aus, dass PIMS in der Regel gut behandelbar ist und eine gute Prognose hat. Erste Auswertungen der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie deuten darauf hin, dass PIMS bei Jugendlichen gleichermaßen vorkommt wie bei Kindern. Folgeschäden traten bei weniger als zehn Prozent der gemeldeten Patient:innen von null bis 19 Jahren auf.

Es werden alle Zahlen zu den definierten Altersgruppen aus dem Medizincontrolling der Krankenhäuser von null bis 18 Jahren berichtet, da Überschneidungen zwischen Kindern und Jugendlichen vorliegen. Insgesamt wurden in den Jahren 2020 und 2021 gemäß der internationalen statistischen Krankheitsklassifikation für PIMS in Verbindung

mit einer Coronainfektion 24 Personen im Alter von null bis 18 in den Krankenhäusern der Stadt Bremen versorgt, davon acht auf Intensivstation.

Nach den Altersgruppen des Medizincontrollings der Kliniken sind diese wie folgt verteilt: In der Altersgruppe unter eins wurde eine Person mit PIMS auf der Normalstation behandelt. In der Altersgruppe von eins bis fünf wurden fünf Personen mit PIMS behandelt, davon zwei auf Intensivstation. In der Altersgruppe von sechs bis zehn wurden sechs Personen mit PIMS behandelt, davon drei auf Intensivstation. In der Altersgruppe von elf bis 18 wurden zwölf Personen mit PIMS behandelt, davon drei auf Intensivstation.

Zu Frage 3: Zur Bewertung der Krankheitsschwere wird derzeit die Sieben-Tages-Hospitalisierungsinzidenz wegen COVID-19 ausgewertet. Es werden die Altersgruppen null bis 19, 20 bis 39, 40 bis 59, 60 bis 79 und 80 und älter betrachtet.

Als wesentliches Ergebnis zeigt sich, dass die Altersgruppe der über 80-Jährigen mit Abstand die höchste Hospitalisierungsinzidenz aufweist, die Altersgruppe der Null- bis 19-Jährigen hat hingegen die niedrigste Hospitalisierungsinzidenz. Beispielsweise beträgt in der Kalenderwoche fünf die Sieben-Tages-Hospitalisierungsinzidenz der Null-bis 19-Jährigen pro 100 000 Einwohner:innen 2,9, für die über 80-Jährigen hingegen 22,7.

Kinder haben eine niedrigere Hospitalisierungsinzidenz als Jugendliche. Dies belegen auch die Zahlen aus Bremen. Die STIKO empfiehlt daher für die Gruppe der Kinder im Alter von fünf bis elf Jahren nur eine COVID-19 Impfung, sofern Vorerkrankungen bestehen.

Einer Veröffentlichung altersspezifischer Hospitalisierungsinzidenzen im Rahmen der kontinuierlichen Coronaberichterstattung steht grundsätzlich nichts entgegen. Aufgrund der momentan konstant niedrigen Hospitalisierungsinzidenzen in der Altersgruppe von null bis 19 wird derzeit kein Bedarf gesehen, diese Gruppe differenzierter nach Kindern und Jugendlichen auszuwerten. Zudem wird eine Veröffentlichung der altersspezifischen Hospitalisierungen wegen COVID-19 als ausreichend und zielführender erachtet, da die Hospitalisierung wegen COVID-19 für die Bewertung der Krankheitsschwere maßgebend ist. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Erst einmal vielen Dank, Frau Senatorin, für die Beantwortung! Zu Frage 3 haben Sie gerade noch einmal ausgeführt, dass die Veröffentlichung eher nicht so gesehen wird. Sind Sie aber nicht auch der Meinung, dass es in der Stadtgesellschaft sehr viele Eltern gibt, die sich große Sorgen machen und dass eine Veröffentlichung der Zahlen derjenigen, die in den Krankenhäusern oder auf den Intensivstationen sind, Ängste nehmen und Zuversicht geben kann, dass die Krankheitsverläufe eben nicht so gravierend sind wie bei älteren Menschen, dass Sie somit unterstützen könnten, diese Zahlen doch zu veröffentlichen, damit sie für Eltern transparent sind?

Senatorin Claudia Bernhard: Ich kann das durchaus nachvollziehen. Je niedriger diese Zahlen sind, desto besser und desto eher ist das natürlich auch einzuschätzen. Wir können das selbstverständlich auch in dieser Altersklasse getrennt ausweisen, das ist technisch keine Problematik. Wir haben aufgrund der Tatsache, dass es so wenige Zahlen gewesen sind, das ist ja auch immer eine Frage des Datenschutzes et cetera – -. Das müsste man noch einmal abgleichen, aber das kann ich gern tun.

(Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber [Bündnis 90/Die Grünen]: Das freut mich! Vielen Dank!)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Bei den Zahlen, die Sie jetzt ermitteln, gehe ich davon aus, dass Sie sie auch weiterhin ermitteln, auch über den Sommer hinaus, und dass Sie sich somit auch dafür einsetzen, dass sie im Herbst zu den neuen Bewertungen, die dann vielleicht anstehen, mit einbezogen werden können?

Senatorin Claudia Bernhard: Auf jeden Fall! Ich vertrete sowieso die Auffassung, dass wir das weiterhin sehr intensiv begleiten müssen. Es ist keine Entspannung bezüglich der Datenauswertung geplant, ganz im Gegenteil, denn wir müssen ja laufend auch für uns reflektieren, wie es im Herbst weitergeht. Dafür sind solche Indizien natürlich wichtig.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 6: Wie ist der aktuelle Sachstand zum Konzept der Übernahme von Sprach- und Integrationsmittler:innen und Sprach- und Kulturlots:innen in die öffentliche Verwaltung?

Anfrage der Abgeordneten Valentina Tüchel, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 1. Februar 2022

Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Valentina Tüchel (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Wann beabsichtigt der Senat, das Konzept zur Übernahme von Sprach- und Kulturmittler:innen sowie Sprach- und Integrationsmittler:innen – Sprintern – in den öffentlichen Dienst der Stadtbürgerschaft vorzulegen, und wie ist der aktuelle Sachstand diesbezüglich?

2. Welcher Erarbeitungsprozess – Kriterien, Akteure, et cetera – kann dabei beschrieben werden?

3. Was sind aus Sicht des Senats die Gründe dafür, dass über das Konzept nicht wie unter Beschlusspunkt Nummer 2 im Antrag mit der Drucksachennummer [20/349 S](#) geforderten Zeitfenster von sechs Monaten nach Beschlussfassung, also bis zum 26. Juli 2021, berichtet wurde?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bei den Sprach- und Kulturmittler:innen handelt es sich um ein arbeitsmarktpolitisches Programm. Dieses soll aus dem Ausland zugezogene Menschen sowohl sprachlich als auch zum Beispiel beim Besuch in Behörden unterstützen.

Das Konzept zur Übernahme von Sprach- und Kulturmittler:innen sowie Sprach- und Integrationsmittler:innen – Sprintern – in den öffentlichen Dienst befindet sich derzeit in Erarbeitung. In diesem Zusammenhang erfolgt auch die Klärung über die Finanzierung der Stellen in den Ressorts beziehungsweise senatorischen Dienststellen, die entsprechende Bedarfe gemeldet haben.

Für das Konzept stehen in den Haushalten 2022/2023 keine zusätzlichen Mittel zur Verfü-

gung. Sofern es nicht noch gelingt, Mittel in den jeweiligen Ressorteckwerten der Bedarfsressorts zu generieren, können sie erst in den Verfahren zur Haushaltsaufstellung 2024/2025 berücksichtigt werden.

Zu Frage 2: Beteiligt sind grundsätzlich alle Senatsressorts, die einen Bedarf an Kultur- und Sprachmittler:innen haben, sowie der Gesamtpersonalrat.

Die Kriterien für das Konzept sind die Erarbeitung von Stellenprofilen und notwendigen Qualifikationen, die Bewertung und Eingruppierung der zu besetzenden Stellen und die Finanzierung in den Produktplänen.

Zu Frage 3: Es konnte bisher nicht abschließend geprüft werden, wie die Stellen aus dem beschlossenen Haushalt der Produktpläne finanziert werden, die Bedarfe nach Kultur- und Sprachmittlung haben. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Valentina Tuchel (SPD): Ja, vielen Dank Herr Präsident! Frau Senatorin, ich habe noch eine Frage zu der Antwort auf Frage 3. Sie haben ja gerade von der nicht abschließenden Prüfung gesprochen. Wann beabsichtigt der Senat die entsprechende Prüfung abzuschließen?

Senatorin Anja Stahmann: Diese Frage werden wir mit den anderen Ressorts oder insgesamt im Senat klären. Da mehrere Ressorts beteiligt sind, müssen wir da einmal nach rechts und links schauen, zum Finanz- und zum Arbeitsressort, aber das werden wir Ihnen dann auch zeitnah mitteilen. Das konnte noch nicht geklärt werden, haben wir nachgefragt, aber noch keine Antwort bekommen. Das legen wir Ihnen gern vor.

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Valentina Tuchel (SPD): Frau Senatorin, ist beabsichtigt, den Abschlussbericht der entsprechenden Deputation vorzulegen, und wenn ja, wann?

Senatorin Anja Stahmann: Wenn es einen Bericht gibt, und es wird einen geben, dann wird dieser im Senat abgestimmt. Ich habe ja eben schon die entscheidenden Ressorts genannt: das Arbeitsressort, das über diesen Bericht auch diskutiert wird, und

auch das Finanzressort, da dort das Thema Personal angesiedelt ist. Wenn der Bericht fertig ist, wird er auch den Deputationen vorgelegt.

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete Tuchel, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Valentina Tuchel (SPD): Frau Senatorin, Sie haben ja gesagt zeitnah, und entsprechend, wenn der Bericht da ist. Können Sie einschätzen, was zeitnah heißt?

Senatorin Anja Stahmann: Das kann ich leider hier von diesem Tisch aus nicht abschätzen, das müsste ich jetzt in den Häusern abfragen. Dazu hatten wir noch keine abschließende Antwort bekommen, aber auch das werde ich Ihnen gern mitteilen, Frau Tuchel, wenn wir ein genaues Datum haben und kennen.

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert. – Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Frau Senatorin, es ist ja schon eine Weile her, dass der Beschluss hier gefasst wurde. Wenn ich mich richtig erinnere – das können Sie mir gern gleich bestätigen –, ist es richtig, dass es ja um eine Übernahme von Sprach- und Kulturmittlern ging? Das heißt, dort, wo sie bisher waren, liefen bestimmte Programme aus, in denen sie beschäftigt waren. Hat das inzwischen schon stattgefunden? Was ist aus ihnen geworden, denn wenn Sie erst irgendwann das Programm vorlegen, ist es ja kein Anschluss mehr, oder?

Senatorin Anja Stahmann: Ich kann das nicht für die anderen Häuser beantworten. Bei uns im Ressort ist es so, dass manche in diesem Bereich eingesetzt sind und sich dann auch auf andere Stellen beworben haben. Die schauen sich dann auch um. Sofern es befristete Stellen waren, ist es normalerweise so, dass sich dann die Menschen momentan auch nach unbefristeten Arbeitsplätzen umschauen. Daher gehe ich erst einmal davon aus. Bei uns im Haus werden die Leute auch in solchen Arbeitsbereichen untergekommen sein. Für die anderen Häuser kann ich das nicht beantworten, das müssten wir dann in den anderen Ressorts nachfragen. Es sind alles Einzelfälle, Frau Grönert, da müsste man dann wirklich nachfragen, was aus ihnen geworden ist.

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Dass Sie das jetzt nicht beantworten können, finde ich schade. Können Sie mir denn zusichern, dass diejenigen, um die es damals ja auch ging, die damals in dem Programm waren, wo es um die Übernahme ging, jetzt keine Nachteile durch die Verzögerung haben, egal in welchen Häusern?

Senatorin Anja Stahmann: Nein, so etwas kann der Senat nicht zusichern, denn dann müsste ich ja jeden Einzelfall kennen. Den kenne ich nicht, also kann ich das nicht zusagen, Frau Grönert.

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: Ich hoffe, in der Deputation vielleicht noch einmal! Danke!

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Hospitalisierungsinzidenz bei Jugendlichen: COVID-19 als Auslöser oder Nebenbefund?

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Februar 2022

Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Jugendliche in Bremen wurden im Monatsvergleich – in absoluten Zahlen und als jeweilige Hospitalisierungsrate – vom September 2021 bis einschließlich Januar 2022 wegen einer COVID-19-Infektion hospitalisiert, und wie viele mit einer COVID-19-Infektion als Nebenbefund, die jedoch nicht die Hospitalisierung auslöste?

2. Wie viele Jugendliche wurden seit Beginn der Coronapandemie 2020 in Bremen wegen des Paediatric Inflammatory Multisystem Syndromes, PIMS, hospitalisiert, und wie viele davon auf einer Intensivstation?

3. Wie bewertet der Senat die Forderung nach regelmäßiger Veröffentlichung einer aufgesplitteten Hospitalisierungsinzidenz für Jugendliche, die die Hospitalisierung mit COVID-19 als Auslöser und mit COVID-19 als Nebenbefund separat ausweist

und somit Familien und anderen Interessierten einen transparenteren Überblick über die Hospitalisierungslage bei Jugendlichen ermöglichen würde?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet durch Senatorin Claudia Bernhard.

Senatorin Claudia Bernhard: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Eine differenzierte Darstellung der Hospitalisierungen nach „mit“ und „wegen“ COVID-19 ist erst ab Oktober 2021 möglich.

Im Folgenden werden die absoluten Fallzahlen und die Raten pro 100 000 Einwohner für die Stadt Bremen in der Altersgruppe Jugendliche von 13 bis 18 Jahren, gemäß der Definition der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, vorgetragen: Im Oktober 2021 wurden keine Jugendlichen wegen COVID-19 hospitalisiert. Im Oktober 2021 wurden zwei Jugendliche mit COVID-19 hospitalisiert. Die Rate pro 100 000 Einwohner:innen beträgt 6,8. Im November 2021 wurde eine jugendliche Person wegen und eine jugendliche Person mit COVID-19 hospitalisiert. Die Rate pro 100 000 Einwohner:innen beträgt jeweils 3,4. Im Dezember 2021 wurden zwei Jugendliche wegen und zwei Jugendliche mit COVID-19 hospitalisiert. Die Rate pro 100 000 Einwohner:innen beträgt jeweils 6,8.

Im Januar 2022 wurden vier Jugendliche wegen COVID-19 hospitalisiert. Die Rate pro 100 000 Einwohner:innen beträgt 13,5. Im Januar 2022 wurden acht Jugendliche mit COVID-19 hospitalisiert. Die Rate pro 100 000 Einwohner:innen beträgt 27,0.

Zu Frage 2: Erste Auswertungen der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie deuten darauf hin, dass PIMS bei Jugendlichen gleichermaßen vorkommt wie bei Kindern. Folgeschäden traten bei weniger als zehn Prozent der gemeldeten Patient:innen von null bis 19 Jahren auf. Auch das RKI berichtet, dass PIMS in der Regel gut behandelbar ist und eine gute Prognose hat.

Es werden alle Zahlen zu den definierten Altersgruppen aus dem Medizincontrolling der Krankenhäuser von null bis 18 Jahren berichtet, da Überschneidungen zwischen Kindern und Jugendlichen vorliegen. Insgesamt wurden in den Jahren 2020 und 2021, gemäß der internationalen statistischen Krankheitsklassifikation für PIMS in Verbindung

mit einer Coronainfektion, 24 Personen im Alter von null bis 18 in den Krankenhäusern der Stadt Bremen versorgt, davon acht auf einer Intensivstation.

Nach den Altersgruppen des Medizincontrollings der Kliniken sind diese wie folgt verteilt: In der Altersgruppe unter eins wurde eine Person mit PIMS auf der Normalstation behandelt. In der Altersgruppe von eins bis fünf wurden fünf Personen mit PIMS behandelt, davon zwei auf der Intensivstation. In der Altersgruppe von sechs bis zehn wurden sechs Personen mit PIMS behandelt, davon drei auf der Intensivstation. In der Altersgruppe von elf bis 18 wurden zwölf Personen mit PIMS behandelt, davon drei auf der Intensivstation.

Zu Frage 3: Zur Bewertung der Krankheitsschwere wird derzeit die Sieben-Tages-Hospitalisierungsinzidenz wegen COVID-19 ausgewertet. Es werden die Altersgruppen null bis 19, 20 bis 39, 40 bis 59, 60 bis 79 und 80 und älter betrachtet.

Als wesentliches Ergebnis zeigt sich, dass die Altersgruppe der über 80-Jährigen mit Abstand die höchste Hospitalisierungsinzidenz aufweist, die Altersgruppe der Null- bis 19-Jährigen hat hingegen die niedrigste Hospitalisierungsinzidenz. Beispielsweise beträgt in der Kalenderwoche fünf die Sieben-Tages-Hospitalisierungsinzidenz der Null- bis 19-Jährigen pro 100 000 Einwohner 2,9, für die über 80-Jährigen hingegen 22,7.

Betrachtet man die altersspezifischen Hospitalisierungen bei Jugendlichen in der Altersgruppe von 13 bis 18 in dem Zeitraum Oktober 2021 bis Januar 2022, so zeigt sich, dass diese Altersgruppe im Vergleich zu Kindern eine höhere Hospitalisierungsinzidenz wegen COVID-19 aufweist. Eine COVID-19-Impfung wird seitens der STIKO für alle Kinder und Jugendlichen im Alter von zwölf bis 17 Jahren empfohlen.

Einer Veröffentlichung altersspezifischer Hospitalisierungsinzidenzen im Rahmen der kontinuierlichen Coronaberichterstattung steht grundsätzlich nichts entgegen. Aufgrund der momentan konstant niedrigen Hospitalisierungsinzidenzen in der Altersgruppe von null bis 19 wird derzeit kein Bedarf gesehen, diese Gruppe differenzierter nach Kindern und Jugendlichen auszuwerten. Zudem wird eine Veröffentlichung der altersspezifischen Hospitalisierungen wegen COVID-19 als ausreichend und zielführender erachtet, da die Hospitalisierung

wegen COVID-19 für die Bewertung der Krankheitsschwere maßgebend ist. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 7: „Vandalismus-Challenges“ an Schulen in der Stadtgemeinde Bremen
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Yvonne Awerwaser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 3. Februar 2022

Frau Kollegin Hornhues, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnis hat der Senat von Challenges an Schulen in der Stadtgemeinde Bremen, bei denen kurze Videos, unter anderem von Sachbeschädigungen und Vandalismus – Brände, Wasserschäden et cetera –, auf Social-Media-Plattformen wie TikTok veröffentlicht wurden?
2. In welchem Umfang liegen dem Senat im Zuge derartiger Challenges Berichte über Sach- und/oder Personenschäden an Schulen in der Stadtgemeinde Bremen vor?
3. Welchen Anpassungsbedarf sieht der Senat in Bezug auf Präventionsangebote zu Gefahren und Risiken der Social-Media-Nutzung an Schulen in der Stadtgemeinde Bremen?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Dr. Jan Stöß.

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat weiß um Phänomene wie die sogenannte Devious Lick Challenge, bei der weltweit – und nach Medienberichten auch im Bundesgebiet – Schüler:innen beispielsweise Toiletten zerstören und anschließend Videos dieser Sachbeschädigungen über die Plattform TikTok verbreiten. Aufgrund der spezifischen Verbreitungswege solcher Videos lässt sich nicht ausschließen, dass das Phänomen auch stadtbremische Schulen erreicht haben könnte. Da die Schulen allerdings bislang keine solchen Fälle gemeldet haben, über diese medial nicht berichtet wurde und darüber hinaus die proaktive Suche nach solchen Videos zu

keinen Ergebnissen geführt hat, liegen der Senatorin für Kinder und Bildung keine Meldungen über derartige „Challenges“ vor.

Nach Auskunft des Senators für Inneres liegen auch der Polizei Bremen in allen regionalen Kommissariaten sowie bei der Koordinatorin Jugenddelinquenz keinerlei Hinweise auf derartige „Challenges“ mit strafrechtlichem Inhalt vor.

Zu Frage 2: Wie zu Frage 1 bereits ausgeführt, liegen dem Senat keine Meldungen über Sach- und/oder Personenschäden im Rahmen derartiger „Challenges“ vor.

Zu Frage 3: Die Senatorin für Kinder und Bildung verantwortet gut nachgefragte und qualitativ hochwertige Präventions-, Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Diese fokussieren auf die Chancen und Risiken der Nutzung von Social-Media-Angeboten und werden fortlaufend angepasst beziehungsweise aktualisiert. Ein Beispiel hierfür ist die Zertifikatsausbildung MediaCoach. In deren Rahmen werden Lehrkräfte zu Medienberater:innen und Multiplikator:innen für medienbezogene Projekte und Themen fortgebildet. Darüber hinaus sind sie Ersthelfer:innen in Medienangelegenheiten für Kolleg:innen, Schüler:innen und Erziehungsberechtigte.

Zum anderen wird aktuell der Unterstützungskurs „Digitale Kommunikation“ erarbeitet und landesweit über die Plattform itslearning zur Verfügung gestellt. Neben Erklärungen unterschiedlicher Begrifflichkeiten beziehungsweise Phänomene wie beispielsweise Social-Media-Plattformen, Cybergrooming, Dark Social und Hatespeech enthält dieser Kurs aufbereitete Informationen zu jugendlichen Medienwelten, Entwürfe für Unterrichtsstunden, gesichtetes Unterrichtsmaterial und Kontakte zu außerschulischen Ansprechpartner:innen.

Des Weiteren werden mediale Hypes, die über soziale Netzwerke Verbreitung finden und damit auch in Schulen zum Thema werden können, fortlaufend aufbereitet. Der Netflix-Hit „Squid Game“ ist hierfür ein Beispiel: Zur Einordnung wurden Informationen und beispielhafte Unterrichtsmaterialien in itslearning bereitgestellt und für alle Bremer Lehrkräfte zugänglich gemacht. Zusätzlich finden sich die entsprechenden Inhalte auf der Internetseite der Senatorin für Kinder und Bildung. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Herr Staatsrat, ich gehe recht in der Annahme, dass trotzdem an Schulen der Stadtgemeinde solche Challenges durchgeführt und hochgeladen werden, bei Ihnen sind die Meldungen nur nicht angekommen?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Frau Abgeordnete, wie Sie ja der Antwort entnehmen können, sind solche Meldungen bei der senatorischen Behörde nicht angekommen. Deshalb gehe ich auch nicht selbstverständlich davon aus, dass die Schülerinnen und Schüler der stadtbremischen Schulen solchen Unsinn treiben.

(Heiterkeit)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 8: Heizkostenzuschuss für alle Wohngeldberechtigten?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 4. Februar 2022

Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele noch nicht endgültig bearbeitete Wohngeldanträge liegen der Wohngeldstelle vor, und wie lange dauert deren Bearbeitung aktuell bis zum abschließenden Bescheid, Stichtag 31. Januar 2022?

2. Wie sollen Berechtigte reagieren, die zwar einen Wohngeldantrag gestellt haben, aber aufgrund der monatelangen Bearbeitungszeiten noch kein Wohngeld erhalten, wenn sie demnächst auch noch hohe Energiekostennachforderungen bezahlen sollen?

3. Inwiefern wird sichergestellt, dass für die Auszahlung des Heizkostenzuschusses, der automatisch für all diejenigen erfolgen soll, die im Zeitraum von Oktober 2021 bis März 2022 mindestens einen Monat Wohngeld bezogen haben, auch die berücksichtigt werden, die aufgrund von Bearbeitungsengpässen im Amt in dem genannten Zeitraum noch kein Wohngeld beziehen konnten, gleichwohl aber dazu berechtigt waren?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Präsident, meine Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Mit Stichtag 31. Januar 2022 lagen der Wohngeldstelle insgesamt 4 500 Anträge vor. Die Wartezeit von sieben Monaten konnte in den letzten Monaten kontinuierlich um rund zwei Monate reduziert werden. Im Dezember und Anfang Januar wurde aufgrund der Vorbereitung und Umsetzung der Novelle kein Rückstand abgebaut.

Die Bearbeitungszeit ist unter anderem abhängig von der Vollständigkeit eines Antrags. Aktuell beträgt die Wartezeit bis zum Bescheid in der Regel rund fünf Monate.

Zu Frage 2 und 3: Das Gesetz zum Heizkostenzuschuss soll zum 1. Juni 2022 in Kraft treten. Bis zum 1. Juni 2022 wird der Bearbeitungsstand und die Bearbeitungsdauer wahrscheinlich deutlich reduziert worden sein, sodass in der Regel die Haushalte von Amts wegen den Heizkostenzuschuss erhalten können. Ein aktives Handeln der Haushalte ist nicht erforderlich.

Bei den aktuell 4 500 Anträgen handelt es sich bei rund 70 Prozent um Weiterleistungsanträge. Das bedeutet, dass die Haushalte ab Inkrafttreten des Gesetzes in der Regel bereits Wohngeld in dem erforderlichen Zeitraum Oktober 2021 bis März 2022 bezogen haben. Sie müssen nicht auf die abschließende Bearbeitung ihrer aktuellen Anträge warten, um den Heizkostenzuschuss zu erhalten. Haushalte, bei denen die Wohngeldanträge noch nicht abschließend bearbeitet wurden oder von denen noch Unterlagen nachzureichen sind, erhalten den Heizkostenzuschuss rückwirkend. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete Grönert, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Habe ich es richtig verstanden, dass sich in dem Ablauf der Bearbeitung nichts geändert hat und Sie trotzdem davon ausgehen, dass die Anträge demnächst innerhalb von fünf Monaten abgearbeitet werden können? Es war ja so, dass die Anträge im Herbst erst nach sieben Monaten in die Hand genommen wurden.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich versuche, das zu beantworten. Wir haben hier eine längere Debatte geführt, und ich hatte damals dargelegt, welche Maßnahmen wir unternommen haben, um das Ganze wieder zu beschleunigen. Wir waren alle nicht zufrieden, weil die Wartezeit von sieben Monaten viel zu lang ist. Deswegen ist es so, dass diese Wartezeit jetzt schon in den letzten Monaten durch mehr Personal und durch die anderen Maßnahmen von sieben auf jetzt fünf Monate reduziert werden konnte.

Wir gehen davon aus, dass wir, bis das Gesetz zum Heizkostenzuschuss zum 1. Juni 2022 in Kraft tritt und der Heizkostenzuschuss ausgezahlt werden soll, durch die schon ergriffenen Maßnahmen von diesen jetzt schon fünf Monaten noch weiter herunter sind, sodass wir die Anträge relativ schnell bearbeiten können. Wir sind gut im Rennen, würde ich übersetzt sagen.

Präsident Frank Imhoff: Frau Grönert, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Ich gehe davon aus, dass Sie das neue Personal, das kommen sollte, noch nicht eingestellt haben und es trotzdem geschafft haben, die Zahlen abzubauen. Ist das richtig? Was ist mit denen, die den Antrag im Januar/Februar stellen, wenn es doch länger dauert? Bekommen diese ihr Geld dann tatsächlich erst im Herbst? Wie sollen sie die Zeit bis dahin überbrücken?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich hatte gesagt, bei den meisten der 4 500 Anträge läuft es weiter. Diese haben schon in der Vergangenheit den Antrag gestellt, und sie bekommen ihr Wohngeld und dann auch ganz normal den Heizkostenzuschuss, weil das nur eine Verlängerung ist.

Bei den letzten 30 Prozent, das sind die, die dann neu beantragen, gehen wir davon aus, dass wir den Beantragungszeitraum schon deutlich verringert haben und dass sie, wenn die Wohngeldanträge doch noch nicht abschließend bearbeitet wurden oder noch Unterlagen fehlen – das ist auch oft das Problem, dass die Anträge nicht vollständig eingereicht worden sind –, den Heizkostenzuschuss rückwirkend bekommen. Wir können ihn dann nicht zum 1. Juni 2022 auszahlen, sondern erst, wenn die Anträge auch vollständig sind.

Im Moment sind wir, was den Bearbeitungsrückstand angeht, wirklich schneller geworden, sodass wir davon ausgehen, dass wir diese Anträge relativ

zeitnah bearbeiten und dann auch abschließend bearbeiten können, auch wenn es neu eingereichte Anträge sind.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 9: Einrichtungsbezogene Impfpflicht in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 7. Februar 2022

Bitte, Herr Kollege Dr. Buhlert!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie bereitet sich die Stadt Bremen inklusive ihrer Eigenbetriebe als Arbeitgeberin auf das Inkrafttreten der einrichtungsbezogenen Impfpflicht vor, und welche Schritte sollen deshalb noch vor Inkrafttreten unternommen werden?
2. Vor welchen Herausforderungen steht der Senat, zum einen die einrichtungsbezogene Impfpflicht durchsetzen zu müssen, zum anderen als Arbeitgeberin unter Berücksichtigung des Fachkräftemangels auf die Arbeitskräfte angewiesen zu sein?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, bisher nicht geimpfte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen noch vor Inkrafttreten der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und vor dem Hintergrund der Zulassung von Novavax von den Vorteilen einer Impfung zu überzeugen?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Senatorin Claudia Bernhard.

Senatorin Claudia Bernhard: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Als Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen, die unter die einrichtungsbezogene Impfpflicht nach § 20a Infektionsschutzgesetz, IfSG, fallen, wurden folgende Eigenbetriebe und Eigengesellschaften sowie Dienststellen identifiziert: die Gesundheit Nord, GeNo, Rettungsdienste, Feuerwehr, Arbeitsmedizinischer Dienst, AMD, und weitere. Inwiefern weitere Einrichtungen dazugehören, wird gerade mit einer Abfrage

des Landeskrisenstabs über die jeweiligen Ressorts geklärt.

Die GeNo hat die Beschäftigten bereits ausführlich über die bevorstehende Impfpflicht und die sich daraus ergebenden Konsequenzen informiert. Dazu wurde allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Informationsschreiben mit der Gehaltsmitteilung zugeschiedt. Zudem wurde das Thema Impfpflicht im unternehmensinternen Newsletter erklärt. Im Newsletter wird regelmäßig auf das Thema Impfen hingewiesen und an die Ungeimpften appelliert, sich doch noch impfen zu lassen. Dabei wurde den Beschäftigten immer auch Unterstützung angeboten, beispielsweise, indem die Beschäftigten unbürokratisch einen Impftermin bei den Betriebsärzten bekommen können.

Zusätzlich wurden in den vergangenen Wochen viele persönliche Gespräche mit Ungeimpften geführt, um diese von der Notwendigkeit einer Impfung zu überzeugen. Für die nächsten Tage ist ein weiterer Newsletter geplant, in dem auf die Möglichkeit einer Impfung mit Novavax hingewiesen werden wird. Parallel zu diesen Aktivitäten bereitet sich der Klinikverbund darauf vor, den Impfstatus der Beschäftigten künftig regelmäßig zu erfassen beziehungsweise zu dokumentieren. Dafür ist die Implementierung eines geeigneten IT-Tools geplant.

Neben der GeNo fällt der Arbeitsmedizinische Dienst der Performa Nord unter die einrichtungsbezogene Impfpflicht des § 20a IfSG. Dieser hat die Umsetzung bereits bestätigt.

Im Gesundheitsamt Bremen wurden die Mitarbeiter:innen ohne vollständigen Impfschutz vom Amtsleiter in einem persönlichen Gespräch noch einmal zur kommenden Impfpflicht und möglichen Konsequenzen, Stichwort Tätigkeitsverbot, informiert. Darüber hinaus hat die Amtsleitung in Absprache mit dem Referat 30, Infektionsepidemiologie, ein Informationsgespräch zu den Vor- und Nachteilen einer Impfung gegen COVID-19 angeboten. Analog zur GeNo wird auch im Gesundheitsamt Bremen der Impfstatus kontinuierlich dokumentiert.

Für den bodengebundenen Rettungsdienst ist die Feuerwehr Bremen in der Funktion des städtischen Arbeitgebers betroffen. Deren Mitarbeitenden wurden ausführlich über die bevorstehende Impfpflicht mit Hinweis auf die sich aus dem Infektionsschutzgesetz ergebenden Umsetzungsschritte informiert. Bedienstete, die bis zum Ablauf des 15.

März 2022 der gemäß § 20a Absatz 2 IfSG vorgegebenen Nachweispflicht nicht nachkommen, werden an das Gesundheitsamt gemeldet und nicht im Einsatzdienst eingesetzt. Sich hieraus ergebende Defizite bei der Einsetzbarkeit von Personal im Rettungsdienst werden dienstorganisatorisch kompensiert.

Zu Frage 2: Die GeNo hat zuletzt eine Gesamimpfquote von 95 Prozent gemeldet und darauf hingewiesen, dass die Impfquote in der Ärzteschaft und in der Pflege höher liegen soll. In der besonders vom Fachkräftemangel betroffenen Berufsgruppe der Pfleger:innen gibt es vergleichsweise wenig ungeimpfte Mitarbeiter:innen.

Der AMD hat im ärztlichen Bereich eine Impfquote von 100 Prozent gemeldet, Personalengpässe durch die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht sind nicht zu erwarten.

Das Gesundheitsamt Bremen hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Impfquote von 98,4 Prozent. Nach den Einzelgesprächen mit den Mitarbeiter:innen ist davon auszugehen, dass zum 15. März 2022 nahezu die komplette Belegschaft geimpft ist.

Bei den im Einsatz- und Rettungsdienst eingesetzten Bediensteten der Feuerwehr Bremen liegt die Quote der Geimpften bei 96 Prozent. Damit ist die Gruppe der Ungeimpften auch hier vergleichsweise klein. Der zukünftig vorausgesetzte vollständige Impfschutz wird für diese Berufsgruppe nicht als Hindernis bei der Fachkräftegewinnung eingeschätzt.

Zu Frage 3: Die Annahme des Novavaximpfstoffs bei den bisher ungeimpften Mitarbeiter:innen ist sehr hoch. Diese können sich bereits jetzt auf der Warteliste der Bremer Impfzentren eintragen lassen, wie zum Beispiel durch Mitarbeiter:innen des Gesundheitsamtes bereits geschehen. Zudem bietet die Stabsstelle „Impfen“ auf Anforderung Impfangebote in den Einrichtungen an.

Mit dem bisher vorgesehenen Impfschema werden alle Mitarbeiter:innen, die bisher ungeimpft waren, rechtzeitig vor Inkrafttreten der einrichtungsbezogenen Impfpflicht vollständig geimpft sein. Spezielle Informationskampagnen sind bereits angelaufen und sollen weiter intensiviert werden.

Entsprechend wirkt auch die Feuerwehr darauf hin, dass die wenigen bislang impfablehnenden Bediensteten ein Impfangebot mit diesem Impfstoff

annehmen, um den Durchimpfungsgrad weiter einem Erreichungsgrad von 100 Prozent anzunähern. Der Informationsfluss wird mit Hinweis auf die Vorteile derzeit intensiviert, um vor Eintreten der Impfpflicht möglichst hohe Impfquoten zu erzielen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Ist es auch für die öffentlichen Arbeitgeber so, dass sie bis zum 15. März dem Gesundheitsamt den Impfstatus melden müssen und das Gesundheitsamt dann auch für diese jeweils die Maßnahmen festlegt, die zu treffen sind?

Senatorin Claudia Bernhard: Ja, das ist richtig, für die öffentlichen Arbeitgeber, bei denen es einrichtungsbezogene Impfpflichten gibt!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Diese Festlegung treffen Sie dann auch für diesen Bereich innerhalb von vier Wochen, wie Sie das auch bisher für die privaten Arbeitgeber geplant haben?

Senatorin Claudia Bernhard: Ja, da gibt es keinen Unterschied. Es ist so, dass die Arbeitgeber:innen/die Arbeitgeber das auf dieser Plattform melden müssen und dann auch den entsprechenden Impfstatus der Mitarbeiter:innen dort anzugeben haben.

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Rainer Bensch. – Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Rainer Bensch (CDU): Frau Senatorin, ich habe eben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der kommunale Klinikverbund Bremen Gesundheit Nord gGmbH intern ein Tool entwickelt, um den Impfstatus der Beschäftigten zu erheben. Das hat ja den Charakter eines Impfreisters. Meine Frage ist: Sehen Sie Möglichkeiten, das auf alle bremischen Betriebe auszuweiten, wo Sie Einfluss nehmen können, und wie beurteilen Sie ein zentrales Impfreister auf Bundesebene? Können Sie sich vorstellen, dass Sie sich für den Senat dafür einsetzen?

Senatorin Claudia Bernhard: Zur ersten Frage: Ja, das geht in Richtung eines Impfreisters, denn sonst kann man nicht einschätzen, wer geimpft ist

und wer nicht. Insofern halte ich das auch für die wesentliche Voraussetzung und Grundlage, um das festzustellen.

Zu Ihrer Frage zwei ist es so, dass es natürlich auch von Bundesgesetzgebungen abhängig wird, wie das umgesetzt wird, und ich gehe sehr davon aus, dass bei Anwendung einer allgemeinen Impfpflicht so ein Impfreister tatsächlich eine wichtige Voraussetzung ist.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Mit der Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Im Galopp am Bürger vorbei! Der Umgang des Senats mit der Bürgerinitiative Rennbahngelände Bremen und Gewerbetreibenden vor Ort

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben dieses Thema für die Aktuelle Stunde eingereicht, weil wir den Anlass sehen, dass wir hier noch einmal gemeinsam über die zukünftige Nutzung der Galopprennbahn und auch den Umgang mit verschiedenen Stakeholdern in diesem Prozess sprechen müssen.

Das Thema Galopprennbahn beschäftigt uns schon einige Zeit. Die Idee oder die Frage, was soll mit der Galopprennbahn passieren, wie könnte man sie anders nutzen, ist nicht ganz neu, sie ist nicht erst vor zwei, drei Tagen entstanden. Ich habe gestern noch einmal gegoogelt, die letzten Pressemitteilungen zu der Frage der Bebauung der Rennbahn ja oder nein habe ich aus Mitte des letzten Jahrzehnts gefunden, aber die Diskussionen über die Rennbahn sind, glaube ich, deutlich älter.

Es begann vor einigen Jahren mit der Idee, mit der ernsthaften Idee, die Galopprennbahn müsse bebaut werden. Ich glaube, es ist unstrittig, dass wir alle mehr Wohnraum in Bremen möchten, dass wir alle mehr Wohnraum in Bremen brauchen, das ist eine Frage von Angebot und Nachfrage, damit die Preise zumindest stabil bleiben beziehungsweise vielleicht sogar sinken.

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Ob allerdings tatsächlich in einem der am dichtesten bebauten Stadtteile Bremens eines der letzten Stückchen Grün, die wir dort haben, zubetoniert werden muss, ich glaube, dazu kann man unterschiedlicher Meinung sein. Dazu waren wir auch in den letzten Jahren unterschiedlicher Meinung und haben darüber lang und breit diskutiert.

Gegen die Idee, die Rennbahn zu bebauen, hat eine Bürgerinitiative mobilgemacht. Die Bürgerinitiative hat Unterschriften gesammelt, und zwar so viele, dass es für einen Volksentscheid reichte, das heißt, es musste darüber im Rahmen des Volksentscheids abgestimmt werden. Dieser wurde, angestoßen durch die Unterschriften, die gesammelt worden sind, im Rahmen der Bürgerschaftswahl im Jahr 2019 durchgeführt. Bei dieser Bürgerschaftswahl – zusammen mit dem Volksentscheid über die zukünftige Nutzung der Rennbahn – hat nicht nur, und das wissen wir alle, die rot-grüne Koalition ihre Mehrheit verloren und damit die Quittung für die Arbeit oder die Nichtarbeit der vergangenen Jahre erhalten, sondern sie ist auch mit der angestrebten Bebauung der Rennbahn gescheitert.

Trotz einiger Werbemaßnahmen, die, soweit ich weiß, sogar auf Kosten des Steuerzahlers durchgeführt worden sind, hat sie keine Mehrheit für ihr Anliegen bekommen, im Gegenteil: Eine Mehrheit der Bremerinnen und Bremer hat sich gegen die Bebauung der Rennbahn ausgesprochen, und das ist ein klares Signal dafür, wie sehr die rot-grüne Koalition schon damals das Gespür dafür verloren hat, was die Bremerinnen und Bremer in dieser Stadt wollen, was sie beschäftigt. Das war ein Scheitern nicht nur im Rahmen der Bürgerschaftswahl, sondern auch ein Scheitern dieses Volksentscheids des rot-grünen Senats.

(Beifall FDP, CDU – Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Danach wurde ein runder Tisch eingerichtet, und dieser Tisch war und ist bis heute relativ prominent

besetzt; nicht nur senatorisch prominent besetzt, sondern da sitzen auch Staatsräte und Abteilungsleiter. Verschiedene Behördenmitarbeiter sind zahlreich vertreten, ganz zu schweigen von Ortsamtsleitern, Abgeordnete sitzen dort zuhauf, Beiräte, es gibt verschiedene Vertreter unterschiedlicher Vereine und Initiativen. Alle, die in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren an diesen runden Tischen teilgenommen haben, wissen, dass dort regelmäßig 30, 40 Leute am Tisch sitzen – und zwar in einer gewissen Regelmäßigkeit auch gern für drei, vier, fünf Stunden am Stück – und darüber diskutieren, was mit dem Gelände passieren soll. Dazu wurden jetzt auch noch externe Agenturen beauftragt, die teilweise auch mit mehreren Mitarbeitern teilnehmen.

Ich würde vermuten – ich kann es noch nicht belegen, wir werden uns das genau anschauen –, dass dieser gesamte Prozess inklusive aller Arbeitskosten jetzt schon in die Millionen geht, und das ist Geld, das sind Ressourcen, das sind Mitarbeiterressourcen, die natürlich an anderer Stelle fehlen. All das kostet selbstverständlich Geld.

Das kann man so machen, aber, Frau Bürgermeisterin, Sie sind gewählte Volksvertreterin und wurden in dieser repräsentativen Demokratie von den Bürgerinnen und Bürgern dafür gewählt, dass Sie im Sinne der Bremerinnen und Bremer Entscheidungen treffen. Natürlich kann man sich vorher Einschätzungen einzelner Betroffener einholen. Man kann sich die Meinung unterschiedlicher Stakeholder anhören und schauen, was sie dazu sagen, wie ihre Einschätzung ist, was sie sich wünschen, um sich eine Meinung zu bilden, um dann zügig eine Entscheidung zu treffen und dafür die Verantwortung zu übernehmen. Auch das kann politisches Handeln sein, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP)

Natürlich kann man – und das wurde hier als Alternative so gehandhabt –, wenn man es in Einzelfällen für nötig hält, so einen relativ basisdemokratischen Prozess starten und solch einen Tisch einrichten, aber, wenn man das macht, wenn man so viele Menschen in so einem Umfang über eine so lange Zeit an einen Tisch holt, dann muss man diesen Weg konsequent gemeinsam zu Ende gehen, und man muss die Stakeholder mit all ihren Sorgen, mit all ihren Bedenken ernst nehmen. Deswegen ist unsere Forderung an Sie, Frau Bürgermeisterin: Wenn Sie so einen Prozess starten und ihn jetzt seit zwei Jahren laufen lassen, dann gehen Sie diesen

Weg bitte auch konsequent zu Ende und brechen ihn nicht drin ab und sorgen dafür, dass einzelne Stakeholder jetzt nicht mehr am Tisch sitzen dürfen!

(Beifall FDP, CDU)

Bürgerbeteiligung ist immer etwas, das hier in Bremen gerade bei den Grünen sehr hochgehalten wird. Bürgerbeteiligung wird immer als sehr wichtig beschrieben, und die Auffassung teilen wir, aber Bürgerbeteiligung heißt gerade nicht, auf halbem Weg einzelne Stakeholder vom Prozess auszuschließen, die eine andere Meinung vertreten, als man selbst. Bürgerbeteiligung heißt auch nicht, die letztendliche Entscheidung, was mit diesem Gelände in Zukunft passieren soll, aus lauter Angst davor, dass man eine Entscheidung trifft, für die man nachher kritisiert wird, in irgendeinem basisdemokratischen Prozess versanden zu lassen. Das, was Sie hier zeigen, Frau Bürgermeisterin, ist massives Führungsversagen!

(Beifall FDP, CDU)

Das ist auch das, was uns an Ihren geplanten Bürgerforen stört.

Wir hatten vor einigen Wochen die Debatte zu den Bürgerforen, da ging es um die Frage, ob wir in Zukunft ein weiteres Element einführen wollen, bei dem sich Bürgerinnen und Bürger einbringen können. Grundsätzlich freuen wir uns darüber, dass es Möglichkeiten gibt und dass es auch in Zukunft Möglichkeiten geben soll, aber es ist nicht so, dass wir nicht schon jetzt jede Menge Möglichkeiten hätten. Es gibt Beiräte, es gibt verschiedene Bürgerinitiativen, runde Tische und so weiter und so fort.

Sie nehmen die Entscheidungen der Beiräte, Sie nehmen das Engagement der Bürgerinitiativen jetzt schon nicht ernst, und Sie nehmen auch jetzt schon das Interesse der verschiedenen Stakeholder nicht ernst, die massiv von dem betroffen sind, was dort auf der Rennbahn passieren soll. Wenn Sie wirklich der Meinung sind, dass wir einen Prozess brauchen –. Ich glaube, man kann darüber streiten, ob man diesen umfangreichen Prozess gebraucht hätte oder nicht, aber, wenn wir losgelaufen sind, wenn wir uns jetzt gemeinsam auf den Weg gemacht haben und verschiedene Interessen an den Tisch geholt haben, dann geht es überhaupt nicht, dass das Thema Bürgerbeteiligung zwar groß betont, aber immer nur dort ernst genommen wird, wo es die eigenen Interessen/die eigene Ideologie

widerspiegelt. Das ist etwas, was wir als FDP-Fraktion nicht mitmachen.

Wir erwarten, wenn wir uns gemeinsam auf diesen Weg begeben haben und dort schon so viele Ressourcen, Zeit und Personal investiert haben, dass alle Beteiligten und insbesondere die Beteiligten, die massiv von dem betroffen sind, was da in Zukunft auf der Rennbahn passiert – Hotel, Bürgerinitiative und so weiter –, weiter mit am Tisch sitzen und mitreden dürfen, gerade in dieser Phase, in der es jetzt wirklich konkret wird. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schäck, ich hatte wirklich gerätselt, was Sie wohl veranlasst hat, heute eine Aktuelle Stunde mit diesem pointierten Thema zu beantragen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Nicht nur Sie, Herr Bücking!)

Jetzt wissen wir es ein bisschen genauer. Wenn ich richtig zugehört habe, 40 Prozent Ihrer Rede war ein bisschen Reflektieren über die Vorgeschichte, dass einmal Leute darüber nachgedacht hatten, die Rennbahn zu bebauen, dass das in Verruf geraten ist, dass eine Bürgerinitiative ein Volksbegehren in die Welt gesetzt und sich damit durchgesetzt hat. Gut, das kann man in Erinnerung rufen, das ist sicher nicht verkehrt, aber nicht ernsthaft Gegenstand einer Aktuellen Stunde! Das ist schon eine Sache mit einem ziemlich langen Bart.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Was die Substanz, die innerste Substanz Ihrer Rede gewesen ist, entpuppt sich so: Sie sagen, der Prozess, der jetzt gerade in Hemelingen organisiert wird, wäre nicht transparent, nicht einladend, nicht fachlich qualifiziert, nicht mit den Möglichkeiten für alle Beteiligten ausgestattet. Jeder, der dabei gewesen ist – und ich habe viele Stunden meines langsam verrinnenden Lebens da verbracht –, wird Ihnen bestätigen, dieser Prozess war so etwas von durchdacht, aufgeräumt, transparent und gut strukturiert, wie nur irgendetwas. Jede qualifizierte Bewertung dieses Prozesses kommt zu diesem Ergebnis.

Das ist sauber organisiert gewesen, und zwar deswegen, weil man sich die Mühe gemacht hat, eines der schwierigsten Themen von Bürgerbeteiligungsverfahren zu lösen: Können wir uns auf gemeinsame Ziele einigen, ist eine gemeinsame Aufgabenstellung möglich? Wie steht das, was hier am runden Tisch vorgetragen wird, im Verhältnis zu dem, was die verantwortlichen gewählten Politiker in ihrem Arbeitsfeld zu entscheiden haben? Wie bekommt man diese beiden Prozesse zusammen? Wie schafft man es, dass sich Bürger, Laien, Einzelinteressen am runden Tisch zu Wort melden und man am Schluss zu einem qualifizierten Plan kommt? Wie bekommt man das zusammen? Das haben die Beteiligten mit beeindruckender Struktur, Aufmerksamkeit und Detailtreue geschafft.

Dann ist etwas passiert, das man sich kurz in Erinnerung rufen muss, finde ich: Dieser Kreis war sich einig, dass sie sich über ein paar Fragen nicht einigen konnten, also nicht eine gemeinsame Botschaft an die parlamentarischen Gremien übermitteln können, sondern eine aufgeteilte. Es gab offenkundig vor Ort die Vorstellung, Galopprennsport, Pferdesport, Golf und die anderen Interessen passen nicht gemeinsam in diesem Raum, lassen sich da nicht gemeinsam unterbringen. Dann wurde der Deputation die Frage gestellt: Was meinen Sie, wie dieser Konflikt aufgelöst werden könnte? Darüber haben wir abgestimmt. Sie waren dabei, Sie haben anders abgestimmt als ich, so ist das nun einmal in der Welt. Der eine hat eine Mehrheit, und seine Auffassung kann überzeugen, und der andere nicht, aber das ist demokratisch gewesen.

Das hat die Arbeitsgrundlage für die zweite Phase dieses ganzen Beteiligungsverfahrens gebildet, nämlich den Auftrag an die Planungsbüros. Die Planungsbüros sollten in ihrer Arbeit nicht über unauflösbare Widersprüche entscheiden, sondern wir, die gewählten Vertreter, entscheiden über sie, und dann beginnt die Planung. Jetzt, nachdem diese Rahmenbedingungen geklärt sind, sind wieder alle Türen, alle Fenster offen. Man kann diesen Juryentscheidungen beiwohnen, darüber wird in öffentlichen Versammlungen berichtet, man kann Einwände machen und dergleichen mehr. Ich finde es wirklich unanständig, wenn man das als Führungsversagen von Frau Dr. Schaefer denunziert. Das Ressort hat das im Gegenteil, finde ich, vollständig, anständig und richtig gemacht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Es gibt eine wirklich beunruhigende Missinterpretation bei der Fraktion der FDP. Diese Bürgerinitiative hat ein Volksbegehren, einen Volksentscheid organisiert und hat gewonnen. Diese 55 Prozent der Bremer Bevölkerung, die ihren Anliegen zugestimmt haben, haben ein Ortsgesetz beschlossen. Sie haben nicht die Bürgerinitiative gewählt, mit einem Mandat von 55 Prozent ausgestattet und ihr gesagt, Ihr müsst uns jetzt repräsentieren, nein, sie haben dieses Parlament gewählt und die hier sitzenden Abgeordneten.

Wir sind für bestimmte Entscheidungen zuständig und verantwortlich und müssen darüber Rechenschaft ablegen, werden dafür abgewählt oder wiedergewählt. Diesen kleinen Unterschied, meine Damen und Herren, verwischt die Fraktion der FDP immer wieder mit großem Vergnügen, und das trägt nicht zum Verständnis von unserem Demokratie- und Staatsaufbau bei. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde, von der FDP eingebracht, lautet „Im Galopp am Bürger vorbei! Der Umgang des Senats mit der Bürgerinitiative Rennbahngelände Bremen und Gewerbetreibenden vor Ort“, das noch einmal zur Einführung! Es ist kaum zu glauben, was die Koalition von Rot-Grün-Rot unter echter Bürgerbeteiligung versteht, nämlich nichts!

(Beifall CDU)

Bürgerbeteiligung bitte nur, wenn es im Sinne von Rot-Grün-Rot ist!

(Beifall CDU)

Im letzten Monat, im Januar 2022, hatten wir als CDU-Fraktion unseren Dringlichkeitsantrag eingereicht, der Titel lautete: „Keine Akteure bei der Entwicklung des Rennbahngeländes ausschließen – Werkstattverfahren offen gestalten“. Meine Damen und Herren, mit der Zustimmung zu unserem Antrag hätten Sie Gelegenheit gehabt, den Fehler der mangelnden Bürgerbeteiligung zu beheben.

(Beifall CDU)

Noch einmal zur Erinnerung: Im Mai 2019 wurde durch einen Volksentscheid entschieden, das Rennbahngelände zukünftig ausschließlich für Erholung, Freizeitsport und Kultur zu nutzen. Für die zukünftige Gestaltung wurde ein Beteiligungsverfahren vereinbart. Doch jetzt, wo es im Rahmen des Werkstattverfahrens um die maßgebliche Gestaltung des Rennbahngeländes geht, ist ausgerechnet die Bürgerinitiative als Initiator des Volksentscheids ausgeschlossen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Hört, hört!)

Außerdem werden im Vorfeld bestimmte Nutzungen wie Galoppsport, Golfsport und Pferdesport von vornherein verhindert, es werden nur Wünsche und Anregungen angenommen, die im Sinne der rot-grün-roten Regierungskoalition sind.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Das ist peinlich!)

Stimmt, das ist sehr peinlich, Frau Bergmann, da haben Sie recht!

(Beifall CDU)

Wir als CDU-Fraktion reiben uns verwundert die Augen und fragen uns: Was soll das? Wo bleibt da eine echte Bürgerbeteiligung? Liebe Frau Senatorin Schaefer, das ist Klientelpolitik!

(Beifall CDU)

Mithin lässt sich feststellen, dass auch unmittelbar betroffene Gewerbetreibende, wie zum Beispiel das angrenzende ATLANTIC Grand Hotel, in der Jury nicht zu finden sind. Um getroffene Entscheidungen zur Nutzung des Areals zu untermauern, sieht die aktuelle Entwurfsplanung eine fünf Meter breite und circa 500 Meter lange Wegeverbindung in Asphaltbauweise vor, die den Galopp- und Pferdesport unmöglich machen soll. Doch auch im kürzlich begonnenen Werkstattverfahren traute sich ein beauftragtes Planungsbüro, den im Vorfeld festgelegten Weg in Zweifel zu ziehen.

Trotz vieler guter Argumente und Gesprächsbereitschaft vonseiten der Bürgerinitiative halten Sie als Regierungskoalition an dieser mangelhaften Bürgerbeteiligung fest, wenn man dieses Verfahren überhaupt noch als Bürgerbeteiligung bezeichnen kann. Der Volksentscheid wurde von 50 Prozent aller Wahlberechtigten aller politischen Strömungen beschlossen. Jeder Wahlberechtigte weiß,

dass dieser Entscheid nur zustande kam, weil sich die Bürgerinitiative bei Wind und Wetter um Unterschriften bemüht hat. Trotzdem darf die Bürgerinitiative nicht in der Jury sitzen, nicht einmal beratend ohne Stimmrecht.

Ich glaube, es ist angebracht, an dieser Stelle Herrn Theiner vom „Weser-Kurier“ zu zitieren: „Entweder wird Schaefer in solchen Dingen schlecht beraten, oder sie ist beratungsresistent. Beides rächt sich im politischen Geschäft irgendwann.“

(Beifall CDU)

Ich möchte ergänzen: Dieses Zitat trifft auf die gesamte Koalition zu.

(Beifall CDU)

Die Menschen, die die Bürger aus welchen Gründen auch immer mit Unterschriften unterstützt haben, um einen Volksentscheid einbringen zu können, sind auch Ihre Wähler. Gekränkte Eitelkeiten und andauernde Beratungsresistenz reichen aber aus, um eine Politik nach Gutsherrenart fortzuführen. Dabei wäre es so einfach, Frau Senatorin Schaefer. So könnten Sie über den Weg am Schluss des Verfahrens entscheiden und die Bürgerinitiative Rennbahngelände sowie eine Abordnung von Gewerbetreibenden im Werkstattverfahren beteiligen. Das wäre Demokratie, und es wäre redlich.

Eines noch: Wenn Sie Bürgerbeteiligung in der Freien Hansestadt Bremen zukünftig ernst meinen, dann nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass es gerade die Bürgerinitiative Rennbahngelände ist, die sich seit Jahren intensiv um dieses Gelände kümmert und erfolgreich Veranstaltungen organisiert. Die Veranstaltungen sind legendär und haben einen guten Ruf weit über die Stadt Bremen hinaus. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, eine Aktuelle Stunde! Ich muss überlegen, wo sich die Aktualität herleitet, denn ich glaube, wir haben in der letzten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft auch schon wieder über die Rennbahn gesprochen. Aber das ist egal! Möge die Fraktion der FDP dieses Format nehmen, wenn sie es für richtig hält.

Ja, dieses Mal diskutieren wir „Im Galopp am Bürger vorbei den Umgang des Senats mit der Bürgerinitiative Rennbahngelände Bremen und den Gewerbetreibenden vor Ort“, so ist das Thema, und wir hören heute seitens der FDP und der CDU

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Was?)

einiges auf uns zukommen, was sie denn davon halten.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Was haben wir damit zu tun?)

Der runde Tisch war beendet. Er hat beschlossen, ein Werkstattverfahren zu machen, einen Beteiligungsprozess für das Rennbahngelände einzuläuten. Letzte Woche, am 17. Februar, war die Auftaktveranstaltung. Sie begann um 13:00 Uhr und war etwa kurz vor 20:00 Uhr zu Ende. Das ist für solche wie uns, die wenig Zeit haben, eine lange Veranstaltung. Ich kann mich daran erinnern, dass der Kollege Schäck am Anfang noch dabei war, und dann ab mittags – wie wir immer mit einer kleiner Fraktion – viel zu tun hatte und nicht mehr dabei war. Der Kollege Bücking war bis zum Schluss da, glaube ich, und der Kollege Lübke auch, wenn ich mich recht erinnere.

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Auf jeden Fall!)

Wir haben uns die Zeit genommen, uns dieses Verfahren genau anzusehen. Da hat man uns erklärt, wie die Projektstruktur aussehen soll. In vielen Verfahren, wie auch in diesem Verfahren, gibt es ein Preisgericht, das ist in der Regel mit Fachleuten besetzt, dieses Mal auch mit Politikern und Ortspolitikern, und wenn ich mich recht erinnere, ist jetzt sogar ein Jugendvertreter dabei. Die sind stimmberechtigt.

Dieses Verfahren ist nichts Ungewöhnliches, das ist in anderen Kolloquien und Preisgerichtsverfahren genauso. Wenn man genau hinschaut, dann stellt man fest, dass in der Regel oder grundsätzlich gar keine Bürgerinitiative dabei ist. Es gibt in diesem Prozess beratend im unteren Bereich noch Akteure aus verschiedensten Bereichen. So ist die Projektstruktur für dieses Werkstattverfahren aufgebaut, wenn ich es richtig verstanden habe.

Es sind drei Termine dafür vorgesehen. Der erste war die Auftaktveranstaltung am 17. Februar, dann kommt am 21. April eine Zwischenpräsentation, und am 17. Juni soll eine Abschlusspräsentation

stattfinden, bei der man sich die drei Büros, die dort beteiligt sind, aus Hannover und anderen Städten, Rotterdam ist noch dabei – -. Also, es ist sehr prominent besetzt. So ist das!

Wenn ich es richtig verstanden habe, ist in dieser ganzen Projektstruktur immer wieder vorgesehen, aktiv Bürgerbeteiligung zu machen. Das hat man auch am 17. Februar gemacht, am Nachmittag, Herr Kollege Schäck, da waren Sie leider schon weg. Da hat man die Möglichkeit eröffnet, dass sich Menschen die Veranstaltung entweder über einen Livestream ansehen oder sich direkt über einen Link dort einlochen

(Abgeordnete Melanie Morawietz [CDU]: Einloggen!)

und sich beteiligen können.

(Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU]: Das war beim Golfen!)

Es waren, wenn ich es richtig weiß, circa 150 Menschen, die sich beteiligt haben. Ich habe immer gehört, es gibt echte Bürgerbeteiligung, dann gibt es im Umkehrschluss auch unechte Bürgerbeteiligung. Ich weiß nicht, ob man unter unechter Bürgerbeteiligung nur Bürgerinitiativen sieht, aber auch die Bürgerinitiative sind nicht nur allein die Bürgerinnen und Bürger. Da gibt es noch mehrere, die sich auch daran beteiligt haben, und das ist sehr offen. Bevor dieses Preisgericht weiterarbeitet – so habe ich es verstanden –, schaut man sich als Erstes immer wieder den Beteiligungsprozess an und hört zu, was die Menschen uns erzählen, was sie für wichtig halten.

Nun hat Herr Bücking in seiner schönen Art – das kann ich überhaupt gar nicht – erklärt, dass durch Volksentscheid ein Ortsgesetz beschlossen wurde. An dieses Ortsgesetz halten wir uns, aber in diesem Ortsgesetz, das sage ich auch immer, steht nicht geschrieben, es darf nur Galopprennsport und Golfsport stattfinden. Das hat die Bürgerinitiative auch nicht publiziert. Ich bin immer noch jemand, der die These vertritt, wenn sie das getan hätte, wäre der Volksentscheid höchstwahrscheinlich anders ausgefallen, aber das hat sie nicht getan. An diesem Ortsgesetz arbeiten wir uns demokratisch ab. Daran sind die Beiräte der Stadtteile Hemelingen und Vahr beteiligt, daran ist der Regionalausschuss beteiligt, die Deputierten und wir. Mehr geht nicht!

Den Kollegen Schäck verstehe ich nicht, wenn er sich in ausgiebiger Epik darüber beschwert, was da an Büros beteiligt ist, was sonst noch für ein Aufheben gemacht wird und dass das Geld kostet. Da muss man sagen, wenn man echte Bürgerbeteiligung will, meine Damen und Herren, dann muss man auch Geld in die Hand nehmen.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist eben so, darüber kann man sich nicht beschweren.

Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich dort gern Wohnungsbau gehabt hätte, und ich muss auch widersprechen, wenn man sagt, dass die Vahr und Hemelingen oder der Bremer Osten ausgiebig, eng und dicht bebaut werden. Sie können mir glauben: Wenn man sich die Neue Vahr genauer ansieht, dann wird man immer sehen, mit wie viel Grün die Neue Vahr gebaut worden ist, wie viel Abstandsgrün vorhanden ist. Das wird man heute nie wieder machen können. Da kann man nicht sagen, das ist ein zugebauter Betonklotz Neue Vahr, nein, das ist beispielhaft.

Wer aus dem Osten kommt, weiß zumindest, dass auch der Osterholzer Friedhof eine einzigartige Grünanlage im Bremer Osten ist, die es kein zweites Mal gibt. Man kann nicht sagen, der ganze Bremer Osten ist zugebaut, und es wäre eine Katastrophe gewesen, wenn man da noch weitere Wohnungen hätte bauen wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Gut, das hat man nicht getan, und auch ich hätte mich als derjenige, der das so schön gefunden hätte, in die Schmollecke setzen und sagen können, jetzt lasst mich in Ruhe, ich werde für dieses Thema mit Ihnen nicht eine Sekunde meiner Lebenszeit mehr opfern. Nein, das habe ich nicht gemacht, das hat Herr Bücking nicht gemacht, das haben viele nicht gemacht. Wir sitzen dort teilweise acht Stunden und hören uns in diesen Prozess hinein, versuchen, uns einzubringen, versuchen, zuzuhören und zu verstehen. Uns dann vorzuwerfen, wir nähmen das alles nicht ernst, finde ich ein bisschen frech!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir nehmen Bürgerbeteiligung ernst!

Ich schaue gerade Herrn Strohmann an, ich nehme mir einmal drei Sekunden Zeit, um mich zu entschuldigen. In der letzten Rennbahndiskussion das mit dem Brezelbäcker – -. Ich habe mir das noch einmal selbst angehört, und wenn man das von außen sieht, der Präsident hätte beinahe eine Nackenstarre bekommen, weil er den Kopf so geschüttelt hat. Ich nehme mir 20 Sekunden Zeit, um mich dafür zu entschuldigen, das war nicht gut. Wir reden aber heute noch einmal über Tenever, da werde ich über Beteiligung referieren, und vielleicht verstehen Sie dann, dass ich bei Ihrem Vorwurf so massiv gereizt war. Aber die Reaktion war unangemessen.

Kommen wir wieder zu Rennbahn: Es ist es ein sehr exponiertes Gelände. Es sind interessante Büros dabei, es findet eine gute Bürgerbeteiligung statt, und wir wollen dort etwas Gutes erarbeiten. Deswegen sitzen wir auch so lange, der runde Tisch hat immer sehr lange gedauert, aber das ist diese Zeit wert, und es ist unfair, wenn man uns das nicht unterstellt.

Am Ende kann man vielleicht allerhöchstens sagen, dass der Titel der Aktuellen Stunde nicht unbedingt heißen muss, dass der Senat nun am Bürger vorbeiläuft. Man kann vielleicht sagen, wenn man es ganz gemein sagen möchte, der Senat läuft an der Bürgerinitiative vorbei, oder andersherum gesagt, die Bürgerinitiative läuft vielleicht auch an dem Senat vorbei, aber zu sagen, dass man das nicht ernst nimmt, dass man die Menschen nicht mitnehmen will, das finde ich total am Thema vorbei.

Ich wünsche mir, dass Sie sich den Prozess genau anschauen, sich weiter daran beteiligen und wir, wenn wir ein gutes Ergebnis haben, vielleicht in diesem Hohen Haus noch einmal völlig anders darüber sprechen. Galopprennsport und Golfsport haben wir demokratisch politisch anders entschieden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war doch, finde ich, ein ganz beachtlicher Spagat an Forderungen, den wir jetzt vorgetragen bekommen haben. Wenn ich die Statements der FDP und der CDU einmal für mich zusammenfasse,

dann habe ich mitgenommen: Das Verfahren ist viel zu teuer, die Sitzungen sind viel zu lang. Es dauert auch in der Gesamtlänge viel zu lange, aber man muss da noch viel mehr beteiligen, man soll die Entscheidung erst viel später treffen. Das ist, finde ich, eine beachtliche Aufstellung von Anforderungen, die Sie hier treffen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aufwand und Nutzen stehen in keinem Verhältnis!)

Ja, darüber könnte man sich, finde ich, durchaus unterhalten, aber das liegt, finde ich, an der Grundprämisse dieses Prozesses!

Nüchtern dazu, wo wir stehen: Wir befinden uns jetzt in Phase zwei dieses Zukunftsprozesses für die Rennbahn. Der runde Tisch ist abgeschlossen, Nutzungsbausteine sind vereinbart, es wurden welche aussortiert. Auch wenn sich die CDU nicht mehr daran erinnern kann, eine Reihe davon wurden im Konsens aussortiert, einige wurden strittig entschieden, und jetzt gibt es eine zweite Phase. Da gibt es eine Jury mit 27 Mitgliedern – ich persönlich habe noch keine so große Jury bei anderen Gelegenheiten gesehen –, und dazu gibt es die fachlichen Vertreter:innen bestimmter Nutzungsbausteine, so zum Beispiel den Landessportbund, weil Sportnutzungen vorgesehen sind.

Die Öffentlichkeit wird nach meinem Dafürhalten vorbildlich beteiligt, jede Bremerin und jeder Bremer kann sich einbringen. Das war direkt vor der Jurysitzung der Fall, analog zu dem Verfahren, das wir auch vom Steingutgelände kennen, auch das war sehr vorbildlich. Es ist es auch rege genutzt worden. Wenn man beide Kanäle, auf denen man das verfolgt, zusammenzählt, sind da rund 150 Menschen zusammengekommen, die sich daran beteiligt haben, und wenn man einmal herumfragt, dann ist die Rückmeldung auch: Die Stimmung war sehr konstruktiv. Die Bürgerinitiative – das ist der letzte Teil der Bestandsaufnahme – hat daran nicht teilgenommen, obwohl sie es hätte können. So weit so nüchtern die Bestandsaufnahme!

Jetzt ist die Frage: Was konkret will man daran verändern? Was ist eine Forderung, die man stellen will, außer, dass man sich auf der Ebene von Zeitungsüberschriften bewegt? Das habe ich jetzt ehrlich gesagt aus den Redebeiträgen der CDU und der FDP noch nicht so ganz herausgehört. Man darf natürlich die Frage stellen: Soll die Bürgerinitiative einen Sitz in der Jury haben? Dann hätte die Jury eben 28 Mitglieder, und ja, ich bin der Ansicht, das wäre dann auch nicht entscheidend.

Man muss dann allerdings sagen, eine Bürgerinitiative ist natürlich etwas, was jede und jeder gründen kann. Ich kann das mit meinen zwei Nachbarn zusammen machen, und dann sind wir auch eine Bürgerinitiative. Das heißt, die Frage ist natürlich: Was ist mit anderen städtebaulichen Wettbewerbsverfahren? Wollen wir das dann in Zukunft auch so machen, dass wir jede Bürgerinitiative und jeden, der sagt, ich bin eine Bürgerinitiative, dann in die Jury einladen? Ist es in diesem konkreten Fall auch so, dass das dann auch für alle gilt, die sich noch zusammenfinden und sagen, wir sind auch eine Bürgerinitiative? Das ist, glaube ich, eine Grundsatfrage, die sich dann aufdrängt, und die muss man erst einmal beantworten. Man kann sie jedenfalls nicht so beantworten, indem man sagt: Darüber haben wir nicht nachgedacht, aber in diesem konkreten Einzelfall würden wir das gern machen, weil wir hoffen, dass wir den Beteiligten damit in der Öffentlichkeit gefallen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das, finde ich, ist keine so richtig überzeugende Forderung. Man kann nicht nur die Bürgerinitiativen nehmen, die Ihnen sympathisch sind, und die Frage, wie man damit dann im Grundsatz umgeht, muss man beantworten.

Jetzt zurück zur Beteiligung in dem konkreten Fall! Ich würde gern einmal ein anderes Beteiligungsbeispiel aus meiner Erfahrung anführen, das waren das Wettbewerbsverfahren und die Sitzung der Jury zur Gestaltung des Bundeswehrhochhauses. Da war es so, dass die baupolitischen Sprecher, die hier im Raum sind, teilnehmen durften und als Gäste eingeladen waren, sie durften aber nicht mit abstimmen. Zu Beginn dieses Juryverfahrens war es auch so – das war das erste Mal in meinem Leben, dass ich bei so etwas dabei war –, dass die Vorsitzende sagte, sie wolle auch nicht unhöflich sein, aber die Erwartung sei schon, dass sich die Politiker eigentlich nicht zu Wort melden und auch eigentlich nicht so gern Fragen stellen. Das war für so einen Abgeordneten erst einmal eine ungewohnte Erfahrung, eigentlich hat man ja traditionell immer etwas zu sagen.

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine Herausforderung!)

Wir hatten dann Glück, wir hatten den Kollegen Bücking dabei, der hat das geflissentlich ignoriert, und dann war das Eis gebrochen. Danke noch einmal dafür, Herr Bücking! Man konnte das dann re-

geln, und wir durften am Ende nicht mit abstimmen, aber das Juryergebnis war auch ein gutes. Wir sind da alle zufrieden gegangen und waren nicht der Meinung, ich glaube, aus keiner Partei, man hätte jetzt den „Weser-Kurier“ anrufen müssen, um sich dort entsprechend in der Presse zum Opfer zu erklären; außer natürlich – und jetzt gehen wir gedanklich zurück zum Rennbahngelände! –, auch hier macht das, glaube ich, noch keinen Sinn, es macht noch viel weniger Sinn, denn es gibt eine Beteiligungsmöglichkeit, sogar eine sehr gute. Man hat sich entschieden, diese nicht zu nutzen.

Deswegen ist die Variante hier nur dann sinnig, wenn man sich zum Opfer erklären will und es einem von vornherein genau darum ging – und um nichts anders als das –, sich nämlich zum Opfer zu erklären und wenn man die Legitimität von demokratischen Entscheidungen in Zweifel ziehen möchte. Das ist ja ein Prozess, der hier nicht zum ersten Mal stattfindet, sondern er findet zum x-ten Mal in genau dieser Form statt. Es ist immer wieder genau das gleiche Schauspiel, und die Fraktionen in diesem Hause müssen sich fragen, wofür genau sie bereit sind, sich herzugeben. Die SPD-Fraktion in diesem Haus ist jedenfalls nicht bereit, sich für dieses Schauspiel herzugeben. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt musste ich mich doch noch einmal zu Wort melden, weil hier einige Aussagen getroffen worden sind, die ich so nicht stehen lassen kann, und um vielleicht auch noch einmal eine kurze Einordnung vorzunehmen.

Herr Kollege Bücking, Sie haben anfangs etwas irritiert kritisiert, dass ich eine Einordnung bezüglich der Frage vorgenommen habe, wie es eigentlich gestartet ist. Ich halte das für wichtig. Ich halte es für wichtig, noch einmal zu beschreiben und sich noch einmal gemeinsam zu vergewissern, wie eigentlich der Weg zu dieser Volksentscheid aussah, und auch noch einmal deutlich zu machen, es sind nicht drei oder vier Leute, die gesagt haben, wir haben eine andere Vorstellung von der Nutzung der Rennbahn, sondern es waren über 50 Prozent der Bremerinnen und Bremer, die so entschieden haben. Ich finde, das ist keine Lappalie, wenn man noch einmal darauf hinweist und deutlich

macht: Sie haben hier gegen den Willen der Bremerinnen und Bremer entscheiden wollen, und Sie sind damit gescheitert. Damit ist das Ganze überhaupt erst gestartet.

(Beifall FDP, CDU – Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Letztendlich geht es doch um die Frage: Was bedeutet dieses Verhalten, dieses Gebaren, dieser Umgang mit der Bürgerinitiative eigentlich auch als Signal an alle Menschen in dieser Stadt, die sich einbringen wollen und nicht hier im Parlament sitzen? Sie reden immer wieder die Beiräte groß, Sie sagen, Bürgerengagement ist uns wichtig, Bürgerinitiativen nehmen wir ernst, und die Leute sehen das ja. Sie sehen ja, wenn man sich einbringt – und das ist viel Arbeit in so einer Bürgerinitiative! –, wenn man etwas macht, dann wird man entweder ignoriert oder übergangen oder darf in den zentralen Entscheidungsphasen nicht mehr mit am Tisch sitzen. Das ist verheerend für die Demokratie in unserem Bundesland, und das ist das Signal, das Sie damit aussenden. Das kritisieren wir.

(Beifall FDP, CDU)

Letztendlich muss man das Anliegen der Bürgerinitiative, und das sage ich auch ganz deutlich, inhaltlich nicht teilen. Diese Bürgerinitiative ist aber wahrscheinlich die in den letzten Jahren und Jahrzehnten erfolgreichste Bürgerinitiative, was ihren Entscheid angeht,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja!)

die wir hier in Bremen haben.

(Beifall FDP, CDU)

Wenn selbst die in der zentralen Phase nicht mehr mit am Tisch sitzen dürfen – es ist auch egal, ob das von Anfang an so geplant war oder nicht –, dann ist das ein verheerendes Signal an alle Menschen, die sich einbringen wollen, und sie werden sich das in Zukunft doppelt und dreifach überlegen.

(Beifall FDP, CDU)

Einen abschließenden Satz möchte ich ganz gern noch zum Kollegen Schumann sagen, weil es ja manchmal so ein bisschen komisch wäre, was Sie sagen, wenn es nicht auch an der einen oder anderen Stelle meines Erachtens einfach eine fehlerhafte Wahrnehmung dessen ist, was da passiert ist! Sie haben mich zitiert mit dem Satz, der gesamte

Bremer Osten sei zubetoniert. Das habe ich nie gesagt, das habe ich in keinem einzigen Satz meiner Rede gesagt. Das heißt, entweder hören Sie an dieser Stelle nicht richtig zu, oder Sie legen mir eine Falschaussage in den Mund. Das habe ich so nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass dieser Stadtteil dort relativ stark zubetoniert ist und wir uns die Frage stellen müssen, wenn wir neuen Wohnraum schaffen wollen: Muss das unbedingt dort sein, oder kann es auch woanders sein? Da kann man zu unterschiedlichen Entscheidungen und Entschlüssen kommen. Diese Frage muss man sich aber stellen dürfen, und das ist eine völlig andere Aussage als das, was Sie hier gerade versucht haben, mir in den Mund zu legen.

Das Zweite: Mir ist durchaus bewusst, dass wir am letzten Donnerstag die Sitzung hatten, die Veranstaltung zur Rennbahn, zur zukünftigen weiteren Verwendung und Nutzung der Rennbahn. Sie haben mehrfach darauf hingewiesen, dass ich diese während der laufenden Sitzung verlassen musste. Das ist richtig. Ich weiß nicht, ob Sie es wussten, aber parallel hat der Controllingausschuss getagt, in dem ich auch Mitglied bin.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren mehrfach schriftlich darauf hingewiesen, dass die Veranstaltungen zum Thema Rennbahn bitte nicht mehr parallel zu anderen Veranstaltungen gelegt werden sollen. Auch das wurde ignoriert, darüber ist man hinweggegangen. Das bekommt man offensichtlich bis heute nicht organisiert, und es ist eine Frechheit, so etwas dann hier öffentlich zu kritisieren! – Vielen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Entgegengesetzt zu meinem Kollegen Wagner möchte ich noch einmal ganz kurz auf die Ausführungen des Bürgerbeteiligungsverfahrens beim Siemens-Hochhaus eingehen! Das war sicher nicht falsch, was Sie gesagt haben, aber ich denke, an dieser Stelle handelt es sich hier um ein ganz anderes Verfahren, nämlich das einer Bürgerinitiative, die hier einen Bürgerentscheid durchgeföhrt hat.

(Beifall CDU)

Das kann man natürlich nicht mit einem Hochhaus oder einem Bebauungsplan vergleichen. Genau deswegen, weil Sie das angesprochen haben, denke ich, sollten alle demokratischen Parteien sich den Zielen der Initiatoren des erfolgreichen Volksentscheids verpflichtet fühlen und das gesamte Gelände für alle Bürgerinnen und Bürger öffnen.

Bitte lassen Sie persönliche gekränkte Eitelkeiten außen vor! Frau Dr. Schaefer, seien Sie nicht beratungsresistent, sondern gehen Sie da bitte noch einmal in sich und überlegen, ob Sie nicht doch noch einmal eine Möglichkeit finden, das Ganze in die richtige Richtung zu bringen, und informieren Sie vor allem die Planungsbüros, eben nicht ohne die Rennbahn und die Ideen der Bürgerinitiative zu planen!

Wenn ich jetzt hier die Redebeiträge so verfolge, dann verteidigen Sie Ihre Vorgehensweise mit aller Härte und gehen hier wirklich gegen die Bürger und Bürgerinnen aus Bremen vor. Das können wir als CDU-Fraktion nicht gutheißen.

(Beifall CDU)

Die Folge wird sein, dass das Vertrauen in die Bürgerbeteiligung sinkt. Ich möchte hier an der Stelle noch einmal ganz kurz die Zeit nutzen und aus Ihrem Koalitionsvertrag zitieren, denn da sagen Sie: „Wir werden einen Prozess einleiten, in dem in Abstimmung mit den Beiräten und Anwohnern über die zukünftige Entwicklung des Geländes beraten wird, und dazu auch die Rennbahninitiative einladen.“ Dann kann man sie doch nicht mitten im Verfahren wieder ausladen!

(Beifall CDU)

Das muss man mir erklären, warum man das noch Bürgerbeteiligung nennt, wenn man bestimmte Gruppen einfach nicht teilhaben lässt! Das hat für mich mit Bürgerbeteiligung nichts zu tun, und dabei bleibe ich. Ich hoffe, dass Sie diese Sichtweise auch antizipieren können! – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt muss ich doch noch einmal nach vorn kommen, um darauf zu reagieren, was der Kollege Schäck gesagt

hat. Ja, ich bin frech, das bin ich leider in meinem hohen Alter noch, aber ich habe manches Mal auch die Größe, zu sagen, das war zu frech, da entschuldige ich mich. Wenn wir jetzt aber schon einmal die Goldwaage herausholen, Herr Kollege Schäck, dann möchte ich noch einmal in der letzten Sache, die ich gesagt habe, wiederholen, dass ich richtig gesagt habe, dass Sie die laufende Veranstaltung mittags verlassen haben, aber ich habe weiterhin auch gesagt, dass wir natürlich auch immer viel zu tun haben, und ich habe auch weiterhin gesagt, dass gerade die Vertreter der kleinen Fraktionen besonders viel zu tun haben.

Dass Sie gerade in den Controllingausschuss mussten, wusste ich nicht. Ich habe die Termine des Controllingausschusses nicht so präsent, weil ich selbst dort nicht Mitglied bin. Da muss man aber fairerweise auch einmal sagen, dass das, was Sie jetzt als Beleidigung empfunden haben, so nicht wahr ist. Bei uns ist es so, wenn wir manchmal keine Zeit für Veranstaltungen oder Sitzungen haben, die wir aber trotzdem für wichtig halten, dann haben wir auch immer noch die Möglichkeit, dass unser wissenschaftlicher Mitarbeiter sich da einschaltet und dann dabei ist und danach auch berichten kann. Bei aller Frechheit, ich meine, man sollte da auch nicht übertreiben! In diesem Fall war ich nun wirklich nicht frech. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Titel der Aktuellen Stunde lautet „Im Galopp am Bürger vorbei“. Herr Schäck, Ihre Rede zeugt eher davon, dass Sie bei diesem Thema Bürgerbeteiligung Scheuklappen tragen. Ich war etwas erstaunt über die Wendung, die Ihre Rede genommen hat, im Vergleich zum Titel. Das, was ich bei Ihnen herausgehört habe, war – und das hat mich sehr erstaunt –, dass Sie Bürgerbeteiligung, dass Sie Beteiligungsformate und dass Sie basisdemokratische Prozesse infrage stellen.

In der Abstimmung zum Volksentscheid am 26. Mai 2019 entschieden sich die Bremer Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich mit knapp über 50 Prozent gegen eine Bebauung des Rennbahnareals, das stimmt. Das Ortsgesetz ist die Grundlage für den gesamten Prozess und das bereits im Koalitionsvertrag angekündigte Beteiligungsverfahren. Bei der

Abstimmung warb die Bürgerinitiative 2019 mit dem Slogan „Grün statt Beton“.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Hier haben sich die Bremer:innen bei der Wahl klar gegen eine Bebauung des Geländes ausgesprochen. Der Slogan hieß aber nicht „Pferderennen statt Beton“. Da bin ich mir ziemlich sicher, dass die Mehrheit der Bremerinnen und Bremer bei so einem Slogan und mit dieser Zielrichtung ihr Kreuz noch einmal überdacht hätte.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das, meine Damen und Herren, zeigen etliche E-Mails, die uns in den letzten Tagen erreicht haben, in denen nämlich Stand: Hätten wir gewusst, dass es nur um den Erhalt des Rennsports und des Golfsports gegangen wäre, dann hätten wir uns anders entschieden. Wir fühlen uns hier, ehrlich gesagt, mit unserer Stimme missbraucht. Wir haben dafür gestimmt, dass die Fläche nicht bebaut wird und dass es eine Grünfläche bleibt. Das kann ich sogar nachvollziehen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: So ein Schwachsinn!)

Wir hätten uns eigentlich vielleicht gewünscht – das hat Herr Wagner gesagt –, dass die Fläche vielleicht bebaut werden könnte, weil andere Flächen dafür nicht bebaut werden. Jetzt hat sich die Mehrheit der Bremerinnen und Bremer für den Erhalt der Grünfläche entschieden,

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

und das akzeptieren wir, meine Damen und Herren, das müssen wir akzeptieren. Es ist auch ein legitimes Anliegen, dass wir Grünflächen erhalten, die Bremerinnen und Bremer haben sich aber beim Volksentscheid nicht per se für den Rennsport entschieden, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Das durch das renommierte Büro NetzwerkStadt GmbH von Herrn Klaus Selle und PLANKOM entworfene und moderierte Verfahren gliedert sich in vier Phasen auf, wobei in einer Phase null der gesamte Prozess gleich zu Beginn mit der Bürgerinitiative vorbesprochen wurde. Wir saßen mit der Bürgerinitiative zusammen und haben besprochen: Wie geht der ganze Prozess der Bürgerbeteiligung?

Wir haben von Stunde null an die Bürgerinitiative mit beteiligt, und deswegen finde ich den Vorwurf, dass wir die Bürgerinnen und die Bürger beziehungsweise die Bürgerinitiative nicht beteiligt hätten, dass wir sie außen vor halten würden, nicht gerechtfertigt, Herr Bodeit. Diese Auffassung teile ich weder bei Ihnen noch bei dem Kommentar im „Weser-Kurier“.

Phase eins sah die Arbeit des runden Tisches und das Sammeln von Nutzungsbausteinen vor. In Phase zwei, in der wir uns jetzt befinden, geht es aktuell in Form eines Werkstattverfahrens – ein Werkstattverfahren wenden wir bei allen Quartieren, die wir entwickeln, bei allen großen Bauvorhaben an – um eine Rahmenplanung, die dann in der dritten Phase in konkrete Pläne für Teilflächen entwickelt werden soll und im Prozess abschließend als Grundlage für eine Bauleitplanung ist. Es wurde von Anfang an, meine Damen und Herren, von Anfang an deutlich kommuniziert, dass die Phase eins nach der Arbeit des runden Tisches und mit der Ausarbeitung von Empfehlungen an die Deputation endet.

Jetzt möchte ich gern Herrn Sponbiel von der Bürgerinitiative zitieren, wie er es damals dem „Weser-Kurier“ gegenüber formuliert hat. Was der runde Tisch überhaupt sein soll, war ja eine der Fragen. Das ist sehr gut definiert worden. Wir haben zusammen mit der Bürgerinitiative besprochen, wann die Bürgerinitiative in diesen vier Phasen teilnimmt, und ab wann eben auch nicht mehr. Deswegen, Herr Bodeit, lasse ich mir das von Ihnen auch nicht vorwerfen. Es wurde immer klar kommuniziert, dass der runde Tisch als beratendes Gremium für die Entscheidung der Deputation und der Bremischen Bürgerschaft tagt. Die Qualität von Beteiligung darf sich nun nicht daran messen lassen, dass Einzelne mit natürlich legitimen, aber doch individuellen Interessen diese nicht gegen den Willen ebenso legitimer Stimmen und gegenüber demokratischen Gremien durchsetzen könnten.

Das, finde ich, muss man auch an dieser Stelle einmal ehrlich sagen: Die Bürgerinitiative ist angetreten mit „Grün statt Beton“, sie hat sich aber gewandelt zu einer reinen Interessenvertretung für den Rennsport. Die beiden Sprecher sind ja auch Mitglied des Vorstands des Bremer Pferderennsportvereins. Das ist auch in Ordnung, nur sie vertreten damit eben nicht die Interessen der über 50 Prozent Bremer Bürgerinnen und Bürger, die für den Erhalt des Grüns geworben haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das besprochene Verfahren wurde zudem neben der Bürgerinitiative auch von den gewählten Mitgliedern der Beiräte Hemelingen und Vahr mitgetragen. Das Thema Wegeverbindung ist ja auch angesprochen worden, als vorgezogene Maßnahme wurde sie neben der Prozessgestaltung bereits zu Beginn kommuniziert, auch hier gestützt durch die Beiräte, um die trennende Wirkung des Geländes zeitnah zu beenden. Es war immer der Wunsch, von Anfang an, die beiden Stadtteile Hemelingen und Vahr besser zu verbinden und deswegen auch einen Weg durch das Gelände, und zwar zeitnah und schnell, zu legen.

Herr Bodeit, das muss man dann auch richtig darstellen: Keines der Planungsbüros hat in der letzten Woche den Weg infrage gestellt. Es gab Anmerkungen, dass man bei diesem Weg gestalterisch nicht zu viel vorgreift. Kein Planungsbüro hat aber den Weg infrage gestellt. Mit dieser Ausgangslage starteten im Juni 2020 die erste Phase und die Arbeit des runden Tisches. Trotz der Coronapandemie ist es uns gelungen – und an dieser Stelle möchte ich mich einmal bei allen Beteiligten bedanken, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Hauses, der Staatsrätin, aber auch bei den Moderatoren, aber auch bei allen, die daran teilgenommen haben, online, in sehr konstruktiven Sitzungen –, die verschiedenen Nutzungsideen für das Gelände gemeinsam mit der Bürgerinitiative zusammenzutragen und zu bewerten.

Punkte wie die Nutzungsbausteine Galopp- und Pferdesport sowie Golfsport wurden dabei vom runden Tisch im Konsens als strittig definiert nach dem Motto „agreeing to disagree“. Es gab viele Punkte, wo sich der runde Tisch einig war, zum Beispiel bei Sportanlagen, mehr Kultur, mehr Freizeitangeboten und auch einer ökologischen Aufwertung, beim Golf- und beim Pferdesport war das aber bis zum Ende strittig. Das Ergebnis der Arbeit des runden Tisches wurde anschließend als Vorlage den zuständigen Deputationen vorgelegt. Die strittigen Nutzungsbausteine Golf- und Pferdesport wurden dabei extra aufgeführt, über sie ist gesondert abgestimmt worden.

Im Sommer letzten Jahres haben die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie die Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie die Empfehlungen des runden Tisches beschlossen und sich genau bei diesen strittigen Punkten dafür ausgesprochen, in weiteren Verfahren die Nutzungsbausteine Galopp- und Pferdesport sowie Golfsport nicht weiter zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, auch das gehört zu einer Demokratie dazu: dass man bestimmte Bausteine nicht macht. Dazu haben die Beiräte, aber auch die Deputationen und am Ende die Bremische Bürgerschaft das Recht. Sie, Herr Schäck, haben es ja eingefordert, dass man dann auch einmal entscheidet, und das haben auch die Beiräte und Deputationen gemacht, und sie waren nicht gewillt, den Forderungen der Bürgerinitiative in diesen zwei Punkten nachzukommen: im Erhalt des Grüns ja, aber nicht bei der Fortführung des Pferderennsports.

Zudem wurde für die vorgezogenen Maßnahmen der Wegeverbindung ohne Berücksichtigung des Geländes zugestimmt, und damit stand die Grundlage für das aktuelle Werkstattverfahren fest, und damit endete auch diese erste Phase, in der die Bürgerinitiative sehr eng mit eingebunden war.

Jetzt mit der zweiten Phase geht mit dem Werkstattverfahren der umfangreiche Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung weiter. Herr Wagner hat darauf hingewiesen, wir haben das auch in anderen Projekten; Steingut wurde angemerkt, da hatten wir gerade vor drei Wochen einen großen Beteiligungsprozess. Bevor dann die Jury getagt hat, gab es auch eine große öffentliche Beteiligung. Das haben wir auch woanders. Daran kann jede Bremerin und jeder Bremer teilnehmen. Auch die Bürgerinitiative hätte hier natürlich das Recht gehabt, sich weiter einzubringen, wie alle Teilnehmer:innen der ersten Phase wurde auch die Bürgerinitiative schriftlich eingeladen und informiert.

Doch Bürgerbeteiligung, meine Damen und Herren, reduziert sich nicht nur auf eine Gruppe ausgewählter direkt Betroffener, Gewerbetreibender oder Mitglieder des Rennvereins. Über Pressemitteilungen und Breitenverteiler wurde insgesamt eine breite Öffentlichkeit eingeladen, sich in den drei anstehenden Foren zu beteiligen. Nach der Phase eins, die der Teilöffentlichkeit des runden Tisches vorbehalten war, wurde nun also konträr zu dem Vorwurf der Nichtbeteiligung noch einmal eine riesige Öffentlichkeit angesprochen. Auch, wenn – das wurde auch schon gesagt – die Bürgerinitiative es vorgezogen hat, der Einladung zum Start der Phase zwei nicht zu folgen, so haben am ersten öffentlichen Forum über Zoom und einen Stream des Fahrerreports circa 150 Bürgerinnen und Bürger daran teilgenommen.

Viele Teilnehmer:innen haben ausgiebig ihre Anregungen mitgeteilt und die Vorstellung sowie die

ersten Ideen der teilnehmenden Büros kennengelernt und kommentiert. Meine Damen und Herren, das ist Bürgerbeteiligung! Wir haben über ein Jahr die Bürgerinitiative beteiligt, viele andere beteiligt, jetzt noch einmal alle Bremerinnen und Bremer, die Interesse hatten, und dann können Sie uns nicht vorwerfen, dass wir Bürgerbeteiligung nicht ernst nehmen würden, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht darf ich auch einmal anmerken, dass es von den Teilnehmer:innen – 150 bei Abwesenheit der Bürgerinitiative – überhaupt keinen lauten Ruf zum Erhalt des Rennsports gab. Es gab viele Wünsche, viele Anregungen, aber keiner der Teilnehmenden hat sich für den Weiterbetrieb des Galopprennsports – –.

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Das ist falsch!
– Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Es gab keine lauten Rufe! Sie tun so, als ob alle daran interessiert wären, und das ist nicht der Fall gewesen!

Die das Werkstattverfahren begleitende Jury ist in Anlehnung an die gängigen Verfahren und in geübter Praxis mit Sach- und Fachpreisrichtern, Fachberatern aus den Bereichen Kultur, Sport und Umwelt, Natur, Vertretern des Jugendbeirats sowie den örtlichen politischen Vertreterinnen und Vertretern und Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft besetzt. Die Fachberater stehen hier für die vom runden Tisch empfohlenen und durch die Deputationen beschlossenen angestrebten Nutzungen. Alle Bürger:innen können auch bei den weiteren Sitzungen vor den jeweiligen Jurysitzungen im öffentlichen Dialog den Stand des Werkstattverfahrens begleiten und auch kommentieren. Auch hier gibt es wirklich eine intensive und vorbildliche Bürgerberücksichtigung und Bürgerbeteiligung.

Noch einmal: Ich sehe keinen Ausschluss, sondern eine breite Einbindung der Öffentlichkeit, und insgesamt können wir hier auf einen beispielhaften Beteiligungsprozess blicken. Das bestätigen uns auch die Moderatoren, die den ganzen Prozess begleitet haben, der aber auch zeigt, dass Beteiligung nicht bedeutet, dass am Ende alle Wünsche einzelner Interessengruppen erfüllt werden, sondern nach unseren demokratischen Prozessen ein Kompromiss entsteht. Der Kompromiss ist am Ende eine gute Nutzung der zu erhaltenden Grünfläche, das habe ich vorhin auch schon einmal gesagt. Man hat

sich darauf verständigt, Freizeitangebote, Sportangebote, Kultur, aber auch ökologische Aufwertung, Wegeverbindungen zu schaffen.

Noch einmal: Der Volksentscheid hat nicht zum Ergebnis gehabt, dass sich die Bremerinnen und Bremer mehrheitlich für die Fortführung des Rennsports und des Golfsports aussprechen, sondern für den Erhalt einer großen Grünfläche.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Diese Grünfläche wird erhalten. Wir akzeptieren und respektieren den Volksentscheid, und mit einer großen Bürgerbeteiligung werden wir diesen Prozess auch weiter vollziehen. Ich freue mich nun auf die entstehenden Bilder der zweiten Phase und weiterhin auf eine vielfältige und konstruktive breite Beteiligung! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

Verkehrswende nur durch Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans – Projektbeirat muss endlich wieder tagen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Januar 2022
(Drucksache [20/654 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Heute geht es um den Dringlichkeitsantrag „Verkehrswende nur durch Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans – Projektbeirat muss endlich wieder tagen“. In der Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans, VEP, geht es prioritär um die Themenfelder Parkraumstrategie, Konzept autofreie Innenstadt Bremen 2025/2030 – wobei Sie sich in der Koalition bis heute nicht auf einen konkreten Innenstadtbereich festlegen konnten, das muss ich an der Stelle dazu sagen –, ÖPNV-Strategie Bremen 2025/2030,

Stadt-Regionales ÖV-Konzept Bremen - Niedersachsen.

Die Teilfortschreibung des VEP wurde bereits am 26. November 2019 vom Senat und anschließend, am 28. November 2019, in der darauffolgenden Sitzung der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung beschlossen. Um die wichtigen Maßnahmen für die vier Teilbereiche zu erarbeiten, haben Senat und Deputation die Einsetzung eines Projektbeirates beschlossen. Dieser tagte ganze sechs Monate später, nämlich am 4. Juni 2020. Der Deputationsvorlage VL 20/2228 zufolge war es das erklärte Ziel, den Gremien den Endbericht zur Teilfortschreibung nach Fertigstellung des Analyseberichts und anschließender Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beiräte im Mai 2021 zur Beschlussfassung vorzustellen. So weit, so gut!

Doch nun sind wir als CDU-Fraktion überrascht und sehr verwundert, denn zuletzt hat der Projektbeirat zwar wie verabredet getagt, aber es wurde eben nicht abschließend über den Endbericht abgestimmt. Auch die zuständige Deputation hat noch nicht über den Endbericht abgestimmt. Der Projektbeirat hat bis heute nicht mehr getagt, und die einzige Information, die wir erhalten haben, war, dass es Abstimmungsbedarf zwischen Koalitionären gebe.

In diesem Zusammenhang noch einmal zur Sache: Durch die Teilfortschreibung des VEP für die vier vorgenannten Themenfelder sollten die Wirkung und die gegenseitige Beeinflussung verschiedener Maßnahmen und Maßnahmenkombinationen modellhaft dargestellt und bewertet werden. Vor allem in dem Titel der Deputationsvorlage VL 20/519, „Verkehrswende für den Klimaschutz in Bremen gestalten durch Teilfortschreibung und Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2025“, wurde ausdrücklich unterstrichen, wie wichtig die Teilfortschreibung des VEP für den Senat ist, aber offensichtlich ist irgendwie die Luft heraus. Uns als CDU-Fraktion und den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt wird gegenwärtig der Eindruck vermittelt, der Senat verfolge dieses vormals so wichtige Ziel nicht mehr.

An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, dass sich der Endbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ im Bereich Mobilität explizit auf die Grundlage und Ergebnisse des VEP bezieht. Diese Entscheidung wurde im Konsens, also auch mit Ihrem aktiven Zutun, beschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der

Koalition, da kann man nicht still und heimlich durch Untätigkeit das Weite suchen.

(Beifall CDU)

Was bedeutet Konsens bei der Koalition? Besonders die SPD-Fraktion möchte mit den Ergebnissen der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ im Verkehrsbereich nichts mehr zu tun haben. Vor allem das Anwohnerparken ist den Sozialdemokraten ein Dorn im Auge. „Respekt für dich“ stand auf den Wahlplakaten der SPD. Für Menschen, die länger auf den Krankenwagen warten müssen, weil Straßen eingeschränkt passierbar sind, bleibt bei den Sozialdemokraten anscheinend auch kein Respekt mehr übrig –

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das hat doch nichts mit Anwohnerparken zu tun! Was ist denn das für ein Quatsch?)

aber natürlich! –, und Respekt vor parlamentarischen Beschlüssen wohl auch nicht! Das sehen wir beim bestehenden VEP, der – und da bin ich, das sage ich ganz ehrlich, dem Kollegen Saxe sehr dankbar, weil er das immer unverblümt anspricht – viel zu langsam umgesetzt wird. Die Uhr tickt auch beim beschlossenen Bürgerantrag, denn bis Ende 2022 sollen Anwohnerparkgebiete in sechs Stadtteilen eingeführt werden,

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Dem steht nichts im Wege!)

natürlich nur, wenn die Beiräte dem zugestimmt haben.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ja, eben haben wir noch über Bürgerbeteiligung gesprochen!)

Ich sage voraus, dass Sie uns am Ende des Jahres keine weiteren Gebiete präsentieren können.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das entscheiden die Beiräte eben mit! Das ist Teil der Basisdemokratie!)

Bei der Verkehrswende kommen wir nicht vom Fleck. Sie bringen als Koalition ständig neue Anträge ein. 10-Minuten-Stadt, Ridesharing ausbauen und so weiter. Das sind alles gute und richtige Themen, aber die meisten davon stehen im VEP oder sind Gegenstand der Fortschreibung.

(Beifall CDU)

Lieber einen Aufschlag in der Presse und nette Plakate im Stadtgebiet aufhängen, als für die Bremerinnen und Bremer tatsächlich etwas zu verbessern!

(Beifall CDU)

Ich bin der LINKEN ausdrücklich dankbar, dass sie in ihrer Pressemitteilung vom 14. Dezember 2021 ebenfalls fordert, dass der Projektbeirat wieder tagen muss, ich zitiere: „Die Klimakrise macht eine schnelle Verkehrswende unumgänglich. Aus diesem Grund ist es mehr als dringend erforderlich, dass der eingesetzte Projektbeirat spätestens im Februar seine Arbeit wieder aufnimmt“ – das werden wir wohl jetzt im Februar nicht mehr schaffen – „und im April dieses Jahres einen abschließenden Bericht vorlegt. Dieser sollte dann anschließend mit der Öffentlichkeit und den Beiräten diskutiert werden, um eine zeitnahe detaillierte Planung und Umsetzung der Maßnahmen zu ermöglichen.“

Meine Damen und Herren, Sie geben mir sicher recht, wenn ich sage, Bremen kann sich auch im Hinblick auf den Klimaschutz keine weiteren Verzögerungen erlauben. Ich gehe davon aus, dass Sie den von Ihnen eingesetzten VEP ernst nehmen und unserem Antrag zustimmen werden. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will es erst einmal allgemein einleiten, weil der Kollege Bodeit diese Einordnung nicht vorgenommen hat: Wir sind mit unserem ganzen VEP-Prozess deutschlandweit ausgesprochen fortschrittlich. Stichwort Bürgerbeteiligung – das wissen Sie vielleicht nicht mehr, weil Sie da noch nicht im Parlament waren –, aber dieses Ressort hat den sogenannten SUMP-Award gewonnen, den Sustainable Urban Mobility Plan. Das ist ein europäischer Preis, den bekommt man nur in Konkurrenz zu vielen anderen Städten. Auf Platz zwei war da Gent, das kennen ja auch viele hier im Haus, die machen dort eine sehr fortschrittliche Mobilitätspolitik, und den Preis bekommen nur Städte, die besonders vorbildhaft in diesem Prozess unterwegs sind, und dabei – Stichwort Bürgerbeteiligung! – ist gerade diese Onlinebürgerbeteiligung, die wir gemacht haben, im besonderen Maße gelobt worden. Diese Bürgerbe-

teiligung in diesem laufenden Fortschreibungsprozess ist noch einmal sehr vorbildlich gelaufen, ich finde, nach meinem Dafürhalten ist es noch einmal sehr viel besser gelaufen, und ich beziehe mich einmal auf die Debatte vorher, dass wir nur dann Bürgerbeteiligung machen, wenn es uns sehr gelegen kommt. Das ist doch wirklich ein Witz!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb, glaube ich, haben Sie da ein bisschen zu viel skandalisiert, aber dabei viel zu wenig diesen Prozess, den wir da angestoßen haben und der fachlich ausgezeichnet begleitet gewesen ist, in den Kontext gesetzt. Wir sind doch schon ganz weit in diesem Prozess, das wissen Sie auch. Wir haben diese vier Unterkategorien gebildet, in der Fortschreibung wohl gemerkt, die autofreie Innenstadt, das war klar, durch die Koalitionsvereinbarung ist da etwas Neues entstanden, und bei der ÖPNV-Angebotsinitiative mit zwölf Angebotsstufen sind wir doch konsensual auch schon sehr weit gewesen.

Das Parken in Quartieren und dann das stadtreionale Konzept, das fällt immer ein bisschen herunter. Wir sind hier in Bremen keine einsame Insel, und deswegen ist es, glaube ich, wichtig, dass wir gerade unsere Beziehungen zu Niedersachsen stärken, und das ist ein Schwerpunkt in diesem VEP-Prozess gewesen. Das ist fachlich sehr gut begleitet gewesen. Ich habe manchmal das Gefühl gehabt –

(Zuruf CDU)

Sie können ja gleich noch etwas sagen, ich kann Sie aus der Entfernung nicht verstehen! Ich hatte manchmal das Gefühl, das machen wir so gut, dass bestimmte andere Sachen liegen bleiben, aber wir sind in diesem Prozess wirklich kurz vor Schluss.

Was sind da dann jetzt die Probleme dabei? Natürlich gibt es auch Sachen, die wir miteinander diskutieren müssen, und deswegen haben wir im Projektbeirat beschlossen, dass wir einen Verkehrsversuch machen, nämlich in der Martinistraße, weil uns nämlich nicht klar war: Ist es nun eine Einbahnstraße, oder will man eine Modalsperre machen, will man dort eine Zweispurigkeit machen? Deswegen haben wir einen Verkehrsversuch gemacht, und den wollen wir jetzt auswerten, er ist ja bald zu Ende. Es ist doch vollkommen normal, dass man das an der Stelle erst einmal abwartet – und das ist ein ganz zentraler Punkt dabei –, bevor man etwas entscheidet.

Es ist auch völlig normal, dass wir ein paar Sachen haben, die wir in der Koalition diskutieren müssen. Sie haben das Stichwort Bewohner:innenparken genannt. Ich rede viel mit den Sozialdemokraten, und wir haben bestimmt eine unterschiedliche Vorstellung darüber, wie teuer das sein soll. Dass wir das Instrument Bewohner:innenparken aber gut finden, das ist Konsens bei der LINKEN, bei der SPD und bei uns, das kann man denen nun wirklich nicht vorwerfen. Das Einzige ist der Preis, da wird man möglicherweise nicht zu einer Entscheidung kommen, das finde ich dann auch nicht so schlimm, aber dass wir dieses Instrument vorantreiben werden, darüber sind wir uns komplett einig, und da gibt es sicherlich noch ein paar offene Fragen, die wir miteinander klären müssen.

Parkhäuser in der autofreien Innenstadt sind auch so ein Thema. Wenn ich jetzt als Fundamentalist hier herangehen würde, würde ich sagen, eine autofreie Innenstadt mit Parkhäusern, das kann doch eigentlich nicht angehen, das ist doch eigentlich ein Anachronismus. Da sind wir in der Debatte. Da spricht manches dafür, das so zu sehen, es ist aber tatsächlich so, wenn Sie in die autofreie Innenstadt sehen, dann stellen Sie fest, es gibt schon 2 800 Stellplätze, es gibt schon Leute, die da parken dürfen, und sie dürfen das auch weiterhin. Dafür muss man irgendwelche Lösungen finden, und deswegen sind wir da in der fachlichen Debatte, wie wir das organisieren können, aber die Parkhäuser sind ganz eindeutig ein Thema, über das wir reden müssen, wie ihre Zukunft in Bremen aussehen kann. Protected Bike Lanes sind noch ein anderes Thema. Da sind wir aber, denke ich, in einem guten Gespräch.

Sie haben nun gesagt, das ist alles im Stillstand, da passiert nichts. Ich bin mit der LINKEN und der SPD ständig im Gespräch, und wir sind in einem guten Gespräch. Wir sind noch einmal verabredet zu einem Termin, wo ich hoffe, dass wir dann dort die letzten offenen Fragen werden klären können. Ich jedenfalls bin der festen Überzeugung – entgegen dem, was Sie hier gesagt haben –, dass wir uns bis zum Sommer noch zweimal im Projektbeirat treffen, dass wird dann diesen VEP-Prozess erfolgreich zu Ende bekommen und dass wir diese Erfolgsgeschichte, die der VEP-Prozess ist, fortsetzen.

Wenn man einmal nach Bremerhaven schaut, wo Sie und die FDP mitregieren, dann wird man auch zu bestimmten Schlüssen kommen, wie in Sachen VEP-Prozess ganz schlecht laufen kann. Es gibt aber ja noch eine zweite Runde, die Zeit für meinen

ersten Redebeitrag ist jetzt abgelaufen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Anja Schiemann.

Abgeordnete Anja Schiemann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe auch noch etwas zur Genese des Projektbeirats aufgeschrieben, ich will das einmal beleuchten! Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat am 26. November 2019 den Beschluss zu „Verkehrswende in Bremen gestalten durch Teilfortschreibung und Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2025“ mit den schon genannten Themenfeldern gefasst. Warum? Notwendig geworden ist diese Teilfortschreibung, um den gestiegenen Anforderungen im Sinne der Verkehrswende auch konzeptionell gerecht zu werden.

Wie bereits beim VEP 2025 haben Senat und Deputation entschieden, auch für die Evaluation des VEP einen Projektbeirat einzusetzen, der erstmals am 4. Juni und zuletzt im Mai 2021 getagt hat. Im Projektbeirat haben wir uns nicht nur koalitionär, sondern auch mit vielen Vertreterinnen und Vertretern der ebenfalls eingeladenen Verbände, Institutionen und Interessengemeinschaften auf den Hauptteil der Maßnahmen der Teilfortschreibung zum VEP verständigt. Übrig geblieben sind die noch weiter in der Diskussion und im Einigungsprozess befindlichen, in den vergangenen Monaten auch in der Bremischen Bürgerschaft bereits ausführlich debattierten bekannten Maßnahmen, beispielsweise die Maßnahmen zur autofreien Innenstadt, aber auch, wie eben gesagt, zum Parken in Quartieren.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Die Resonanz zu diesen Themen in unserer Stadtgesellschaft zeigt, es ist notwendig, dass wir uns die Zeit nehmen, um eine auch gesellschaftlich tragfähige Lösung zu finden, bei der sich die Menschen in unserer Stadt gut mitgenommen fühlen,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

denn eine gut funktionierende Verkehrswende muss nicht nur gut geplant sein, sondern auch mit den Menschen in unseren Quartieren abgestimmt

werden. Davon bin ich gerade nach den vielen Gesprächen in der letzten Zeit mit den Menschen vor Ort mehr als überzeugt.

(Beifall SPD)

Insbesondere zur künftigen Verkehrsführung in der Martinistraße – das war der Punkt, das hat Herr Saxe eben auch schon gesagt – haben wir, weil wir uns weder koalitionär noch mit den anderen Akteuren über eine bestimmte Verkehrsführung einigen konnten, in der letzten Sitzung des Projektbeirats vereinbart, dass es die Verkehrsversuche gibt, und diese sind im Mai letzten Jahres gestartet. Der letzte Verkehrsversuch läuft aktuell noch, das ist der Verkehrsversuch, in dem auch der Gegenverkehr zugelassen ist. Es ist, denke ich, mehr als sinnvoll, dass man abschließend auch die Ergebnisse dieser Evaluation in die letzte Sitzung des Projektbeirats, die es sicherlich geben wird, einfließen lässt.

Herr Bodeit, natürlich gab es strittige Punkte, und Sie haben das Stichwort Anwohnerparken angesprochen. Das ist unstrittig, wir haben nie infrage gestellt, dass Anwohnerparken ein sinnvolles Instrument ist, aber was wahrscheinlich auch nicht bis ins Detail in den Evaluationsbericht gehört, das ist die Gebühr. Sie ist strittig, das ist ganz klar. Das haben wir – das sehe ich durch viele Meldungen aus der Stadtgesellschaft – immer wieder gespiegelt bekommen, das bekommen wir über die Medien gespiegelt, und sich einfach darüber hinwegzusetzen und zu sagen, wir machen das jetzt einfach, das widerspricht Ihren eigenen Erfordernissen an Bürgerbeteiligung, muss ich sagen.

Zu allen noch strittigen Punkten sind wir auch weiter koalitionär im Gespräch. Wir werden eine abschließende Beiratssitzung haben, und Ihren Antrag, liebe Kolleg:innen der Fraktion der CDU, lehnen wir deshalb ab. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der VEP-Projektbeirat hat eine hervorragende Arbeit geleistet. Zu allen vier Themenfeldern liegen die notwendigen Zahlen und Maßnahmenvorschläge vor, und dabei ist sehr in die Tiefe gegangen worden. Deshalb von dieser Stelle aus auch

von mir ein Dank an alle, die dazu ihren Beitrag geleistet haben!

Mit ihrem Antrag heute trägt die CDU-Fraktion aber Eulen nach Athen. Die VEP-Teilfortschreibung soll bis zum Sommer abgeschlossen werden. Dafür muss der VEP-Projektbeirat eine abschließende Sitzung durchführen, das ist klar, und ich denke, das ist geplant, und das wird er auch tun. Was jetzt aber ansteht, sind die abschließende Verständigung und Entscheidung über die verschiedenen Maßnahmen. Diese enthalten unterschiedliche Optionen und stehen in einem Zusammenhang, und dazu muss man sich jetzt endlich inhaltlich positionieren. Alle Regierungsfaktionen haben sich in dem Positionspapier dafür ausgesprochen – das ist zum Beispiel unser wichtiges Thema –, einen ticketfreien ÖPNV einzuführen. Dafür ist im Haushalt eine eigene Referent:innenstelle ausgewiesen worden, weil das keine Aufgabe ist, die man nebenbei erledigen kann.

Alle gehen stark auf das Modell zu, den ticketlosen ÖPNV über eine Erhöhung der Grundsteuer zu finanzieren. Das ist ein gutes, unbürokratisches und sozial gerechtes Instrument, aber das wird nicht ausreichen, um gleichzeitig den notwendigen ÖPNV-Ausbau tragfähig zu finanzieren. Dafür sind insbesondere die Beiträge aus der Parkraumbewirtschaftung wichtig. Wenn man bei der Parkraumbewirtschaftung zu zurückhaltend ist, dann kann man den ticketlosen ÖPNV nicht umsetzen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

denn ohne die Ausbauziele, neue Strecken, kürzere Taktung und mehr Fahrzeuge ist der ÖPNV nicht attraktiv genug.

Natürlich steht der ticketlose ÖPNV in einem Zusammenhang mit der Stärkung des Umweltverbundes und der autofreien Innenstadt. Auch dafür liegen die möglichen Maßnahmen alle vor, was aber fehlt, ist die Priorisierung. Sie ist Bestandteil der politischen Einigung, die ansteht, und dafür sollen auch die laufenden Verkehrsversuche ausgewertet werden, dafür macht man sie.

Die Kernentscheidung ist meines Erachtens: Gibt es die politische Kraft, einen echten, für uns wichtigen ticketlosen ÖPNV ins Zentrum der Verkehrswende zu stellen? Ich bin da sehr optimistisch. Ich halte das für wichtiger und langfristig prägender, als sich um diese oder jene Verkehrsführung in der Martinistraße oder an der Domsheide zu streiten.

Für den ticketlosen ÖPNV müssen wir jetzt Nägel mit Köpfen machen.

(Beifall DIE LINKE)

Das wird in den nächsten Wochen und Monaten passieren, und dann wird es eine Abschlussitzung der VEP-Projektbeirats und einen Endbericht geben, denn es reicht nicht, sich auf einen Sitzungstermin zu verständigen, wie es die CDU-Fraktion vorschlägt. Man muss sich auf die inhaltlichen Ergebnisse einigen, nur so herum funktioniert das, und wenn das gelingt, steht Bremen vor einer langfristigen Weichenstellung, einem echten Einstieg in die Verkehrswende. Dafür ist der Grundstein gelegt, und dazu muss man sich positionieren.

Einen Beschluss über den nächsten Sitzungstermin brauchen wir dafür nicht. Auch, wenn wir eine gewisse Nähe zu Herrn Bodeit haben, dass da jetzt Geschwindigkeit hineinkommen muss, das sehen wir genauso, aber ich bin optimistisch, dass das passieren wird. Insofern brauchen wir Ihren Antrag in der letzten Konsequenz nicht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Saxe ganz dankbar, dass er noch einmal eine Einordnung vorgenommen hat, wofür es dieses VEP-Gremium eigentlich gibt. Der Verkehrsentwicklungsplan ist ein wichtiger Baustein in der Stadtentwicklung. Er betrifft natürlich auch die Innenstadt, aber nicht nur, und ich glaube, das unterscheidet die Debatte darüber auch von anderen Debatten, die wir hier immer wieder führen, und auch von anderen Gremien.

Als FDP-Fraktion hat uns die Frage umgetrieben, ob man wirklich etwas so Komplexes, etwas so Dynamisches wie ein gesamtstädtisches Verkehrssystem in einem Gremium, etwas überspitzt gesagt, quasi am Reißbrett planen, diskutieren und entscheiden kann. Es ist natürlich aber auch so, dass beim Thema Verkehr alles mit allem zusammenhängt und wir Themen, gerade beim Thema Verkehr, nicht isoliert betrachten können, sondern gemeinsam denken müssen. Der VEP ist dafür ja auch in einzelne Teilbereiche unterteilt, die wir dann Schritt für Schritt diskutiert haben, um es irgendwie greifbar zu machen. Er enthält ja auch wichtige

Themenbausteine, über die wir in verschiedenen Gremien in verschiedenen Debatten immer wieder diskutieren, beispielsweise die Themen Parkraumstrategie, Anwohnerparken, Ausbau ÖPNV und so weiter.

Einerseits betrachten wir den teilweise recht ambitionierten Zeitplan, der dahintersteht, als etwas unrealistisch, was auch etwas damit zu tun hat, dass wir natürlich, während wir darüber diskutieren, immer weiteren Veränderungen der Rahmenbedingungen unterliegen. Während wir zusammensitzen und sprechen, passiert ja etwas, die Stadt entwickelt sich weiter, es entstehen neue Straßen, es entstehen neue Verkehrssituationen. Das heißt, wir versuchen, irgendwie das Thema greifbar zu machen und, wenn man so möchte, es „bei laufendem Motor“ zu diskutieren. Ich glaube, das ist eine Herausforderung, der nicht so ganz einfach zu begegnen ist. Trotzdem ist die Debatte darüber wichtig.

Wir haben verschiedene Gremien. Wenn wir jetzt über die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sprechen, dann treffen wir da ja sehr viele Einzelentscheidungen, bei denen aber der Gesamtblick fehlt. Ich glaube, auch hier in diesem Raum fehlen manchmal die Zeit und die Möglichkeit, auch tiefer in die Themen einzusteigen. Deswegen halte ich persönlich dieses VEP-Gremium für sehr hilfreich, und es versetzt uns einfach in die Lage, einen Gesamtblick auf das Thema Verkehr in Bremen zu erhalten.

Auch uns treibt die Frage um – und das ist quasi der Part, bei dem wir jetzt auch bei der CDU sind –, wie es jetzt eigentlich weitergeht. Wir haben sehr intensiv im Rahmen des VEP-Gremiums diskutiert. Wir haben viele spannende lange Sitzungen gehabt, und wir wollen natürlich jetzt auch wissen: Was passiert eigentlich mit den Ergebnissen, die dort erarbeitet worden sind, mit den Meinungen, die da ausgetauscht worden sind? Wie geht es jetzt eigentlich weiter, und wie kommen wir in die Umsetzung?

Die CDU schreibt in ihrem Antrag, den sie uns vorgelegt hat, ich zitiere: „Für die Verkehrswende sind die Maßnahmen und Konzepte, die bereits für die Teilfortschreibung erarbeitet wurden, unabhängig und sollten zeitnah umgesetzt werden.“ Das heißt, ich gehe jetzt erst einmal davon aus, dass die CDU diesem Verkehrsentwicklungsplan auch vollumfänglich zustimmen wird, so lese ich es zumindest. Das konnte ich für die FDP-Fraktion nicht in allen Punkten zusagen und kann ich auch nicht zusagen, weil wir auch schon in der Vergangenheit

an der einen oder anderen Stelle einfach andere Vorstellungen hatten, womit wir aber immer transparent umgegangen sind.

Was wir aber auch fordern, und da stellen wir uns hinter die CDU, ist, dass wir, glaube ich, alle das Bestreben haben, dort jetzt endlich weiterzukommen. Auch wir hatten das Gefühl, wir hängen jetzt ein bisschen in der Luft. Es war für uns nicht ganz klar: Was passiert jetzt eigentlich, wie geht es weiter, finden noch Termine statt, oder gibt es irgendwann Entscheidungen, mit denen wir konfrontiert werden? Ich glaube, das ist einmal ein Kommunikationsthema, das ein bisschen besser hätte laufen können, aber natürlich freuen wir uns auch, wenn der Gesprächsfaden über das große ganze Thema Verkehr in Bremen jetzt wieder aufgenommen wird. Deswegen werden wir den Antrag der CDU-Fraktion an dieser Stelle unterstützen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich den ehemaligen Quartiersmanager von Osterholz-Tenever, Herrn Joachim Barloschky, mit Unterstützung.

Seien Sie herzlich willkommen, Herr Barloschky!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte noch einmal ganz kurz auf den Redebeitrag meines Kollegen Saxe eingehen! Ich habe wahrgenommen, dass Sie mit der SPD-Fraktion gut im Gespräch sind, aber – und das frage ich mich natürlich, und das fragen wir uns auch als CDU-Fraktion – warum tagt der Projektbeirat nicht zum Abschlussbericht, der bereits für Mai 2021 geplant war? Wenn man gut im Gespräch ist – und das sah eben sehr nach Konsens aus –, dann spricht nichts dagegen, den VEP-Projektbeirat wieder tagen zu lassen.

Das möchte ich da auch gleich anschließen: Berichten Sie auch gern, wie weit Sie im Einigungsprozess zum Anwohnerparken sind, das würden wir gern hören! Wo befinden Sie sich in Sachen autofreie Innenstadt? Was hat sich da getan? Wenn Sie

darauf noch ganz kurz eingehen würden, wären wir Ihnen sehr dankbar.

(Beifall CDU)

Gestatten Sie mir bitte noch eine Frage – die hatte ich eingangs schon gestellt, aber Sie sind nicht darauf eingegangen –: Wie definieren Sie Innenstadt? Wo sind für die Koalition die Grenzen der Innenstadt? Über was sprechen wir, wenn wir die Innenstadt ansprechen?

Dann möchte ich noch einmal auf einen Redebeitrag von Ihnen eingehen, Frau Bürgermeisterin, da ging es nicht um den VEP, sondern um die Haltestellensituation, da hatte ich den VEP aber angesprochen. Da hatten Sie gesagt, dass Sie beim VEP schon dabei sind, Maßnahmen umzusetzen, und Sie hatten die Straßenbahnlinien 1 und 8 angesprochen. Ich glaube, das war ein schlechtes Beispiel in der Teilfortschreibung des VEP, denn die Straßenbahnlinien 1 und 8 sind weit vor dem VEP geplant worden.

(Zuruf Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer)

So habe ich es zumindest verstanden, Sie können es später richtigstellen! Wir würden gern noch einmal hören, wann wir jetzt im VEP-Projektbeirat tagen und wie weit Sie mit Ihren Beschlüssen zum Anwohnerparken und anderen konsensfähigen Beschlüssen sind. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bodeit, die Maßgabe unseres Handelns in einer Koalition ist die Koalitionsvereinbarung. Wenn Sie darauf in der Vorbereitung einen Blick geworfen hätten, dann steht dort, wo wir die autofreie Innenstadt definieren und wo wir auch in der zweiten Phase hinkommen wollen. Das ist Ihnen doch klar: Bürgermeister-Smidt-Straße, Am Wall, Tiefer, Martinstraße, das ist die erste Phase der autofreien Innenstadt. Das steht alles darin.

Es gibt auch noch eine zweite Phase, davon sind wir noch ein bisschen entfernt. Wenn Sie da exakterweise gesagt hätten, in der Breite sind Sie sich noch nicht ganz einig, dann hätten Sie recht gehabt, aber in der Länge, so nenne ich es einmal, vom Hauptbahnhof bis zur Westerstraße, steht das

ganz genau darin, und in der Breite ist das, glaube ich, jetzt nicht die drängendste Frage in der zweiten Phase, in der wir die autofreie Innenstadt dann als Koalition sehen, weil wir ja gerade in der Umsetzung der ersten Phase sind. Das ist von uns tatsächlich in der Koalitionsvereinbarung genau festgelegt worden, und deswegen habe ich Ihre Frage nicht ganz verstanden. Das haben wir auch in Reden hier immer wieder betont, wo wir das sehen, und ich habe auch niemanden in der Koalition gesehen, der diese Vereinbarung, die wir in der Koalitionsvereinbarung bezüglich der Ausdehnung haben, dann tatsächlich infrage stellt.

Ich wollte noch etwas zum Verkehrsentwicklungsplan sagen! Sie sind ja als CDU und als FDP – übrigens auch nicht erst neuerdings, sondern jetzt schon seit fast drei Jahren – in einer Koalition in Bremerhaven. Es hilft ja auch immer einmal, wenn wir hier in der Stadtbürgerschaft sind, Vergleiche mit anderen Städten zu machen, in diesem Fall mit anderen Kommunen. Bremerhaven müht sich, glaube ich, seit zehn, zwölf Jahren, überhaupt so einen Prozess mit einem Verkehrsentwicklungsplan anzufangen. Sie haben das nicht zustande gebracht. Ich habe auch meine Kolleg:innen in Bremerhaven gefragt, wie denn so die Energie der FDP und der CDU ist, um das umzusetzen, und sie haben gesagt, von der Energie merken wir nichts, das ist nur ein laues Lüftchen, was hier passiert. Dann stellen Sie sich hierhin und sagen: Bei dem VEP-Prozess haben Sie keine Power.“

Ich glaube, wir haben den VEP-Prozess, wie ich schon dargelegt habe, mit einer hervorragenden Beteiligung aufgesetzt. Wir haben auch bei der Fortschreibung – ich habe daran teilgenommen, ich weiß nicht, ob Sie diese Module auch einmal ausprobiert haben – eine enorme Beteiligung von Bewohner:innen und Bewohnern gehabt.

Sie haben dann noch danach gefragt, was wir beim Bewohner:innenparken wollen. Das habe ich auch gesagt: Die Koalition ist der Meinung – LINKE, SPD, Grüne –, dass das Bewohner:innenparken, wie es korrekt heißen muss, ein geeignetes Instrument ist, um in den Quartieren den Parkdruck zu verringern und auch ein geeignetes Instrument, um die Verkehrswende zu befördern.

Der einzige Unterschied besteht darin, dass Grüne vielleicht sagen, das soll 365 Euro kosten, andere Grüne sagen auch ein bisschen weniger, und dass DIE LINKE sagt, 120 Euro, und dass die SPD sagt, die 120 Euro sind uns vielleicht noch zu viel. Das ist

aber jetzt kein Kriterium, ob man Bewohner:innenparken macht oder nicht, eindeutig nicht! Aus diesem Grund ist sich die Koalition da einig. Da würde ich sagen, da passt keine Briefmarke zwischen uns, dass wir Bewohner:innenparken machen wollen.

(Beifall SPD)

Das ist in der Beteiligung tatsächlich anstrengend, wenn Sie das sehen, so in Findorff mit dem Beirat, da alle mitzunehmen, das dauert ein bisschen. Das wissen auch die im Viertel, da haben wir ja so eine Initiative Mobilitätsfrieden, die aber eigentlich alles andere macht als Mobilitätsfrieden, sondern dabei für sehr viel Ärger sorgt. Das ist im Abstimmungsprozess sehr anstrengend. Ich selbst werbe dafür, dass man diese Parzellen, in denen man das macht, vielleicht auch ein bisschen großzügiger schneiden kann, damit man nicht immer wieder diesen Prozess in den einzelnen Quartieren hat. Darüber werden wir aber weiter miteinander reden müssen.

Eine Schwäche in all den Prozessen und in all den Papieren, die ich so kenne, ist das Thema: Wie bekommen wir das denn eigentlich alles finanziert? Wie bekommen wir das denn alles bewältigt? Sie haben ja zu Recht darauf hingewiesen, dass die Choreografie zwischen Klimaenquete und dem VEP-Prozess eigentlich funktioniert hat. Wir haben ständig darüber gesprochen, was steht im VEP, was kann man übernehmen, was kann eine Klimaenquete dann auch noch sagen, was mehr ist. Diese Abstimmung hat sehr gut stattgefunden, daher ist da jetzt nicht irgendetwas verloren gegangen.

Was aber fehlt, auch in der Klimaenquete, ist eine klare Idee dafür, wie bekommen wir das denn alles miteinander finanziert. Wir Grünen haben das einmal ausgerechnet. Ich glaube, wir haben das weitestgehende Positionspapier dazu. Die LINKE ist dann nachgezogen, wir sind uns da ziemlich ähnlich in dem, was wir dazu denken und sagen, es sind 180 bis 200 Millionen Euro, die wir ungefähr für den ticketlosen ÖPNV brauchen, aber auch für das andere, das sein muss, wenn man in der Finanzierung eine Verkehrswende transportieren will. Dazu zählt natürlich vor allem auch der Ausbau des ÖPNV. Dazu zählt aber auch, dass der Radverkehr und der Fußverkehr nicht darunter leiden, also, dass sie auch ganz stark gefördert werden, damit die Fußgänger und Radfahrer:innen nicht in den ÖPNV hineingehen, und dazu zählt auch die Ausbildung von Leuten, die dann die Planung machen müssen.

Alles das ist in Papieren hinterlegt, und für alles das haben wir alle miteinander noch keine Vereinbarung. Über diese Finanzierung der Verkehrswende müssen wir miteinander reden. Da sollten Sie vielleicht einmal Aktuelle Stunden und Positionspapiere machen, dann würden wir mit der Verkehrswende in Bremen sehr viel weiter kommen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, mich relativ kurz zu fassen, damit wir alle gemeinsam um 17:00 Uhr draußen für Frieden in der Ukraine demonstrieren können, und wenn man sich geopolitisch ansieht, was gerade los ist, dann setzt das, glaube ich, auch diese Debatte oder manchmal unsere Themen in eine Relation. Insofern werde ich mich beeilen.

Der Projektbeirat zum Verkehrsentwicklungsplan hat sich bewährt. Er ist auch prämiert worden, das hat Herr Saxe noch einmal gesagt, also wirklich überregional anerkannt, deutschlandweit anerkannt als ein guter Beteiligungsprozess, und natürlich – so war es in der Vergangenheit, aber auch jetzt – wird er wieder tagen. Wir haben einen Fahrplan zum VEP, den wir auch gemeinsam verabredet haben. Dafür, meine Damen und Herren, braucht es meines Erachtens auch keine neuen Beschlüsse. Wir sind uns aber einig, dass eine strategische Planung wie der VEP in der Teilfortschreibung als Basis für konkrete Projekte wie zum Beispiel den Ausbau des Busnetzes und des ÖPNV von hoher Bedeutung ist, um die Zusammenhänge und die Wechselwirkung zwischen Maßnahmen abzubilden und eine begründete Priorisierung in einem Handlungskonzept als Basis für die weitere Planung, Umsetzung oder auch vertiefte Prüfung zu beschließen.

Wir haben vor, den VEP bis zum Sommer 2022 zum Beschluss zu bringen. Dafür sind auch noch einige Sitzungen des VEP-Projektbeirats erforderlich, aber für uns ist es wichtig, diese Beschlüsse zu fassen, da der VEP die Basis für die Verkehrswende darstellt. Dass wir die Verkehrswende brauchen, das wissen Sie, das hat Herr Bodeit gesagt. Wir sind

nicht immer einer Meinung, da aber jetzt doch einmal: Es drängt, die Klimakrise wartet nicht, und es ist wichtig, dass wir hier im Einvernehmen miteinander handeln und dies auch durch ein von allen Institutionen getragenes Konzept mittragen. Ich finde es allerdings auch sinnvoll, die Ergebnisse der Klimaenquetekommission – und darüber werden wir ja in dieser Woche noch debattieren – abgewartet zu haben, denn eines ist auch klar: Das Thema Verkehrswende ist sicherlich das sensibelste.

Wir sind uns alle einig, wir müssen den ÖPNV stärken, wir müssen den Radverkehr stärken, wir brauchen ein anderes Parkraummanagement, und wir brauchen – dazu hat sich zumindest diese Koalition auch bekannt – eine autofreie Innenstadt. Die entscheidenden Faktoren sind aber ja auch schon angesprochen worden: Zum Beispiel Kosten des Anwohnerparkens, die Parkhäuser und auch generell die autofreie Innenstadt werden nicht unbedingt immer ein Selbstläufer sein. Deswegen ist es auch gut, den Verkehrsversuch in der Martinstraße noch abzuwarten. Auch das kam aus dem VEP-Prozess heraus, weil man sich nicht einig war, wie zukünftig die Martinstraße aussehen soll.

Da gab es die Vorstellung von einem Teil des VEP-Projektbeirats, der gesagt hat, Vollsperrung, nur noch das Pressehaus anfahren, aber ansonsten gar nicht, dann gab es die andere Fraktion, die gesagt hat Beidrichtungsverkehr, und dann gab es die dritte Fraktion, die gesagt hat, nein, wir ziehen eine Einbahnstraßenregelung vor. Dann ist es richtig – und ich bleibe dabei, und das war auch eine Entscheidung aus dem VEP! –, in so einer strittigen Frage, bevor man Millionen Euro ausgibt, um die Straße umzubauen, einen Verkehrsversuch zu machen, um sich anzusehen: Welche Auswirkungen hat denn welche Variante, nicht nur auf die Martinstraße, sondern auch auf die umliegenden Stadtteile wie das Viertel und die Neustadt?

Andere Städte machen diese Verkehrsversuche, wir in Bremen machen einen Verkehrsversuch, weil das die Lehre aus der Vergangenheit ist, nicht einfach irgendetwas anzuordnen, von dem eine Seite immer der Meinung ist, dass es die richtige Variante ist, sondern es gerade in solchen strittigen Fällen auszuprobieren, bevor man endgültig entscheidet. Dieser Verkehrsversuch wird in Kürze enden, und dann wird man ihn evaluieren, dann wird man wissen, was auch die richtige Variante ist. Deswegen ist es auch gut, dass der VEP-Prozess

genau diesen Verkehrsversuch und auch das Ergebnis des Verkehrsversuchs auch mit in seine weiteren Planungen einschließt.

Wir wissen, die Verkehrswende ist ein emotionales Thema. Ich möchte einmal sagen, aus dem alten VEP-Prozess, aus dem alten Beschluss kam die Radpremiumroute Am Wall heraus. Das ist im alten VEP beschlossen worden. So umstritten die Wallroute bei einigen ist oder auch beliebt bei den anderen: Es ist wichtig, dass sich ein VEP genau auf solche Prozesse einlässt und dann auch demokratische Beschlüsse gefasst werden. Dann ist es aber auch wichtig, wenn solche Beschlüsse gefasst wurden, dass man sie umsetzt, und das tun wir gerade, meine Damen und Herren.

Wir werden auch immer wieder sehen, dass wir manchmal von bestimmten Prozessen überholt werden, wie gerade heute noch einmal durch das schriftlich vorgelegte Gerichtsurteil zum aufgesetzten Parken. Da gibt es jetzt auch kein Wenn und Aber mehr. Alles, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, um sukzessive die Autos von den Bürgersteigen abzuholen, wird mit diesem Gerichtsurteil – das wird sicherlich auch bundesweit noch einmal besonders beäugt werden – nicht mehr funktionieren, sondern jetzt ist konsequentes Handeln per Gericht angeordnet, meine Damen und Herren. Auch das wird in den VEP-Prozess mit eingeschleust werden müssen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Da sehen Sie, es gibt doch noch einiges zu klären. Wir wollen den VEP auch – ich mache schon einmal eine Überleitung zum Thema gleich nach der Pause – mit dem vertieften Innenstadtkonzept in den Gleichklang bringen. Auch darüber werden wir nachher noch reden, aber wir werden definitiv den VEP-Prozess zu Ende bringen.

Zum Abschluss ist mir noch die Beteiligung aller Institutionen wichtig, die in dem VEP-Projektbeirat vertreten sind. Wir wollen einen Beschluss fassen, und das kann oftmals nur ein Kompromiss, ein gesamtgesellschaftlicher Kompromiss sein. Es ist wichtig, dass die verkehrspolitische Grundausrichtung hier in Bremen von einer breiten Mehrheit getragen wird. Manches können wir in Bremen auch nicht allein lösen, und gerade der für unsere Region wichtige regionale Verkehr zwischen den urbanen und ländlichen Räumen ist von hoher Bedeutung. Das müssen wir mit Niedersachsen gemeinsam lösen. Wir brauchen aber einen starken VEP-Prozess,

wir brauchen gute Beschlüsse, und das werden wir auch erreichen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, dass wir jetzt die Sitzung unterbrechen, damit alle Abgeordneten die Gelegenheit erhalten, an der Demonstration, die unten vor dem Haus angesichts der aktuellen Situation in der Ukraine stattfindet, teilzunehmen. Diese Demonstration beginnt um 17:00 Uhr. Ich unterbreche die Sitzung der Stadtbürgerschaft bis 17:20 Uhr, dann steigen wir sofort in die Debatte zum Tagesordnungspunkt 12, Ortsgesetz zur Aufhebung des Ortsgesetzes über die förmliche Festlegung eines Entwicklungsbereichs „Osterholz-Tenever“, ein.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 16:52 Uhr)



Vizepräsidentin Antje Grotheer eröffnet die Sitzung wieder um 17:30 Uhr.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ortsgesetz zur Aufhebung des Ortsgesetzes über die förmliche Festlegung eines Entwicklungsbezirks „Osterholz-Tenever“

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2022 (Drucksache [20/661 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Aufhebungsgesetz, das heute zur Debatte steht, ist vor allen Dingen ein formeller Akt, aber es ist auch Anlass, auf inzwischen fast 50 Jahre Osterholz-Tenever zurückzublicken. Ich möchte nicht viel über die Historie reden, das können andere viel besser, und das werden sie auch gleich noch tun, da bin ich mir sicher, aber ich möchte doch einen Punkt sagen. Ich glaube, für die meisten ist die Geschichte von Tenever vor allen Dingen ein Lehrstück über Fehlplanung, über vielleicht übermütige Schlussfolgerungen zu statistischen Bevölkerungsvorausberechnungen, die man zu sehr für bare Münze genommen hat.

Was mich der Umbau von Tenever aber auch lehrt, ist ein großes Stück Respekt. Das ist erstens Respekt vor dem, was hier in Tenever geleistet wurde und was geleistet worden ist in einem Quartier, das einige seinerzeit schon zum Totalabriss freigeben wollten. Man hatte hier den Mut, nicht vor der Größe der Herausforderung zu kapitulieren oder einfach weiter die Augen zu verschließen, sondern man hat sich getraut. Man hat spektakulär rückgebaut, man hat neue Grünflächen erschaffen, man hat große Infrastrukturen wie eine Straßenbahn neu nach Tenever gelegt, in eine beträchtliche Entfernung, die, wenn man an die Planungsprozesse denkt, die heutzutage so üblich sind, eine ganz beachtliche Leistung ist.

Wir haben in der Baudeputation darüber gesprochen, und Joachim Barloschky und Ralf Schumann haben zur Geschichte von Tenever referiert, und ich habe da gelernt – ich war ja seinerzeit bei den Prozessen nicht dabei –, dass es da auch eine beträchtliche Verbindung zum Space Park gegeben hat, weil in der großkoalitionären Entscheidungsfindung damals wohl ausschlaggebend gewesen sei, dass, weil die CDU das Geld für einen Space

Park haben wollte, die SPD gesagt hat, das bekomme sie nur, wenn sie dafür im Gegenzug das Geld für die Sanierung von Tenever bekommt. Ich muss sagen, ich bin mit einem sehr wohligen Gefühl nach Hause gefahren und habe mir gedacht, ich wusste gar nicht, dass der Space Park Bremen doch noch so viel Positives gebracht hat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe CDU)

Es ist zweitens aus meiner Sicht eine Lehre über Respekt darüber, wohin sich Tenever entwickelt hat: zu einem Quartier mit über 10 000 Einwohnern, in dem inzwischen sogar wieder neu gebaut wird, auch sehr schön, es ist ein Quartier – und das ist auch bemerkenswert – mit einigen der erfolgreichsten und beliebtesten Schulen Bremens und ein Quartier, über das die Bewohner sagen, ich wohne hier gern, ich will hier bleiben, meine ganze Familie wohnt hier, hier ist es grün, hier ist es gut angebunden, hier ist es bezahlbar. Das ist das, wofür Tenever in den Augen vieler Bewohnerinnen und Bewohner heute steht und was Tenever für die Gesamtstadt leistet.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das Dritte ist – und das wäre mein letzter Punkt –, es ist auch ein Auftrag für die Zukunft, nämlich eine Frage des Respekts vor dem, was es in Tenever auch noch zu leisten gilt, denn in Tenever ist viel geschafft worden, aber es ist ein Quartier, das weiterhin vor beträchtlichen Herausforderungen steht. Da wäre einer der offensichtlichsten Punkte das Fehlen eines Nahversorgers für ein Quartier mit über 10 000 Einwohnern. Der Maßstab der 10-Minuten-Stadt ist hier definitiv nicht eingehalten, aber – und das ist wiederum die gute Nachricht – wir werden handeln. Wir werden durch die städtische GEWOBA auf der Nordwiese in Tenever einen Nahversorger errichten, und mich persönlich freut es, dass wir die städtische GEWOBA haben, dass für sie die Anliegen von Tenever oben rangieren und dass wir als Stadt in der Lage sind, über diese Gesellschaft zu handeln, denn auch das, dass die Menschen in ihrem Quartier fußläufig einkaufen können, ist eine Frage von Respekt und Verantwortung für Tenever und für die Attraktivität dieses Stadtteils.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ein zweiter, sehr prominenter Punkt ist die Neuwieder Straße 3, der faule Apfel im Quartier. Das ist

eine Immobilie, die immer wieder durch unzumutbare Zustände für die Mieterinnen und Mieter von sich reden macht, und sie schadet dem Ruf des Quartiers als Ganzem. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch einmal an den Eigentümer sagen: Auch Sie haben Verantwortung für Tenever. Zeigen auch Sie Ihren Respekt für diesen Ortsteil, und betrachten Sie die Menschen in Tenever nicht nur als Renditebringer! Sie können sich jedenfalls sicher sein, wir werden unsererseits aktiv bleiben, wir werden die Instrumente des Bremischen Wohnungsaufsichtsgesetzes nutzen.

Wir werden für Menschen in der Grundsicherung die Kosten für den Mieterverein übernehmen, und ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch den Mieterinnen und Mietern zu sagen: Werden Sie Mitglied im Mieterverein, es kostet nicht viel. Wenn Sie in der Grundsicherung sind, wird diese Koalition die Kosten für Sie übernehmen. Lassen Sie sich beraten, und nehmen Sie Ihre Mieterrechte wahr!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das sind zwei Beispiele. Bei vielen weiteren, ob es um Schulen geht oder um die Frage, wo im Bremer Osten die Stelle eines Ordnungsamtes, eine Außenstelle des Ordnungsamtes hinkommen soll: Es lohnt sich ein besonderer Blick auf Tenever.

(Glocke)

Ich finde, die Botschaft aus der Bremischen Bürgerschaft – ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin! – an diesen aus meiner Sicht faszinierenden, nicht immer vor Gold glänzenden, aber charaktervollen Ortsteil sollte sein: Tenever mag am Rand von Bremen liegen, aber es gehört ins Zentrum der Bremer Politik. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Tenever ist et was jünger als ich –

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

ja, ein Jahr jünger, wenn wir 1972 als Grundlage nehmen! –, es wurde 1976 bundesweit berühmt. Als spanische Feriensiedlung Gran Paradiso drehte Loriot eine seiner wenige Meter entfernten entstandenen Folgen eines glücklichen Urlaubspaares,

das eine hochmoderne spanische Feriensiedlung besuchte und mit den Worten „Hier ist es überall schön“ über Promenaden, Brücken, an weiß glänzenden marmorähnlichen hohen Gebäuden vorbei den Weg zum Strand suchte, immer wieder einmal unterbrochen vom Juchzen der Tochter: „Guck einmal, Mami, ein Esel!“ Das war Loriots durchaus satirischer Blick auf die damaligen Großmannssüchte von Architekten und Baugesellschaften, wie man sich eben das Wohnen der Zukunft so vorstellte.

Tenever war hochmodern geplant. Es war geplant für einen enormen Bevölkerungsschub, den Bremen erwartete. Die Ansiedlung von Mercedes im benachbarten Holter Feld stand vor der Tür, die Facharbeiter würden natürlich in den auch bis heute toll geschnittenen Appartements mit Blick weit in Richtung Hamburg zum Teil dort wohnen. Allein die Realität war eine andere, und was dann folgte, waren dann auch viele Versäumnisse der bis 1991 mit absoluter Mehrheit regierenden damaligen Staatspartei.

Man hat Tenever auch falsch belegt. Man hat, als damals Leerstände da waren und Zuzüge, Flüchtende und Zuwanderung insbesondere aus Osteuropa kamen, das „Problem“ in den zum Teil leer stehenden Großwohnanlagen des, wie es so hieß, Demonstrativbauvorhabens Tenever unter anderem belegt. In der Zeit, als ich acht Jahre im Beirat Osterholz war, hatten wir große Probleme zwischen ethnischen Gruppen, jungen Leuten, die in ihrer Clique/ihrer Gruppe in sich mit anderen in Konflikte gerieten, und in der Zeit gab es viele Probleme.

Der Senat hat teilweise hilflos versucht, Probleme irgendwie mit Geld zu lösen, aber Geld allein ist keine Lösung. Wir haben heute hier Zeitzeugen auf der Tribüne. Tenever ist ein Beispiel von ganz viel Engagement von Bewohnerinnen und Bewohnern und einem – ich darf das so sagen, Barlo! – über Jahrzehnte sehr engagierten Stadtteilmanager, der sich für Tenever zerrissen hat, der, das gehört zur Ehrlichkeit dazu, auch Gelder zur Verfügung gestellt bekommen hat, um diese Maßnahmen zu machen, aber vieles, was wir auch heute da haben, ist erst dadurch entstanden, dass man sich im Quartier nicht um die Leute gekümmert hat, sondern den Menschen, die dort gelebt haben – –. Tenever ist der Ortsteil gewesen – ich weiß gar nicht, ob er es heute noch ist – mit den meisten Nationalitäten in Bremen, und er war einmal der kinder- und ju-

gendreichste Ortsteil. Ich glaube, das ist mittlerweile ein bisschen anders, aber er ist immer noch weit vorn.

Ja, wir haben die Schulen. Die Stadt hat aber auch später – ich muss jetzt sehen, dass ich das in der ersten Runde alles noch unterbringe – nach der ersten, nicht ganz so erfolgreichen Sanierungsmaßnahme ab Anfang der Neunzigerjahre, ab 2004 – . Da möchte ich insbesondere Bausenator Jens Eckhoff und Bausenator Ronald-Mike Neumeyer danken, die den Stadtumbau West genutzt haben, die Chance, die der Bund uns gegeben hat, genutzt haben – und das hatte nichts mit dem Space Park zu tun, lieber Kollege Wagner! –, das dann auch vor Ort mit anderen umzusetzen, und wenn Barlo nickt, dann habe ich recht.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Tenever ist ein wichtiger Ortsteil von Bremen, und dass zum Beispiel die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen ihren Ort dort gesucht hat – man kann gar nicht sagen, dass die Stadt das verordnet hat –, das ist die Chance, die auch ein findiger Schulleiter, der leider viel zu früh verstorbene Franz Jentschke, seiner GSO gegeben hat.

(Glocke)

Dass wir die Stadtbibliothek in Osterholz erhalten konnten, unter Mitwirkung des damals jungen Beiratsmitglieds Mustafa Güngör, unter starker Mit Hilfe des damaligen Kultursenators Jörg Kastendiek, auch das gehört dazu: Tenever ist keine Maßnahme eines Einzelnen oder einer Partei. Das, was in Tenever geschaffen wurde, dass es heute viel besser ist, als es war, ist zum Glück das Mitwirken von vielen.

(Glocke)

Zur Rolle von Herrn Schumann äußere ich mich später, und zwar positiv.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man auf diese lange Zeit zurückblickt, in der Tenever umgestaltet worden ist, dann denkt man immer zuallererst an Städtebau, man denkt an

Eigentumsfragen, aber ich glaube, mindestens ebenso wichtig ist gewesen, dass da Leute unterwegs waren, die es erst einmal nicht nur demütigend, sondern vor allen Dingen empörend fanden, durch den Eingang zu gehen, über Müll zu steigen, in Häusern zu sein, in denen der Schimmel an der Wand nach oben kriecht, in Tiefgaragen Angst zu haben und sich von der Stadt vergessen zu fühlen. Davon haben sich die Menschen in Tenever nicht nur gedemütigt gefühlt und zur Flasche gegriffen, sondern darüber haben sie sich vor allen Dingen aufgeregt.

Dabei spielt mein alter Schulkamerad Barlo eine ziemliche Rolle, das muss man hier einmal festhalten. Empörung kann auch etwas Ermutigendes sein. Das ist nicht nur eine Bitte um Almosen, sondern das Anmelden von Rechten, und weil Barlo immer rote Fahnen mitgetragen hat und aus einer alten linksradikalen Tradition kommt, konnte er diesen Gedanken auch sehr schön formulieren. Vor allen Dingen aber hat er ihn ernst gemeint, und selbst, als sich die DKP lange aus der Weltgeschichte abgemeldet hatte, war Barlo noch da und hat den Leuten in Tenever Mut gemacht, ihre Rechte anzumelden. Das, mein lieber alter Barlo, finde ich, ist ein großes Verdienst von Dir.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Du bist heute nicht allein hier, sondern Du hast Frau Akbulut und Frau Zurrowa mitgebracht. Das, finde ich, ist wichtig: Barlo kommt nicht allein her, damit er den Strauß Rosen und Nelken überreicht bekommt, sondern in Tenever hat sich schon lange eine Gesellschaft, ein Netzwerk von mutigen und selbstbewussten Leuten gebildet, die ihr Leben in die eigene Hand nehmen, und wenn sie es nicht schaffen, bei Mercedes Arbeit zu bekommen, und wenn sie es nicht schaffen, bei Amazon in Achim jetzt endlich anzufangen, so nutzen sie doch ihr Leben, um ihren Stadtteil zu gestalten. Das ist viel wert, und dazu braucht man natürlich einen Stadtteil, für den man sich nicht genieren muss, sondern einen Stadtteil, auf den man stolz sein kann.

Das allerdings ist die andere Seite dieses Prozesses: Es geht eben nicht nur um das Menschliche, das Unterhaken, das Ermutigen, sondern es geht darum, dass diese baulichen Verhältnisse in diesem Stadtteil extrem schlecht waren, als dieses große Demonstrativbauvorhaben in die Krise geriet, es 50 Prozent Leerstand gab und die Letzten, aber wirklich die Allerletzten aus der Branche versucht haben, noch einmal einen Groschen herauszuholen. In dieser Situation – und es ist richtig von Herrn

Rohmeyer, hier darauf hinzuweisen – wurde das in der Großen Koalition in Bremen unter Ausnutzung der Tatsache, dass die entsprechenden Mittel ausgelobt worden sind von Berlin, damals noch Bonn, glaube ich, nämlich Stadtumbau West, als Reaktion auf das Überangebot an Plattenbauwohnungen im Osten auch zum Thema gemacht, und man hat sich ermutigt und hat etwas getan.

Das müssen wir uns, finde ich, einmal in unser kleines Poesiealbum schreiben: Man ist zu einer Zwangsversteigerung der Krause-Wohnungen gegangen und hat gesagt, wir bieten mit. Hallo? Wir erwerben in der Krise, im Leerstand, 1 000 Wohneinheiten, damals die BIG gemeinsam mit der GEWOBA. Das war etwas Tolles und Mutiges, denn es heißt, Verantwortung zu übernehmen, wo es offenkundig die Privaten nicht mehr schaffen können, sondern nur noch verschlimmern. Das, finde ich, ist damals bedeutsam gewesen. Die Eigentumsfrage – da freut sich Barlo wahnsinnig, wenn man das einmal ausspricht – war in diesem Moment entscheidend.

Dann waren es noch ganz viele andere Akteure. Da war es sicher Ralf Schumann, da war es die GEWOBA, da waren es Herr Blum im Bauressort, viele Leute aus dem Sozialressort, die einen enormen Beitrag dazu geleistet haben, dass das dann am Schluss tatsächlich erfolgreich war.

Wenn ich mich gleich in der zweiten Runde noch einmal zu Wort melde, hätte ich gern, dass wir noch einmal zusammen darüber nachdenken: Wirkt sich das jetzt eigentlich in der Statistik aus? Ist jetzt eigentlich alles gut? Ist die Armut weg? Mit dem, was wir alles erreicht haben, ist das noch lange nicht genug.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Barlo, liebe Anne Knauf, liebe Silvia Zurrowa, lieber Tweety, liebe Mihdiye Akbulut! Meine Damen und Herren, das da oben sind die Gesichter des Stadtumbaus in Tenever, die muss man sich anschauen, und die sollte man jetzt erst einmal mit einem großen Beifall begrüßen.

(Beifall)

Ich muss jetzt schauen, wie es mir doch noch gelingt, einerseits hier als Abgeordneter zu stehen, andererseits als damaliger Vertreter der GEWOBA, der von den 50 Jahren 22 Jahre in Tenever war. Ich will Ihnen so ein bisschen ein paar Dinge erzählen, die man nicht so gut nachlesen kann, die aber noch einmal die Situation deutlich machen: Um die Jahrtausendwende gab es einen Investor, Lothar Krause, mit etwa 60 Prozent der Wohnungen in Tenever, und er befand sich in Zwangsverwaltung. Die Zwangsverwaltung dauerte acht Jahre lang. In dieser Zeit ist in diesem Quartier relativ wenig passiert. Das, was kaputt war, wurde repariert, aber wertsteigernde Maßnahmen dürfen eben nicht in einer Zwangsverwaltung gemacht werden.

Mittlerweile waren von den 2 650 Wohnungen über 1 000 leer. Jeder, der irgendwie konnte, ist aus diesem Quartier weggezogen, und ich erinnere mich noch an einen Artikel in der „Bild“-Zeitung um die Jahrtausendwende, die diese scheußlichen Häuserfassaden noch einmal doppelt nebeneinandergelegt hat, mit einer riesigen Spritze darüber, und geschrieben hat „Drogenhöhle Tenever“. Unter diesen Umständen haben wir damals begonnen, und eigentlich hatten wir keine Chance, weil uns keiner eine Chance gegeben hat. Es wurde schon gesagt, das war damals der politische Beschluss der Großen Koalition: Lassen Sie uns einmal den Space Park machen, dafür bekommen Sie, die SPD, Ihr Projekt Tenever. Ich hatte einmal eine Zeit lang überlegt, als der Space Park darniederlag, ob ich nicht die Rakete bekommen kann. Die wollte ich dann dort auf dem Abbruchgelände hinstellen, aber das ist nicht gelungen; aber in der Situation ging es los.

Als dann alles in trockenen Tüchern war, und die Gespräche mit den Banken, das war mehr als schwierig, die Ersteigerung dieser Objekte bei der Zwangsversteigerung, wollten wir dann eigentlich anfangen und fingen mit dem Abbruch an. 1 306 Wohnungen – Herr Bücking, ich weiß es genau! – haben wir dann ersteigert. Die Hälfte sollte modernisiert werden, die Hälfte sollte abgerissen werden. Wir begannen, und plötzlich, nach einem Jahr, gab es diese Vollbremsung, bei der die Verwaltung etwas unruhig wurde und sagte, ist das nicht Perlen vor die Säue werfen, und wir hatten ein Jahr einen Baustopp. Wenn Sie schon mit solchen Geschichten anfangen und dann noch darüber verhandeln müssen, ist das äußerst schwierig.

Die Väter und Mütter des Erfolgs sind natürlich vielseitig zu nennen. Ich habe die Damen und Herren auf der Tribüne als Erstes genannt, aber man

muss natürlich auch sagen, dass die Ortspolitik sehr gut mitgemacht hat, dass der Ortsamtsleiter sehr gut mitgemacht hat, dass die Vertreter in den Beiräten und auch mein Kollege Cindi Tuncel da natürlich auch mitgewirkt haben, dass wir einen tollen Schulleiter der GSO hatten, der leider verstorben ist, dass wir die Deutsche Kammerphilharmonie dort hinbekommen haben. Das sind alles Menschen, die dazu beigetragen haben, und – ich will jetzt einmal die Parteiräson ein bisschen verlassen – auch Herr Eckhoff ist einer, den man einfach nennen muss. Ich erinnere mich noch sehr genau an persönliche Gespräche mit ihm, als wir diese schwierige Situation hatten, wie und wo machen wir denn weiter, dass er uns da zumindest mit klaren Entscheidungen sehr geholfen hat. Dafür fairerweise an dieser Stelle auch herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Den 22. Februar 2022 werde ich in meinem Leben nicht vergessen, so viel Nähe zur CDU werde ich vielleicht nie wieder entwickeln!

(Heiterkeit CDU)

Wir hatten aber eben auch die GEWOBA, meine Damen und Herren, und da habe ich Sie von der CDU immer sehr kritisch gesehen. Sie wollten sie damals verkaufen, und Gott sei Dank ist das nicht gelungen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Scheel bekommt natürlich auch noch seine Kritik ab, denn die FDP war damals die einzige Fraktion, die gesagt hat: Hören Sie bloß mit dem Blödsinn auf! Reißen sie das alles ab, das hat mehr oder weniger alles keinen Sinn. Aber trotzdem haben wir es geschafft.

Ich könnte heute noch stundenlang darüber erzählen, glauben Sie mir bitte! Ich hoffe, dass die Präsidentin mir von dem, was ich noch haben möchte, zwei Stunden gibt, aber das wird sie nicht tun, aber vielleicht gibt sie mir noch eine gute Minute, wenn ich sie herzlich darum bitte. Das macht sie bestimmt! Es werden eineinhalb Minuten werden.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP] – Heiterkeit)

Warum sagen wir trotz alledem, dass in Tenever nicht alles in Ordnung ist? Die bauliche Situation ist in Ordnung. Die Hardware ist in Ordnung. Die

sozialen Einrichtungen – die muss man auch noch einmal besonders nennen – sind unheimlich wichtig. Trotzdem ist Tenever immer noch Vorletzter im Ranking der sozial benachteiligten Ortschaften, und wir müssen weiterhin darauf achten, dass alles in Ordnung ist, aber trotzdem sind wir dafür, dieses Ortsgesetz aufzuheben, denn die baulichen Dinge sind erledigt,

(Glocke)

bis auf die Neuwieder Straße 1 und 3, und die GEWOBA soll die Mieten niedrig halten und auch die Neuwieder Straße 23 führen, aber wir haben noch Programme für die sozialen Projekte, und die müssen wir weiter fortführen.

Ein letzter Satz, meine Damen und Herren, eine Bitte, eine sehr persönliche Bitte: Quartiere, Ortsteile wie Osterholz-Tenever darf man nicht aus den Augen verlieren. Behalten Sie es weiterhin im Auge! Weil ich ja, glaube ich, der Dritt- oder Viertälteste hier in diesem Raum bin, werde ich nicht noch 30 Jahre hier sitzen können,

(Glocke)

aber an die Jungen: Achten Sie darauf, dass Tenever das ist, was es bleibt, nämlich ein ganz normaler Ortsteil! – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zualtererst einmal möchten wir uns natürlich dem großen Dank anschließen, insbesondere an die vielen Menschen in Tenever, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten darum gekümmert haben, dass sich dieser Stadtteil verändert, dass er sich weiterentwickelt, dass er attraktiver wird. Ich glaube, die Politik kann immer die Rahmenbedingungen setzen, Politik kann Dinge in Bewegung setzen, sie kann auch Geld geben, aber es geht nur mit engagierten Menschen vor Ort, die sich einbringen, die auch die Gemeinschaft dort am Leben erhalten. Deswegen an dieser Stelle auch von uns noch einmal herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Wir haben eben schon eingangs gehört, Tenever ist Mitte der Siebzigerjahre entstanden, damals aus der Situation der Wohnungsnot heraus. Das Ziel war damals unter anderem viele Wohnungen auf dichtem Raum, und was zu dieser Zeit nicht nur in Bremen, sondern auch in anderen Städten nach Zukunft klang, wurde einige Jahrzehnte später ein bisschen anders bewertet.

Ich habe vor vielen Jahren – und ich habe mich in der Vorbereitung zu dieser Debatte wieder an diesen Satz erinnert – einmal einen Satz in einem Artikel gelesen, in dem es um Trends im Wohnungsbau geht über die verschiedenen Jahrzehnte hinweg: „In den Sechziger- und Siebzigerjahren war der Wohnungsbau von der Idee geprägt, dass man Menschen in extremer Verdichtung unbegrenzt übereinanderstapeln kann, heute wissen wir, dass man das nicht kann.“

Ich glaube, dieser Satz steht so oder so ähnlich auch symbolhaft für Tenever, denn die Maßnahmen, die dann nachträglich getroffen worden sind, sind vielfältiger Natur. Es geht um soziale Maßnahmen, es geht um Entwicklung vor Ort, von sozialen Strukturen, aber es geht eben auch um bauliche Maßnahmen, die da umgesetzt worden sind. Wer an den Umbau und die Weiterentwicklung von Tenever denkt – und das geht mir auch so –, denkt natürlich insbesondere an die Maßnahmen, die dann Anfang/Mitte der Zweitausenderjahre umgesetzt worden sind. Was aber heute nicht mehr so ganz in der öffentlichen Wahrnehmung existiert, ist die Tatsache, dass ja die Weiterentwicklung von Tenever schon einige Jahrzehnte vorher, schon in den Achtzigerjahren, begann und sich in verschiedenen Schüben, in verschiedenen Entwicklungsschüben immer wieder fortgesetzt hat.

Es ist gut, dass die vorliegenden Probleme dieses Stadtteils frühzeitig ernst genommen worden sind und dass man sich im Schulterschluss von Politik und engagierten Bürgerinnen und Bürgern dieser Themen angenommen hat. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die öffentliche Hand dort natürlich auch Fehler ausgebügelt hat, die sie vorher selbst verursacht hat, Fehler, die unter anderen Annahmen und in anderen Zeiten so entwickelt oder so verursacht worden sind.

Ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass die öffentliche Hand ein bisschen aufpassen muss, sich nicht zu verheben, wenn man ganze Stadtteile am Reißbrett entwirft und in die Landschaft setzt. Das ist in zu vielen Fällen leider schiefgegangen o-

der hat sehr viel Arbeit nach sich gezogen. Das bedeutet nicht, dass sich die Politik regungslos einfach die Dinge entwickeln lassen muss, aber ich bin schon der Überzeugung, dass es manchmal sinnvoll ist, einen gewissen Lauf der Dinge auch zu akzeptieren und Quartiere wachsen zu lassen und eher bei der Entwicklung mit kleinen Maßnahmen links und rechts entsprechend gegenzusteuern und in die richtige Richtung zu lenken. Das ist vielleicht auch die Kernessenz ergänzend zu all dem, was wir eben schon gehört haben.

Vielleicht noch zwei Erkenntnisse, die zumindest ich aus diesem Projekt für die kommenden Jahre und vielleicht auch Jahrzehnte mitnehme: Ich glaube, eine Erkenntnis ist, dass Menschen mehr brauchen als nur Stauraum. Wohnraum ist nicht nur Stauraum. Menschen brauchen Platz, Menschen brauchen Grün, Menschen brauchen ein soziales Umfeld, das sich entwickelt, und vielleicht sind das auch genau die Themengebiete, an denen wir gemeinsam in den letzten Jahren und Jahrzehnten gearbeitet haben: all diese anderen Faktoren, die für Menschen wichtig sind, um vernünftig wohnen zu können, auch nicht aus den Augen zu verlieren und dort Energie hineinzustecken.

Das andere Learning, auf das wir, glaube ich, auch immer wieder gemeinsam schauen müssen, ist die Frage, ob es sinnvoll ist, ganze Stadtteile am Reißbrett zu entwickeln und dann aus dem Boden zu stampfen. Das ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Städten oft schiefgegangen, weil es einfach keiner natürlichen Entwicklung gefolgt ist. Ich muss im Hinblick darauf auch sagen, ich bin sehr gespannt, wie wir beispielsweise in 40 oder 50 Jahren auf die Überseestadt schauen und auf das, was wir dort in einem sehr großen Tempo entwickelt haben und wie sich das auch von sich aus entwickelt hat.

Wir stimmen auf jeden Fall der Aufhebung des Ortsgesetzes heute zu, und das heißt für uns nicht, dass die Arbeit an und in Tenever vorbei ist. Ich glaube, wir haben dort, wie in jedem anderen Stadtteil auch – in manchen Stadtteilen mehr, in anderen Stadtteilen weniger –, gemeinsam weiterhin Arbeit vor uns, und ich glaube, es ist gut, dass wir gemeinsam auch weiterhin in Tenever präsent sind und auch ein Auge auf Tenever haben und weiterhin bereit sind, dort Energie zu investieren. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es hilft ja nichts, ein bisschen müssen wir noch über Städtebau und Stadtentwicklung reden, da, finde ich, hat Herr Schäck durchaus die richtigen Stichworte genannt. Bei allem Stolz darauf, dass wir es in Tenever in einer großen und wirklich stadtübergreifenden Anstrengung geschafft haben, finde ich, muss man sich noch einmal vergegenwärtigen: Was musste man da eigentlich korrigieren, und warum ist das eigentlich so in die Krise geraten?

Das erste Stichwort, das ist alles banal und schon unzählige Male gesagt, und es lohnt sich, den Seebacher noch einmal zu lesen, der ein wunderbares kleines Buch geschrieben hat unter dem Titel „...das tun wir nicht wieder“. Er war in der Gruppe dieser Planer. Er verweist darauf, dass er persönlich kein Blut an den Händen hat, aber er weiß auch, wie es gewesen ist. Also, Trabantensiedlung als Antwort auf die Idee von Stadtwachstum,

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

das ist, glaube ich, das allererste Stichwort, das man da nennen muss. Man plant eine große Wiese, stapelt in einem möglichst kurzen Zeitraffer eine möglichst große Menge von Wohnungen übereinander und hofft darauf, dass da viele Menschen sind, die einander bereichern, die einander begegnen, die miteinander kommunizieren, die morgens zur Arbeit aufbrechen und abends ihre Frau begrüßen, die in der Nachbarschaft als Putzfrau tätig ist oder dergleichen mehr. So ein Modell steckte dahinter, und es ist so dermaßen gescheitert, weil sich herausstellte, dass für das Leben in der Stadt sehr viel mehr erforderlich ist.

Dieses Tenever war nicht in der Lage, Stadtwachstum zu generieren. Die Menschen, die in das Umland abgewandert sind, die es besser fanden, in Weyhe oder Achim oder Lilienthal zu wohnen, in der Stadt zu halten und zu sagen, wir gehen in diese Häuser, haben das abgelehnt, das wollten sie nicht. Eingezogen ist da nur, wen die Not dazu gezwungen hat, also Leute, die bei der Gründung von Tenever keine Alternativen hatten und in dem Moment, in dem sie Alternativen hatten, da weggezogen sind, und diejenigen, die, nachdem die europäische Teilung aufgebrochen ist und die Mauer weg war, nach Westen gekommen sind, keine Wohnung gefunden haben, sind da eingezogen

und sofort wieder ausgezogen, als sie die Möglichkeit dazu hatten. So ist dieser Bestand in Wellen immer wieder in eine Unterbelegungskrise geraten und dann auch noch von den Eigentümern und von der Stadt schändlich ignoriert und herabgesetzt worden. Das, finde ich, muss man sich kurz klarmachen.

Die Vorstellung, dass bis dahin vor Kurzem keine Straßenbahn gefahren ist, ist ebenfalls so ein Verewigen der Konzeption von Trabantensiedlungen, also gewissermaßen so vor den Toren der Stadt, völlig klar, riesige Tiefgaragen, zweistöckig am liebsten, alle sollten Auto fahren, und wer keins hatte, war am Arsch. So waren einfach wesentliche Themen in Tenever nicht gelöst.

(Zurufe)

Bitte?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Ihre Ausdrucksweise!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Die Ausdrucksweise! Ja, natürlich! Die hat sich ergeben aus den schlimmen Zuständen, die haben gewissermaßen nach dem Wort gerufen. Ich persönlich bin nur der Übermittler dieser Aussage gewesen. Es tut mir aber leid, das kommt nicht wieder vor!

Jetzt aber noch die wichtigen Dinge, die ich hervorheben wollte, was, glaube ich, die Kollegen auch schon in verschiedenen Varianten getan haben: Wie kann man es erreichen, dass sich noch andere als arme Menschen entscheiden, nach Tenever zu ziehen? Das ist ja ein wichtiger Punkt. Die Armen müssen versuchen, eine Chance zu bekommen aufzusteigen, Arbeit zu finden, ein eigenes Einkommen zu haben, und möglicherweise bleiben sie dann trotzdem in Tenever, vielleicht ziehen sie aber auch weg, und andere Leute, die handlungsfähig sind auf dem Arbeitsmarkt, entscheiden sich möglicherweise für Tenever. Finden diese Prozesse statt? Sie finden bisher noch sehr wenig statt. Da brauchen wir uns, glaube ich, keine Illusionen zu machen.

Nach wie vor sagen alle Sozialindikatoren, Tenever ist arm, alle Sozialindikatoren sagen hohe Arbeitslosigkeit, alle Sozialindikatoren sagen, viele Leute, die die deutsche Sprache, die Skills auf dem Arbeitsmarkt noch nicht beherrschen, konzentrieren sich in Tenever. Das ist bis heute so.

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Trotzdem glaube ich, dass sich Wesentliches geändert hat. Das, was wir über die Qualität der Schulen und Kitas hören, ist total ermutigend. Ich finde es großartig, was in der GSO stattfindet. Es ist schon mehrfach erwähnt worden, dass wir da diesen tüchtigen Schulleiter so stark vermissen, der unter anderem mit diesem berühmten Beispiel der Ansiedlung der Kammerphilharmonie so großen Eindruck gemacht hat.

(Glocke)

Ich sage den Gedanken noch ganz schnell zu Ende, er ist so gut wie geschafft! Ich fand es beeindruckend, dass diese Hochleistungsmusiker gesagt haben, wir mit unserem Üben und mit unserem Teilhaben an der Gesellschaft von Tenever zeigen den jungen Leuten, dass es sich so lohnt, sich anzustrengen und dass es sich so lohnt, etwas an Skills zu erwerben. Da gewinnt man etwas im Leben, aber man hat auch eine Chance, etwas zu werden.

(Glocke)

Das, finde ich, war eine gute Entscheidung und der richtige Impuls. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich gönne mir doch noch einmal ein paar Minuten! Ich will noch einmal sagen, der Niedergang von Tenever war ein Mosaik, und der Aufbau von Tenever war auch ein Mosaik. Es waren immer viele Gründe, die dabei mitgewirkt haben.

Ich will nur einmal zu den negativen einen Teil nennen: Die städtebauliche Zielsetzung von Tenever war Urbanität durch Dichte. Sie können mir sicherlich glauben, wenn ich diese Begrifflichkeiten höre – und die hört man heute ja auch, es gibt wieder urbane Gebiete, und wenn man sieht, ist die Dichte da auch schon größer als in einem Mischgebiet –, ist das eine Sache, wo wir hinkommen müssen, um zu schauen, dass wir auch ein Stück weit aus Tenever gelernt haben, denn diese städtebauliche Zielsetzung hat mir in der Vergangenheit sehr viele schlaflose Nächte bereitet.

Das Mosaik: Beteiligung! Wir haben heute über Beteiligung geredet – jetzt ist mein Kollege Strohmann gar nicht da! –, ich behaupte einmal, die älteste Bürgerinitiative, obwohl sie sich nicht Bürgerinitiative genannt hat, waren die Bewohnerinnen und Bewohner in Osterholz-Tenever. Die haben sich nämlich schon fast nach Fertigstellung in den Siebzigerjahren formiert und für eine Verbesserung geworben, und als wir das Projekt auf den Weg gebracht haben, haben wir immer gesagt, die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner muss sein, aber das war nicht so leicht durchzusetzen. Wir haben mehrere Arbeitsgruppen gehabt, ob es um den Abriss, Neubau, ob es um die Umsetzung der Bewohnerinnen und Bewohner ging, ob es die Entwicklung der Abbruchflächen war oder ob es um die Öffentlichkeitsarbeit ging, es war immer eine Bewohnerin oder ein Bewohner in dieser Gruppe dabei, und die wurden demokratisch in den Stadtteilgruppen gewählt. Wir Akteure haben eben gelernt, dass die Menschen vor Ort viel besser und viel mehr wissen als wir. Ich sage auch hier und heute, wenn man Beteiligung macht, wenn man Menschen da miteinbezieht, dann müssen die sich am Ende des Prozesses auch wiederfinden, sonst hat es keinen Sinn, sonst fühlen sie sich nicht ernst genommen.

Ein anderer wichtiger Punkt für mich war dieser Ausspruch, der damals noch sehr revolutionierend war: Wohnungspolitik ist Sozialpolitik, meine Damen und Herren, das hat man damals sehr geleugnet. Warum ich heute, sage ich einmal, gerade in der Fraktion der LINKEN sitze, ist es genau das, genau der Grund, denn das ist die DNA der LINKEN. Ich würde mich freuen, wenn Wohnungspolitik immer so nach dem Muster von Osterholz-Tenever ginge, denn wir haben da noch bezahlbaren Wohnraum, obwohl er nicht öffentlich gefördert ist, und das ist ja auch immer der Irrtum, dass man der Meinung ist, nur öffentlich geförderter Wohnraum ist gleichzeitig bezahlbarer. Nein, die Wohnungen sind schon seit Jahren wieder aus der Bindung herausgefallen.

Man muss aber auch schauen, dass auch ein Unternehmen wie die GEWOBA als Aktiengesellschaft damit natürlich Cashcow macht. Eine Dreizimmerwohnung von 72 Quadratmetern hat um 2006 499 Euro warm gekostet, und als ich das Unternehmen verlassen habe, lagen sie auch bei 650 Euro Warmmiete, und da muss man dann auch sehr deutlich klarmachen und sagen, wir müssen diesen Wohnraum, der mit viel öffentlichem Geld wieder in Ordnung gebracht worden ist, auch bezahlbar machen.

Es sind viele junge Familien dort wieder hingezogen, das war auch ein Punkt, der dieses Quartier letztendlich stabilisiert hat.

Zum Schluss: Man kann sich an diesem Projekt viel Gutes anschauen, aber es ist immer ein Prozess, und der Prozess endet nicht. Ich will mich da nicht wiederholen: Wir sind heute alle glücklich, dass wir Tenever zur Normalität gebracht haben. Es ist, wie Joachim Barloschky immer sagt, ein kleines Dorf, ein Dorf mit 100 verschiedenen Migrationen, die da vorbildlich gut zurechtkommen.

Ein letzter Satz: Ich habe am Anfang die „Bild“-Zeitung mit dem Artikel um die Jahrtausendwende genannt. Der erste Messpunkt, dass es besser wurde, war ein Bericht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ – es war, glaube ich, ungefähr im Jahr 2004 –, in dem geschrieben stand „Das Wunder von Tenever“, und das ist auch ein Wunder. Ich sage einmal, den Adelstitel haben wir dann erhalten, als das Magazin „brand eins“ da auch noch einmal die Akteure dort aufgezeichnet hat. Es war ein Wunder von Tenever, freuen wir uns darüber, dass das alles gut gegangen ist, und hoffen wir, dass das auch gut bleibt! – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoffen wir, dass es gut bleibt, hat Herr Schumann gerade zum Abschluss gesagt, und damit sind wir bei einer Sorge vieler Osterholzerinnen und Osterholzer Bürger. Bisher hatte man ja immer noch ein Entwicklungsgebiet. Das Kapitel werden wir heute beenden, und es ist auch richtig, dass wir es beenden, und die CDU stimmt dem ja auch zu, aber die Sorge ist natürlich: Wer achtet denn darauf? Barlo ist im Ruhestand. Herr Schumann wurde als König von Tenever verabschiedet,

(Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

ein Titel, als wir uns vor gut 20 Jahren kennenlernten – das war mehr so eine Don-Camillo-und-Peppone-Situation, wir sind ja beide durchaus auch einmal impulsiv –, aber er hat sich Verdienste um Tenever erworben als jemand, der wirklich alles wusste.

(Beifall DIE LINKE)

Als ich einmal bei einer jesidischen Familie war, wir lange Tee getrunken und dabei über deren Wohnsituation gesprochen hatten, wie das mit den Kindern ist, und ich mich danach an König Ralf wandte, kannte er natürlich die Familie, und er kannte natürlich die Angebote, die die Familie schon bekommen hatte. Er wusste im Zweifelsfall aber auch eine Lösung, wo noch einmal geschaut werden könnte, und das galt dann nicht nur für eine Familie, das galt im Zweifelsfall für viele. Die Sorge, wie geht es weiter, ist eine Sorge, die im Stadtteil Osterholz – und Tenever ist einer von fünf Ortsteilen von Osterholz – vorhanden ist. Man muss übrigens auch sagen, Tenever besteht ja nicht nur aus dem Demonstrativbauvorhaben.

Entschuldigung, jetzt gibt es eine kleine Ortskunde: Tenever ist eines von fünf alten Dörfern, und bis vor Kurzem standen da auch noch Bauernhäuser. Das letzte landwirtschaftlich genutzte ist bei einem Feuer vor einiger Zeit, vor zwei Jahren, ausgebrannt, die Brache ist jetzt geräumt, und ich glaube, in der heutigen Sitzung der Stadtbürgerschaft haben wir auch den entsprechenden Bebauungsplan, da wird dann ein kleines Areal in Erweiterung der südlichen Fläche des Pfälzer Weges angeschlossen. Wir bekommen da auch eine neue Kita.

Tenever ist ein Ortsteil im Wandel, der auch massiv zum Wachstum von Osterholz beigetragen hat. In Tenever wohnten vor dem Demonstrativbauvorhaben wenige Hundert Menschen, und all diese Infrastruktur, die jetzt da ist, ist auch zum Teil während des Demonstrativbauvorhabens errichtet worden, und die Frage, wie es mit dieser auch öffentlichen Infrastruktur weitergeht, beschäftigt die Kolleginnen und Kollegen im Beirat Osterholz seit vielen Jahren.

Zur Frage der Polizeistation: Wir haben vorhin über die Sicherheitssituation gesprochen. Wir würden uns als Osterholzerinnen und Osterholzer wünschen, dass diese Station länger besetzt ist als in den wenigen Randstunden, in denen derzeit dort ein Cop vor Ort ist. Durch das Schwimmbad hatte ich persönlich meinen ersten Kontakt mit Tenever 1979/1978, ich würde sagen, 1979, zweite Klasse Grundschule an der Uphuser Straße in Osterholz. Wir sind natürlich nicht nach Sebaldsbrück gegangen, sondern wir hatten ja jetzt in Osterholz unser eigenes öffentliches Schwimmbad. Das war damals wirklich hübsch. Die öffentliche Infrastruktur und die Pflege der öffentlichen Infrastruktur – und da können wir jetzt keine Partei mehr ausnehmen, denn alle Fraktionen, die hier sitzen, haben in den

letzten 20 Jahren irgendwann einmal regiert –, das ist schon schwierig, wenn man sich da anschaut, unter welchen Bedingungen unbeschwerter Badespaß, so will ich das jetzt einmal nennen, und nicht nur Schwimmunterricht erfolgt.

Die Frage des Einkaufens ist schon angesprochen worden. Herr Güngör, Herr Tuncel, ich als Osterholzer Abgeordneter, der ganze Beirat, wir haben uns jahrelang anschauen müssen, wie nach dem Weggang des Discountermarktes, in dem heute eine Kita ist, diese Situation im freien Markt nicht zu lösen war. Wie gesagt, da wohnen 10 000 Menschen, und es ist einfach auch eine schwierige Situation zwischen einem riesigen Einkaufszentrum mit einem Einzugsbereich von Cuxhaven bis Hamburg und einem Regionalangebot im Schweizer Viertel mit Supermarkt und Discountern. Dazwischen lag Tenever ohne irgendetwas, und man erwartet offensichtlich von den Menschen einfach, dann fährt doch so weit oder läuft so weit, denn manche können sich eben auch den Weg mit der Straßenbahn nicht leisten. Darum ist es gut, dass dort eine Lösung gefunden ist.

Der Appell der Osterholzerinnen und Osterholzer ist, Frau Bürgermeisterin: Es darf nicht wieder so schlimm werden, dass es Thema in der Bremischen Bürgerschaft werden muss, wie es in Tenever weitergeht.

(Glocke)

Ich kann für die Osterholzer sagen, sie werden das im Blick behalten, und für die CDU-Fraktion kann ich sagen, wir werden da den Senat im Blick behalten, damit er es im Blick behält. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch einen Gedanken von meiner Seite vortragen! Ich finde, Herr Bücking hatte die berechnete Frage aufgeworfen, wie sehen wir denn die städtebauliche und sozialstrukturelle Entwicklung von Tenever in der Zukunft. Ich glaube, wir wissen, moderne Stadtentwicklungspolitik hat einen Maßstab. Quartiere sind dann sehr attraktiv, wenn man dort alles findet und alle findet – sozial und funktional gemischt heißt es dann immer in der akademischen Ausdrucksweise –, und da haben

wir schon gesagt, beim „alles“ hakt es in Tenever schon einmal an der sehr simplen Existenz eines Nahversorgers, und das ist ein sehr relevanter Attraktivitätsmaßstab, ob man im Quartier fußläufig einkaufen kann. Das muss kommen, erstens.

Zweitens, wenn man attraktiven Wohnraum haben will, dann darf man keine faulen Äpfel haben, dann muss man konsequent gegen Missstände vorgehen. Da haben wir die prominenteste Adresse des Stadtteils genannt, und das ist eine Nuss, an der wir noch ganz lange weiter knabbern werden, davon bin ich fest überzeugt.

Das Dritte – und das gehört dann vielleicht in die Aufzählung der Dinge mit hinein, die es zu tun gibt –: Man muss, und zwar auch vom Wohnungsangebot her, attraktive Angebote schaffen für diejenigen, die sozial aufsteigen, dass sie in diesem Quartier, in diesem Ortsteil dann auch bleiben wollen und dort weiter ihre Heimat finden, ihre Netzwerke behalten und dem Stadtteil erhalten bleiben. Das ist zum Beispiel wunderbar gelungen direkt gegenüber der Neuwieder Straße, wo die Pezzettino-Häuser der GEWOBA errichtet worden sind, diese anthrazitfarbenen kleinen Kästen, drei-, vierstöckig –. Ich bin mir gerade nicht ganz sicher. Wer weiß es?

(Zuruf DIE LINKE)

Lassen wir es vier sein!

(Zuruf DIE LINKE)

Bitte?

(Zuruf DIE LINKE)

Ach so! Das klären wir später! Diese wirken mit der beeindruckenden Hochhauskulisse im Hintergrund geradezu niedlich. Wenn Sie sich die anschauen, bieten sie große Wohnungen mit modernen Standards, sie bieten, wenn Sie die Wohnungen im Erdgeschoss nehmen, einen eigenen Garten, der die Gartengröße eines durchschnittlichen Reihenhauses im Bremen Westen deutlich übertrifft. Da entstehen Möglichkeiten, wie sozialer Aufstieg auch im Quartier gelebt werden kann. Das ist auf einem bescheidenen Niveau, und ich hätte nichts dagegen, das weiterzudenken.

Ich glaube, ich wäre nicht unbegeistert, wenn man Lösungen fände, wie man auch in Tenever im Eigentumsbereich Angebote schaffen kann, nicht in

Wohnungseigentümergeinschaften, das Problem haben wir genug, aber in tatsächlicher Eigenheimform. Das sind Fragen, glaube ich, mit denen wir uns in der Zukunft noch beschäftigen müssen, wenn wir dann auch das Kriterium erfüllen wollen.

Tenever ist auch sozial gemischt, und da man einen Ortsteil nicht allein sozial mischen kann, sondern das immer auf die Stadt als Gesamtes bezogen ist, heißt das, das hat natürlich Konsequenzen für die Solidarität der Gesamtstadt mit diesem Ortsteil. Wir können uns als Stadt nicht damit zufriedengeben, dass einzelne Quartiere in dieser Stadt die Funktion Ankunftsquartier bekommen, sei es Tenever oder sei es das Blumenthaler Zentrum oder Gröpelingen quasi in toto, denn ein Ort zu sein, an dem Menschen, die migrieren, neu nach Bremen kommen, erst einmal ankommen, sich eingewöhnen und dann aber auch wieder fortgehen, sobald der Aufstieg dies ermöglicht, das ist eine Leistung von Quartieren, die kann man anerkennen, aber das ist kein Zustand, mit dem man sich zufriedengeben kann,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

sondern der muss sein, dass sich in den Quartieren alles und alle finden, und auch in Tenever.

Ich bin mir sicher, da bleibt noch eine Menge zu tun, und ich persönlich habe nichts dagegen, wenn wir das in der Bremischen Bürgerschaft auch in Form von Tenever wieder zum Thema machen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute ist wirklich ein guter Tag hier in der Bremischen Bürgerschaft zu diesem Thema, und Osterholz-Tenever ist auch eine Erfolgsgeschichte, und zwar auch eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft. Flexibel, aktiv, kommunikativ und mobil, so lauteten die Schlüsselworte für jene Form von Urbanität – Herr Schumann ist vorhin schon auf das Wort Urbanität eingegangen –, die für aufstrebende, dynamische und junge Familien mit der Großwohnsiedlung Osterholz-Tenever verwirklicht werden sollte.

Am 3. Juli 1973 wurde die Verordnung über die Festlegung eines städtebaulichen Entwicklungsbereichs nach dem Städtebauförderungsgesetz im Gebiet Osterholz-Tenever beschlossen, und jetzt, nach fast 50 Jahren und zwei nach der ursprünglichen Errichtung durchgeführten Sanierungen, hat der Bremer Senat den Status „städtebaulicher Entwicklungsbereich“ nun offiziell aufgehoben – das war am 1. Februar dieses Jahres – und eine entsprechende Vorlage auf den Weg gebracht, die Ihnen ja heute hier in der Stadtbürgerschaft auch zur Sitzung vorgelegt wurde. Die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung hat der Vorlage bereits zugestimmt.

Osterholz-Tenever war ein Paradebeispiel für eine ambitionierte, aber am Ende doch verfehlte Wohnungsbaupolitik. Obwohl nur die Hälfte der geplanten Gebäude gebaut wurde, waren die Verdichtung und die Monostruktur sowie die dadurch entstehende Anonymität in dem Quartier viel zu hoch und wirklich auch problematisch. Ich kann einmal sagen, weil jeder jetzt immer noch einmal so einen Vergleich macht, was war eigentlich vor 50 Jahren, oder was war 1973: Da kann ich jetzt für Bremen nicht mitreden, aber als ich 1991 nach Bremen kam – und wenn man von außen kommt, hat man ja immer erst einmal einen neutralen Blick auf die Stadt und kann sich alles anschauen –, haben mir Menschen immer gesagt, nach Osterholz-Tenever brauchst du gar nicht hinzuziehen, lass da einmal die Finger davon, das ist ein echtes Problemgebiet.

Die jüngere Vergangenheit hat dann aber bewiesen, dass Bremen auch – und Herr Schäck, Sie haben das gesagt, aus solchen Fehlern muss man lernen – die Fehler erkannt hat, die man da städtebaulich gemacht hat und dass man sie auch korrigieren kann. Dabei gilt mein Dank – dem schließe ich mich einfach an, viele haben ihm schon gedankt – dem Quartiersmanager Joachim Barloschky,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

aber hier nicht nur Barlo, sondern auch der GEWOBA, aber auch vielen anderen: dem Beirat, dem Ortsamt, aber auch vor allen Dingen den Bewohnerinnen und Bewohnern und allen, die hier auch sitzen. Heute ist Osterholz-Tenever das sympathische OTe, wo die Menschen gern leben, und eine Quartiersentwicklung mit einem wirklich guten Ende, aber ich komme gleich auch noch einmal darauf, wie es weitergeht, also das ist nicht das komplette Ende.

Ich will trotzdem noch einmal einen Blick in die Geschichte werfen: „Die Großwohnanlage Osterholz-Tenever wurde in den Jahren 1973 bis 1978 als Versuchs- und Vergleichsbauvorhaben des Bundes erstellt.“ Ich finde ehrlich gesagt den Begriff schon wirklich anstrengend und schwierig, wenn man so ein Versuchsvorhaben macht. „Die Großsiedlung blickt dabei auf eine kurze wechselvolle Geschichte in einer Zeit des rasanten Umbruchs von Stadt und Gesellschaft zurück“, so heißt es ganz offiziell. Damals hat man schon gemerkt, dass während der Bauphase die hochgeschossige Bauweise, die Hochhäuser, in Politik und in der Bevölkerung auf Kritik stoßen.

Eine der Entscheidungsgrundlagen für ihre Errichtung, die Annahme eines rasanten Bevölkerungswachstums, musste schon ziemlich früh korrigiert werden, und aus dem Grund wurden die Bauarbeiten nach der Fertigstellung von 2 653 der eigentlich geplanten 4 600 Wohnungen eingestellt. Man hat also erstens gemerkt, Bremen wächst nicht so schnell, und zweitens, so eine dichte Wohnbebauung, so eine Urbanität tut nicht gut, und deswegen hat man schon relativ früh angefangen, im Sommer 1987 für Nachbesserungen zu sorgen. Da wurde das Nachbesserungsprogramm vom Bau- und Sozialressort gemeinsam umgesetzt. Hauptakteure waren die GEWOBA und die Bremer Investitionsgesellschaft, die gemeinsam die Osterholz-Tenever-Grundstücksgesellschaft gründeten, und die OTG übernahm 1 306 Wohnungen von der Stadt und führte dann auch die Sanierung durch.

Im Rahmen des Programms Stadtumbau West konnte die Großsiedlung in Osterholz-Tenever als Pilotprojekt wieder über die Grenzen Bremens hinaus positiv auf sich aufmerksam machen. Man hat das Wohnraumangebot an die damalige Entwicklung des Wohnungsmarktes in Tenever angepasst, das heißt, man hat den Bestand erheblich reduziert. Es gab einen Rückbau von 650 Wohnungen, das entsprach ungefähr einem Viertel des gesamten Bestands, und mit dem Abriss von Gebäudeteilen konnten Sichtachsen geöffnet und der Freiraumbezug der Siedlung erheblich verbessert werden, also ich fasse das jetzt einmal in meine Worte. Ich kann mich gut daran erinnern, im „Weser-Kurier“ damals groß, aber auch deutschlandweit, als die Kessler-Blöcke abgerissen worden sind, war das wirklich ein Signal: Hier kann man auch noch einmal städtebaulich etwas korrigieren, und nur Hochhäuser, das tut nicht gut. Hier tun wir etwas für ein Quartier, wenn wir auch einmal solche Blöcke zurückbauen.

Dann hat die GEWOBA massiv Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt: Abriss der asbesthaltigen Fassadenplatten, die Fassadenerneuerung, Wärmedämmung, Erneuerung der Fenster, Neugestaltung der Eingangsbereiche, die Sanierung der Dachheizzentralen als Brennwerttechnik und die Modernisierung der Bäder und Küchen. Das klingt alles sehr technisch, aber für die Menschen vor Ort war es extrem wichtig, sich dort auch wohlfühlen und auch moderne sanierte Gebäude und Wohnungen zu bekommen.

Meine Damen und Herren, wenn man sich noch einmal vor Augen führt, wo sind wir gestartet in der Geschichte, und sich auch die Fehler anschaut und auch noch einmal meine damalige Wahrnehmung von Osterholz-Tenever, nämlich grau, Beton und eng, dann muss man sagen, Osterholz-Tenever ist heute bunt – bunt statt grau –, und das hat nicht nur etwas mit den Gebäuden zu tun, es hat ganz viel mit der sozialen Struktur zu tun. Es hat ganz viel mit den sozialen Projekten zu tun, mit einer guten Nachbarschaft. Es sind eben auch die Menschen, die Bewohnerinnen und Bewohner, die viel dazu beitragen, aber auch das Quartiersmanagement, und so soll es auch bleiben.

Die Nahversorgung wurde angesprochen. Wer in der letzten Woche virtuell an dem Podium zum Zentren- und Nahversorgungskonzept teilgenommen hat, der konnte sich noch einmal zeigen lassen, wie das aussieht, der Supermarkt, der dort geschaffen wird, mit Wohnungen oben darauf. Eine Baustelle haben wir, das ist die Neuwieder Straße, Herr Wagner ist vorhin noch einmal darauf eingegangen.

Ich möchte meinen Beitrag aber nicht beenden, ohne auch noch einmal einen Ausblick für Osterholz-Tenever zu geben, das ist das, Herr Rohmeyer, was Sie ja auch noch einmal eingefordert haben mit dem Blick auf den Senat, ob wir dann Osterholz-Tenever auch weiter im Blick haben. Ja, das ist unser erklärtes Ziel. Osterholz-Tenever wird mit der heutigen Aufhebung des alten Entwicklungsbereichs seitens des Senats nicht fallen gelassen, sondern im Gegenteil, das Programm WiN wird unabhängig davon weiter eingesetzt, das Fördergebiet erhält weiterhin 150 000 Euro pro Jahr Gebietsbudget und kann darüber nach wie vor selbst entscheiden. Osterholz-Tenever erhält weiterhin ein Gebietsbudget aus dem auslaufenden Programm „Soziale Stadt“, das waren in der Regel 60 000 Euro pro Jahr, es erhält weiterhin Personalmanagementressourcen für das Quartiersmanagement.

Ein Teil des Ortsteils, das Hahnenkampviertel, erhält auch weiterhin Fördermittel aus der Städtebauförderung über das IEK Schweizer Viertel, das aktuell verlängert wird. Dazu bereiten wir gerade eine Deputationsvorlage vor, und insbesondere der zentrale Bereich beider benachbarten Ortsteile – also Zentrum Tenever mit dem Marktplatz, aber auch die Grün- und Wegeverbindungen – sind die Orte der Aufwertungsmaßnahmen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben einmal gesehen, eine Stadt kann aus städtebaulichen Fehlern lernen. Eine Stadt kann auch, indem sie selbst – ich schaue jetzt so ein bisschen auf den Finanzsenator! – Geld in die Hand nimmt und auch Bestände zurückkauft oder in die eigenen Wohnungsbaugesellschaften überführt, wirklich zu einer Aufwertung von Stadtteilen beitragen, aber am Ende des Tages stehen die Menschen für uns im Mittelpunkt und im Vordergrund, und deswegen brauchen wir eben auch die ganzen sozialen Städtebauförderungen.

Ich bin optimistisch, was Osterholz-Tenever angeht. Mit Blick auf Barlo, Du hast in der Deputations-sitzung gesagt, Du bist dort damals mit Deiner Familie hingezogen, und ich habe den Mut damals bewundert, und ich glaube, das braucht es weiterhin: mutige Menschen, die sich in diesem Stadtteil engagieren und diesen Stadtteil auch gerade weiter lebenswert machen, meine Damen und Herren. – Damit möchte ich mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jens Eckhoff zu einer Kurzintervention.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich möchte auch diese harmonische Debatte jetzt gar nicht zu sehr belasten, aber vorhin wurde von zwei Rednern dargestellt, dass es einen Zusammenhang zwischen der Entscheidung zum Space Park und Tenever gab. Ich kann Ihnen erzählen, ich war selbst bei der finalen Entscheidung zum Space Park beteiligt, das war ein Koalitionsausschuss. Es haben damals sehr für den Space Park gekämpft der Bürgermeister Henning Scherf und der Wirtschaftssenator Josef Hattig, das war also eine Große Koalition. Eine gewisse Skepsis gab es bei den damaligen Fraktionsvorsitzenden Jens Böhrnsen und auch meiner Person, und auch bei den Landesvorsitzenden gab es eher eine Skep-

sis, und dann ist das Projekt großkoalitionär trotzdem entschieden worden. Einen Zusammenhang mit Tenever, wie er hier hergestellt wurde, gab es damals nicht. Insofern, finde ich, muss man das an dieser Stelle zum Abschluss auch noch einmal sagen.

Dieses tolle Projekt, das wir in Tenever hatten, ist in allen verschiedenen Bereichen – Vor-Ort-Arbeiter, in der GEWOBA, im Beirat, wie es gesagt wurde – von Anfang an auch ein großkoalitionäres Projekt gewesen, aber es wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht alle an diesem Projekt mitgewirkt hätten; aber diese Legendenbildung wollte ich doch an dieser Stelle eben einmal beenden,

(Beifall CDU)

bevor es im Protokoll steht und man nicht widersprochen hat. – Danke!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Aufhebung des Ortsgesetzes über die förmliche Festlegung eines Entwicklungsbereichs „Osterholz-Tenever“ beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Konzept für die Innenstadt entwickeln – privatrechtliches Engagement mit verbindlichen Leitlinien begleiten

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. November 2019

(Drucksache [20/83 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Konzept für die Innenstadt entwickeln – privatwirtschaftliches Engagement mit verbindlichen Leitlinien begleiten

Bericht der städtischen Deputationen für Wirtschaft und Arbeit sowie für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung

vom 26. November 2021

(Drucksache [20/630 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, dass dieser Antrag jetzt heute beraten wird, das liegt einfach daran, dass er so lange liegen geblieben ist. Wir haben diesen Antrag ja 2019 eingereicht – das war noch vor Corona –, weil das Thema Stadtentwicklung für uns immer ein wichtiges Thema war, das wir ja auch seit Jahren/Jahrzehnten in diesem Haus diskutieren. Es war mir aber auch klar – das werden wir ja gleich in dem Bericht auch sehen –, dass Sie als rot-grün-rote Koalition, so, wie auch vorher schon immer Rot-Grün, alle unsere Anträge in diesem Bereich immer abgelehnt haben, denn es kommt eben von der CDU, und deswegen muss man es auch ablehnen. Das war übrigens schon 2012 so, das war 2015 so, das war 2019 so, 2020 und 2021, und dann jetzt auch noch einmal 2022. Das ist so, wie es ist, das ist parlamentarische Arbeit. Herr Bücking hat es heute gesagt: Derjenige, der die Mehrheit hat, hat die Macht und kann dann auch entscheiden.

Was mich ehrlicherweise ein wenig fassungslos macht, obwohl ich bei diesen ganzen Debatten zur Innenstadt gedacht habe, das geht nicht mehr, ist eigentlich die Begründung, die Sie für die Ablehnung unseres Antrags vorgegeben haben, und wenn man Ihre Vorlage liest, bekommt man den Eindruck, dass in dieser Innenstadt alles wunderbar läuft. Wenn ich als Außenstehender diese Vorlage gelesen hätte, würde ich denken, wie schön, in dieser Stadt bewegt sich wirklich etwas. Wie es in Wirklichkeit aussieht, wissen wir alle: Stillstand und Leerstand!

(Beifall CDU)

Nehmen wir einmal gleich den ersten Punkt! Sie schreiben – ich zitiere –: „Mit der Strategie Centrum Bremen 2030+“ – ich weiß nicht, wie viele Jahre das dann noch sein sollen – „liegen nun zentrale Leitplanken für die Entwicklung einer lebendigen Mitte Bremens zwischen Wall und Weser vor. Wichtige Handlungserfordernisse für die Zukunft in verschiedenen Themenfeldern rund um eine hohe Nutzungsvielfalt, qualitätsvolle öffentliche Räume und verbesserte Mobilität sind erkannt und mögliche Synergieeffekte in einem Gesamtkonzept verankert. Die räumlichen Schwerpunkte und entscheidenden Schlüsselmaßnahmen sind identifiziert.“ Jetzt kommen wir zu meinem persönlichen Höhepunkt dieses Absatzes: „Mit dieser Perspektive ist Bremen gut aufgestellt, um den Transformationsprozess und die Neuausrichtung seines Zentrums aktiv zu steuern und zu gestalten.“

(Zuruf CDU: Da will ich auch hin!)

Jetzt sagen Sie ja – -. Das ist doch nicht ihr Ernst! Was läuft bei Ihnen falsch? Jetzt wirklich im Ernst: Wir sind im Jahr 2022, und Sie haben endlich das Problem erkannt!

(Beifall CDU)

Ganz tolle Nummer!

Leider ist es so, dass seit 2007 in dieser Stadt nichts mehr passiert, außer dass Sie natürlich vielfältige und wunderschöne Hochglanzprospekte entwickelt haben und diese dann darstellen. Die Botenschaft, die nach dem Lesen der neuen Broschüre hängen bleibt – Sie haben gerade wieder einmal eine aktuelle, eine neue Broschüre „Strategie Centrum Bremen 2030+“, das Plus müssten Sie mir noch einmal erklären! –, lässt sich darauf reduzieren, dass einfach alles schöner und besser werden soll, aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Dafür muss man das nicht in Broschüren drucken, sondern machen Sie es einfach!

Ich bin jetzt schon ewige Zeiten, ich will nicht sagen, wie lange, Abgeordneter und seit 2009 in der Baudeputation. Wenn ich mir überlege, wie oft wir schon darüber diskutiert haben, wie wir die Innenstadt weiterentwickeln, was wir alles machen müssten, und in der Wirtschaftsdeputation dieses 2025 und was wir nicht alles gemacht haben und wunderschöne Hochglanzbroschüren dann in die Fächer gelegt bekommen haben, aber wenn Sie sich das einmal anschauen, was in der Obernstraße los ist, was auf dem Domshof oder in der Martinistraße los ist, dann ist wirklich nichts passiert. Es

ist immer schlimmer gewesen, Sie haben nie gegengesteuert.

Was mich wirklich richtig ärgert, ist im Grunde genommen das mit dem Wochenmarkt: „Über ein Beleuchtungskonzept konnte das Licht auf dem Domshof verbessert werden. Alles in allem ist durch diese Maßnahme die Qualität des Platzes stark erhöht und dieser stärker in den Fokus von Besucherinnen und Besuchern gerückt worden.“ Auch das ist nicht Ihr Ernst! Also, letztendlich ist nichts passiert, und wir hoffen jetzt, dass endlich einmal etwas passiert. Ich weiß nicht, wie viele Anträge wir noch stellen sollen, Sie schaffen es einfach nicht! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kurz gefasst war ja die Antwort des Senats auf den Antrag der CDU: Was daran richtig ist, das machen wir schon, was daran falsch ist, können Sie allein machen, und deswegen wollen wir jetzt heute auch nicht dem Antrag nach der Behandlung in der Deputation zustimmen. Deswegen würde ich ganz gern einmal mit Ihnen eine ganz kleine Wanderung durch die Innenstadt machen und einmal kurz wichtige Projekte betrachten!

(Zuruf CDU: Ja! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Den Domshof!)

Eine sehr wichtige Grundsatzentscheidung des Senats ist gewesen zu sagen, wir wollen versuchen, einen großen Teil der Universität in der Innenstadt anzusiedeln, im Technologiepark Luft zu schaffen und in der Innenstadt einen neuen großen Attraktor zu organisieren, einen neuen großen Bedeutungsgewinn für die Innenstadt zu organisieren, einen Grund für vor allen Dingen viele Tausend junge Leute, in die Stadt zu gehen und dort ihre Ausbildung zu organisieren, Wissenschaft zu betreiben, die Stadt selbst auch zum Gegenstand zu machen. Das ist eine sehr wichtige Weichenstellung. Sie ist verbunden mit dem Blick darauf, dass in der Innenstadt große Immobilien brach gefallen sind.

In diesem Fall schaut man zuerst auf das Sparkasengebäude und überprüft, ob sich das so umorganisieren lässt, dass man diesen Teil der Universität

darin unterbringen kann. Das ist verbunden mit einer intensiven Betrachtung, was das wohl kosten mag und ob wir uns das leisten können, wie wir das organisieren, wie wir die Mittel dafür bereitstellen. Das ist eine Arbeit an einem strategischen Baustein für die Zukunft der Innenstadt. Jeder, der das übersieht, hat nichts verstanden, denn es ist die Antwort darauf, was der Innenstadt gerade widerfährt und was leider im Rathaus und bei der Bausenatorin oder der Wirtschaftssenatorin nicht einfach außer Kraft gesetzt werden kann. Diese Innenstadt unterliegt diesem dramatischen Strukturwandel, der Einzelhandel kann die Innenstadt nicht mehr tragen. Die Konzepte der Siebziger- und Achtzigerjahre sind vorbei, wir müssen für die Innenstadt neue Gründe für ihre Bedeutung für Stadt und Region organisieren, und darin spielt Wissenschaft eine zentrale Rolle.

Zweites Thema: Es gibt einen Investor. Wenn wir uns jetzt ein bisschen weiter südlich entlangbewegen, das ist Christian Jacobs, er entscheidet sich für Bremen und sagt, wir machen ein Balgequartier. Da haben wir dazu beigetragen, dass dieses Jacobs Haus an der Obernstraße entstehen konnte, einen guten Wettbewerb gemacht, ein anständiges Haus ausgesucht, es wurde errichtet. Er hat die Stadwerke gekauft, er wird das Essighaus neu errichten. Es war keineswegs banal, sich mit dem Investor darüber zu einigen, wie das aussehen kann. Jetzt ist da eine ganz gute Lösung gefunden worden, und das wird dazu führen, dass diese ganze Welt sich schon einmal grundlegend ändert.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Dann hat die WFB einen Vertrag mit dem Investor gemacht und gesagt, wir übergeben Ihnen das Kontorhaus und ziehen um. Die Absicht war, in das Denkmal Neuhaus einzuziehen. Das wird aber unangenehmerweise nicht rechtzeitig fertig, weshalb sie jetzt wieder vorübergehend in die Sparkasse ziehen. Sie sehen daran das Engagement des Senats, diese Projekte zu ermöglichen, zeitliche Verzögerungen zu verhindern und dergleichen mehr. Wir denken darüber nach, wie man unten in diesem Kontorhaus eine Attraktion organisieren kann, die Tourismus auslöst, die Kultur für die Innenstadt gewinnt. Wie das im Einzelnen ausgestaltet wird, diskutieren wir gerade. Das sind die Bausteine, an denen wir arbeiten.

Und ja, das Projekt der Lichtgestalt Kurt Zech! Den haben wir alle zusammen gefeiert, weil er uns ein großes Versprechen gemacht und gesagt hat: Gar

kein Problem, ich kenne mich aus in der Immobilienwelt, ich kaufe Galeria Kaufhof, das Parkhaus, und mache sozusagen insgesamt da eine riesige Rochade. Vor dieser Ambition hatten wir großen Respekt, auf die Ambition haben wir gesetzt, und es stellt sich heraus, dass auch für Kurt Zech das Wasser nicht den Berg hinauffließt. Er beobachtet den Immobilienmarkt in der Innenstadt, er fragt sich, ob er Einzelhandelsflächen loswird, er fragt sich, was für Volumen er bekommt, er schaut nach, was die Konkurrenz für die Bauplätze haben will, und zögert. Ja, jetzt machen Sie einmal eine Leitlinie: Lieber Herr Zech, hören Sie auf zu zögern! Tolle Idee!

Dabei kommt nichts heraus, sondern dann setzt man sich mit ihm zusammen und überlegt, wie man wieder Schwung in dieses Projekt hineinbekommen kann. Das haben sie gerade gemacht, und es wird zu einem städtebaulichen Wettbewerb kommen, den Herr Zech mit bezahlt. Dazu macht man eine Auslobung, da schreibt man hinein, wie man sich das da vorstellt, was man da für möglich hält, und es ist ein Stück von dem, was die Stadt machen kann, damit es in Gang kommt.

(Glocke)

Ich glaube, wir begleiten die privaten Investoren mit richtigen Leitlinien. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist ja nicht in Gänze falsch. In vielen einzelnen Punkten ist das ja eine richtige Maßnahme –

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber?)

natürlich aber! –, aber Herr Bücking hat eben schon einen großen Teil aufgezählt, man kann doch nun wirklich nicht in der Art und Weise sagen, lieber Herr Strohmann, dass hier nichts getan wird, sondern es gibt doch eine Entwicklung. Jetzt kann man an der einen oder anderen Stelle sagen, sie ist nicht zufriedenstellend, und sie ist zu langsam – also typisch Opposition: zu teuer, zu langsam, zu spät, damit kommt man immer durch –,

(Beifall SPD)

aber wir haben im Balgebrückquartier eine Entwicklung, und wir haben etwas mit der WFB, Herr Bücking hat das eben gesagt, und die Tatsache, dass das Parkhaus Mitte immer noch da ist und wir keine Lösung dafür haben, bedeutet ja, dass wir einen Block in dieser Innenstadt haben, der weitere Maßnahmen unmöglich macht.

Jetzt kann man natürlich darüber nachdenken und sagen, jetzt lasst uns doch einmal schauen, wie bekommen wir städtepolitisch Verschönerungen hin, und wo machen wir Grün, und wo stellen wir Bänke hin. Das finde ich auch, das ist richtig, und man kann sich auch parallel dazu Gedanken machen und sagen: Was ist denn jetzt mit Parken, und was heißt denn hier autoarme/autofreie Innenstadt? Was machen wir mit Ladeinfrastruktur? Ist es jetzt schlau, da noch einmal in der Innenstadt etwas zu machen, oder machen wir sie am Stadtrand? Machen wir, und das finde ich völlig richtig, noch einmal – –? Denken wir nach über die Straßenbahn Linie 11, kostenloses Fahren mit Park-and-Ride?

Alles das ist richtig, aber konzeptionell muss man doch auch als CDU akzeptieren, dass es einen breiten Beteiligungsprozess gegeben hat mit der Handelskammer, mit der Handwerkskammer, mit den örtlichen Akteuren, dass der Senat dort daran ist, dass man eine Weiterentwicklung macht, da, wo es möglich ist, konzeptionell, mit Leitlinien, und da, wo Voraussetzungen nicht gegeben sind – Parkhaus Mitte, Galeria Kaufhof –, muss man doch sagen, erst einmal müssen wir Voraussetzungen schaffen, um das zu machen.

Wir haben in der Innenstadt die Frage vom Brill und Sparkassengebäude mehrfach hin- und hergewendet. Das ist ein unglaublich schwieriger Prozess. Für die Frage, ob die Universität da hineingeht und wir dadurch Belebung in der Innenstadt bekommen, dafür ist doch nicht der Senat allein zuständig zu sagen, alle Mann umziehen, sondern das ist etwas, bei dem die Universität schauen und sagen muss, ja, das machen wir, das braucht Zeit, das muss vernünftig geplant werden, und da ist man doch dabei. Das müssen Sie doch einmal anerkennen!

Jetzt kann man sagen, konzeptionell ist das alles zu wenig, aber in der Sache muss man einfach anerkennen, dass da etwas passiert, dass man bestimmte Hemmnisse hat, aber dass es so ist, dass man die Akteure an einen Tisch holt und man sagt, wir wollen es weiterentwickeln. Da kann man an bestimmten Stellen auch noch einmal parallel etwas machen. Das ist überhaupt nicht meine Frage,

völlig richtig, aber konzeptionell hier zu sagen, wir schreiben elf Punkte auf, und der Senat macht nichts, ist einfach sachlich falsch und der Sache nicht angemessen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren einmal wieder über das Thema Innenstadt. Das machen wir ja in einer zuverlässigen Regelmäßigkeit, und das ist ja auch eine Debatte, die uns schon länger begleitet. Auch den Antrag der CDU haben wir damals ja schon durchgesprochen. Er enthält einige Forderungen, die inhaltlich sinnvoll sind – ich glaube, da muss man jetzt gar nicht groß ins Detail einsteigen –, die wir auch unterstützen, andere Forderungen wiederum, glaube ich, haben sich auch überholt. Herr Strohmann hatte schon gesagt, der Antrag ist schon etwas älter, ich glaube, zwei Jahre alt, wenn ich das richtig sehe.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja!)

Wir haben nicht nur Corona gehabt, sondern auch tatsächlich die eine oder andere Entwicklung, und bei der einen oder anderen Forderung, die Sie haben, haben wir schlichtweg auch andere Vorstellungen.

Das Problem ist aber ja – und da bin ich doch sehr bei der CDU –, wir haben ja keinen Mangel an Vorschlägen, wir haben keinen Mangel an Ideen. Auch wir als FDP-Fraktion haben ein Konzept vorgelegt, wie wir uns die Innenstadt vorstellen, mit noch einmal ein paar neuen und ergänzenden Ideen dazu, aber letztendlich haben wir in Bremen, was die Entwicklung der Innenstadt angeht, ein Umsetzungsproblem. Wir haben viele Ideen diskutiert, wir sind auch, glaube ich, bei der Problemerkennung gar nicht so weit auseinander. Wir haben eine große Übereinstimmung in dem, wo sich etwas tun muss, aber irgendwie schaffen wir es nicht, einmal voranzukommen und wirklich einmal aktiv zu werden, und für mich ist das unerklärlich. Ich weiß nicht, woran es hakt.

Wir haben natürlich einige Abhängigkeiten von externen Investoren, ganz klar, wo wir nicht selbst agieren können, aber wir haben auch Bereiche, wo wir selbst agieren können, beispielsweise beim Domshof, das ist seit Jahren bekannt. Alle sagen, ja, da müssen wir etwas machen, da sind wir jetzt

auch nicht so wahnsinnig abhängig von externen Investoren, und trotzdem sieht es da immer noch genauso aus wie vor sehr vielen Jahren, und das ist etwas, was wir uns bei der aktuellen Entwicklung der Innenstadt schlichtweg nicht leisten können.

Wir haben zentrale Projekte. Ein Projekt ist der Domshof, ein anderes Projekt ist das Parkhaus Mitte. Wir haben das Sparkassengelände Am Brill, das sich auch eine Zeit lang verschleppt hat, und wir haben das Problem der massiven Geschäftsschließungen. Ich habe mein Büro direkt an der Sögestraße. Gefühlt ist da alle zwei Wochen ein neues Geschäft geschlossen, dann zieht da vorübergehend irgendetwas ein, und dann ist es wieder weg, und die Scheiben sind abgeklebt. Das ist nicht besonders attraktiv, um da einkaufen zu gehen oder sich überhaupt in der Innenstadt zu bewegen. Da spielt natürlich Corona mit hinein, Schließungen, ganz klar, aber nicht nur, das ist nicht das Einzige.

Wir haben nach wie vor auch Probleme mit Sicherheit und Sauberkeit. Das ist ein Thema in der Innenstadt, natürlich, und es fehlt auch an attraktiven Rahmenprogrammen, beispielsweise stellt sich die Frage: Was bieten wir den Leuten außerhalb vom Einkaufen? Auch da schauen wir ja mittlerweile in die gleiche Richtung und sagen, es wird in Zukunft kein reiner Konsumbereich mehr sein. Einkaufen wird immer eine Rolle spielen, aber vielleicht nicht mehr ausschließlich. Wir reden auch über andere Nutzungsmöglichkeiten. Wir müssen den Leuten ein Angebot machen, dass sie auch außerhalb des Einkaufs oder neben dem Einkauf noch andere Sachen genießen können, dass sie dort ein Angebot haben, aber auch das haben wir nicht. Wir hatten jetzt vorübergehend ein Metallgerüst auf dem Domshof stehen, ich weiß nicht, ich fand es nicht besonders attraktiv, nicht besonders anziehend.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Kulturell wertvoll!)

Das ist jetzt wieder weg, jetzt ist da wieder nichts, also es wirkt nicht so, als hätten wir da wirklich eine Idee, wo die Reise gemeinsam hingehen soll.

Es fehlt letztendlich auch an Ankermietern. Auch das haben wir in anderen Städten, große Mieter, die die Leute anziehen. Das ist dann eben einmal der Apple Store, ob uns das gefällt oder nicht, auch das haben wir nicht. Bei allem Respekt, aber wegen irgendeines Ein-Euro-Ladens wird kein Mensch in die Innenstadt fahren und sagen, es lohnt sich, einmal in der Woche oder einmal im Monat dahinzufahren. Das wird nicht passieren. Darum muss man

sich bemühen, auch das gehört zur Wahrheit dazu, da kann man nicht darauf warten, dass sie nach Bremen kommen. Vielleicht ist in Bremen die Innenstadt aktuell auch leider nicht mehr so attraktiv, dass sich Ankermieter von sich aus bewerben und sie sich gegenseitig auf den Füßen stehen, sondern vielleicht müssen wir auch da einmal aktiv in die Akquise gehen und versuchen, sie wirklich hierherzubekommen. Das gehört auch dazu.

(Beifall FDP)

Letztendlich sehen wir aber, dass einfach nichts passiert. Wir reden jetzt, zumindest, seit ich jetzt seit bald drei Jahren in der Bremischen Bürgerschaft bin, über das Thema konsequent immer wieder, die Ideen sind immer die gleichen, und trotzdem geht nichts voran. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir irgendwann nicht mehr in diesem Hause über das Thema sprechen müssten, weil wir Fortschritte haben, weil wir sagen, es passiert endlich etwas, aber an dem Punkt sind wir noch nicht, und wir verlagern die Debatten – und das gehört dann auch zur Wahrheit dazu – manchmal auf so Seitenthemen über das Thema autofreie Innenstadt.

Wir sind da auch okay mit, dass man die Kern Innenstadt autofrei macht, aber uns muss doch klar sein, dass wir vor 30, 40 Jahren viel mehr Verkehr in der Innenstadt hatten und trotzdem viel mehr Besucherinnen und Besucher, also das wird offensichtlich nicht das Kernproblem sein. Das ist ein Baustein, der wird seinen Teil dazu beitragen, aber einzig und allein permanent über die Frage zu sprechen, wo dürfen in Zukunft noch Autos im Innenstadtbereich entlangfahren oder nicht, und welche Straße sperren wir und welche nicht, das ist eine Diskussion, die, glaube ich, nicht das Kernproblem unserer Innenstadt berührt.

(Glocke)

In diesem Sinne: Ich werde mich gleich noch einmal zu einem zweiten Beitrag melden, weil ich noch ein paar andere Themen habe, die ich gern ansprechen möchte, aber ich glaube, die Probleme sind deutlich komplexer, und wir müssen einfach schlichtweg jetzt langsam einmal ins Handeln kommen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CDU liegt schon ein bisschen länger, wir haben darüber gesprochen, und ich glaube, an manchen Stellen ist er auch schon ein bisschen überholt durch das, was auch schon passiert ist. Ich sage aber einmal, mit Blick auf die aktuelle Situation, finde ich, passt er in diese Woche doch auch ganz gut, gerade mit Blick auf die neuen Entwicklungen beim Parkhaus Mitte, denn jetzt gibt es in einem der zentralen Projekte endlich wieder Bewegung und Fortschritt.

In einem Werkstattverfahren wird die Gesamtentwicklung für das Areal geplant, wobei auch eine Machbarkeitsstudie für den Erhalt der Kaufhof-Immobilie mit in den Blick genommen wird, was eine Trennung angeht. Man muss das immer bewerten, wie es auf die Attraktivität der Innenstadt wirkt, aber natürlich wäre es auch für die graue Energie an dem Bereich durchaus ein Beitrag für den Klimaschutz.

Was mir ein bisschen zu kurz kommt, ist immer – es klang ein bisschen bei Herrn Schäck an –, die City hat mit ihren fast 50 000 Arbeitsplätzen für den Bereich Einzelhandelstourismus, Kultur und Gastronomie eine zentrale Bedeutung für den Arbeitsmarkt hier in Bremen. Deswegen finde ich es auch so ein wichtiges Signal, dass wir an so einem Projekt wie dem Parkhaus Mitte jetzt weiterkommen, aber ich finde, man muss auch einmal ganz ehrlich sagen, dass das jetzt so lange gestockt hat und es so lange eine Pause bei dem Projekt gab, lag eben maßgeblich auch an den privaten Investoren und einmal nicht an der öffentlichen Hand. Das muss man hier in dem Bereich auch einmal deutlich so sagen, dass ja nicht immer alles nur in unserem Problembereich der öffentlichen Verwaltung liegt.

Der Antrag ist aber nach wie vor aus meiner Sicht fixiert auf die Fragestellung, wie locken wir Kundschaft in die Innenstadt, damit der große Einzelhandel floriert. Auch bei Herrn Schäck, fand ich, klang das auch ein bisschen entsprechend an. Das überschätzt aber die Möglichkeit der Innenstadtentwicklung gewaltig, und es unterschätzt die Tatsache, dass der Funktionswandel der Innenstadt maßgeblich auch durch die weiter überhöhten Preisvorstellungen der Eigentümer blockiert wird.

Entscheidend ist aus unserer Sicht stattdessen die Frage: Wie ändern wir die soziale Zusammensetzung der Innenstadt? Das ist die Voraussetzung für eine funktionierende Innenstadt unter den heuti-

gen Bedingungen. Ich möchte das an drei folgenden Eckpfeilern deutlich machen: zum einen dem Innenstadtcampus, dem Wohnen in der Innenstadt und einem attraktiven Innenstadtleben. Der erste Eckpfeiler dafür ist zweifellos, einen zweiten Standort der Uni in der Innenstadt zu eröffnen, die alte Ein-Campus-Orientierung zu ändern, die Gesellschaftswissenschaften in die Innenstadt zu verlegen. Damit ändert sich automatisch auch, wer sich dort aufhält, und es entstehen ganz neue Dynamiken für die Entwicklung der Innenstadt. Das muss nicht zwingend mit dem Sparkassengebäude erfolgen, wichtig ist aber, für einen Wissenschaftsstandort in der Innenstadt muss öffentliches Eigentum begründet werden.

(Beifall DIE LINKE)

Da kann man nicht nur mieten. Die Verhandlungen über eine gemeinsame Eigentums-gesellschaft sind da ein Fortschritt, aber es gibt auch andere Immobilien, die infrage kommen. Hier muss in der Tat bald – und das sage ich auch im Hinblick auf Eile – eine Grundsatzentscheidung gefällt werden, und öffentliches Geld sollte hier auch zu öffentlichem Eigentum führen.

(Beifall DIE LINKE)

Der zweite Eckpfeiler ist, mehr Wohnraum in der Innenstadt zu schaffen. Nur so gibt es eine Innenstadt, wo nach Ladenschluss auch immer noch etwas los ist. Da kann man noch so viele temporäre Programme auflegen, da kann man die Sachen bespielen, aber ein Stadtteil lebt abends nur, wenn da auch genügend Leute wohnen, auch in den unterschiedlichen Miet- und Preisklassen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich sage einmal an diesem Punkt, das Lösen der Probleme des Brandschutzes muss jetzt endlich einmal vorrangig angegangen werden und ist vielleicht auch wichtiger für die Stadtentwicklung, als die Fußgängerzone in der Knochenhauerstraße auszubauen. Ein entsprechender Bebauungsplan muss her. Der Planaufstellungsbeschluss von 2011 hat uns bisher ja leider nicht die Entwicklungen und den Erfolg gebracht, die wir uns gewünscht hätten. Wohnen in der Innenstadt kommt nur, wenn es planungsrechtlich auch möglich gemacht wird, und das muss jetzt endlich auch einmal Priorität haben.

(Beifall DIE LINKE)

Der dritte Eckpfeiler ist ein attraktives Innenstadtleben: Außengastronomie, konsumfreie Sitzmöglichkeiten, offene Plätze, mehr öffentliches Grün, dann muss es auch öffentliche Toiletten geben und Trinkwasserbrunnen. Das sind materielle Voraussetzungen dafür, dass sich Leute im öffentlichen Raum aufhalten, von Touristen bis hin zu Anwohnern. Das stellt keine unüberwindlichen Planungs- und Investitionskosten dar, das kann man angehen, und das ist auch nicht besonders teuer.

(Glocke)

Ein Minütchen noch!

Präsident Frank Imhoff: Nein, keine Minute mehr, Herr Abgeordneter! Wenn Sie noch einen Satz sprechen wollen, können Sie das gern machen!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Nein, einen Satz noch! Deshalb noch einmal abschließend: Drei Eckpfeiler, lebendiges attraktives Grün, Innenstadtcampus und ein Innenstadtwohnen und -leben, das ist gut für die Menschen und für die bremische Wirtschaft und auch für die Umwelt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will noch einmal zwei, drei grundsätzliche Sachen sagen, denn es ist wieder einmal so viel Unsinn geredet worden, und es tut mir leid: Lieber Herr Stahmann, ich schätze Sie ja wirklich, aber von diesem Medium haben Sie einfach keine Ahnung! Dass Sie Märkte nicht erkennen, macht nichts! Dass Sie auf die Entwicklungen von Innenstädten nicht rechtzeitig reagieren oder das gar nicht verstehen, macht nichts, aber dann bitte halten Sie sich doch an Leute, die es verstehen!

(Beifall CDU)

Wenn man sich einmal das Beispiel der Brüder Schapira ansieht, wie feige und mutlos der Senat da gehandelt hat, das ist beschämend! Wir hätten da wirklich ein Gebäude hinbekommen, wofür Leute wegen der Architektur nach Bremen gekommen wären.

(Beifall CDU)

Und was machen wir? Nein, unser Dorf soll nicht so groß werden! Um Gottes willen, das ist doch Unsinn!

Das nächste Thema: Das ist doch alles Unfug, jetzt zu sagen, Herr Zech bekommt das nicht refinanziert. Ja, weil er von der Zeit überrollt wurde! In anderen Städten waren sie schlauer. Man hätte viel früher das Parkhaus Mitte infrage stellen müssen, denn 2010 wäre es nämlich gut gegangen. Da war nämlich noch der Kapitalmarkt ein ganz anderer, denn durch die Finanzkrise ist wegen der Nullzinsen massiv Kapital in den Beton gegangen.

Dass Sie aber nicht agieren und es nicht verstehen, macht nichts, aber die Reaktion wie eine Schnecke, wenn dann Investoren in diese Stadt kommen und sagen, ich möchte hier ein paar Hundert Millionen Euro investieren: Wie geht man denn mit Herrn Jacobs um? Wie ist man denn mit den Brüdern Schapira umgegangen? Da ist komplettes Versagen, und das ärgert mich, dann können Sie sich an solchen Kleinigkeiten hochziehen! Okay! Jetzt kam Corona, jetzt kam online, und irgendetwas gab es ja immer für Ausreden. Jetzt sind da gute Gespräche.

Jetzt komme ich zu einem Thema, bei dem wir im Prinzip als Stadt schnellstmöglich hätten reagieren können, um Highlights in dieser Stadt zu schaffen. Wir haben das Jahr 2020, wir sind im Sommer, wir haben coronabedingt große Ausfälle und so weiter. Der Bürgermeister beruft einen Innenstadtgipfel ein, und es werden 15 Millionen Euro, glaube ich, oder etwas über 14 Millionen Euro ausgelöst, um diese Innenstadt, sage ich einmal, so weit zu stabilisieren, dass der Schaden nicht ganz so groß wird. Was wird dann mit dem Geld gemacht? Es wird verschwendet. Das Internet, das Sie da bezahlen, ist immer noch nicht da, und die Bremer Stadtmusikanten auf dem Fußboden sind auch verschwunden, das Klettergerüst ist auch verschwunden.

Wir haben damals einen konkreten Vorschlag gemacht, wie man den Domshof wirklich attraktiv entwickeln kann. Das Thema war ja einmal so eine Art Viktualienmarkt. Mit sechs Millionen Euro hätten wir ihn wirklich hochattraktiv machen können, und über den Domshof reden wir schon seit zehn Jahren. Christian Weber hat damit –. Robert Spies wollte da entwickeln. Es ist nichts passiert. Warum? Weil keiner den Mut hatte, hier einmal zu sagen, liebe Bezieher des Wochenmarktes, wir machen das jetzt so, so oder so, fertig, aus! Es gibt nach wie vor gute Leute in dieser Stadt, die das umsetzen

können, aber sie haben keine politische Rückendeckung. Das ist das Problem, und deswegen passiert nichts.

(Beifall CDU)

Da können wir uns noch über das oder das oder das unterhalten. Ja, ich weiß auch, ich habe das auch alles verstanden mit Corona und so weiter. Ich weiß, dass im Moment der Kapitalmarkt Gift für den Einzelhandel ist, und ich weiß auch, dass der Einzelhandel ein massives Problem hat. So, wie wir ihn kennen, wird es ihn wahrscheinlich nicht wieder geben, aber trotzdem, jetzt zu glauben, dass wir die Innenstadt nur über Wohnen und lustige konsumfreie Räume beleben, ist ein Irrtum. Der Einzelhandel wird nach wie vor noch ein wichtiger Bestandteil für jede Innenstadt sein. Das ist Fakt, und das müssen wir stabilisieren.

Da geht es ja schon los mit dem Brill: Jetzt hat man die Brüder Schapira weggejagt und gesagt, wir machen einmal wieder ein bisschen kleine Häuschen, wir entwickeln den Brill und machen jetzt einen Komplex mit der Uni. Das hätte doch alles viel schneller gehen können! Ich meine, was machen wir jetzt mit der Hochschule? Sie braucht unbedingt Raum, und die verlagern wir jetzt in das Bettenhaus. Warum haben wir denn die Hochschule da nicht in das Gebäude Am Brill genommen? Warum muss es denn die Uni sein, die gar nicht will? Man soll Menschen dazu nicht zwingen! Ich glaube, mit der Hochschule zusammen hätte man da auch etwas entwickeln können, und wenn man sich mit der Rektorin einmal unterhält: Wer glaubt, dass Studenten in der Innenstadt jetzt massiv die Innenstadt beleben, der begeht den zweiten und nächsten Irrtum.

Studenten suchen sich ihre Räume selbst, wo sie sich aufhalten, wo sie sich abends treffen, wo sie etwas machen, das kann ihnen nicht vorgegeben werden. Es ist aber eine Belebung, auch für die Arbeitsplätze, keine Frage, aber wir müssen es endlich einmal machen. Das ist das, was mich ärgert, und das ärgert mich jetzt schon seit zehn Jahren, und es wird immer schlimmer, und ich habe immer den Eindruck, ich rede hier wie ein Feuerlöscher. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Strohmann, ich versuche einmal, Maß zu nehmen an dem, was Sie aufgeschrieben haben, wenn es Ihnen recht ist! Punkt eins: ein städtebauliches Konzept unter Einbeziehung der privatwirtschaftlich geplanten CityGalerie zwischen Brill, Domshof, Am Wall und Martinistraße vorlegen.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Machen Sie das! Jetzt erläuterte ich gerade, dass diese CityGalerie sich offenkundig nicht so flott entwickelt, wie wir uns das gemeinsam vorgestellt haben. Die Vorstellung, man würde jetzt ein städtebauliches Konzept entwerfen, das sich darauf stützt, ist schlicht und einfach in den Wind – –.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Ja, nun halten Sie einmal einen Moment an! Wenn Sie sich nun die Mühe machen, in das Vertiefungskonzept Innenstadt hineinzuschauen, das im Übrigen von der Handelskammer mitgetragen wird, von diesem Aktionsbündnis Innenstadt mitgetragen wird, das in der entsprechenden Deputation ordentlich beschlossen worden ist, dann steht darin, wie sich genau an dieser Stelle rund um dieses Thema Karstadt/Parkhaus/Galeria Kaufhof und so weiter das Wegesystem entwickeln soll. Es ist da aufgezeichnet. Weil aber die Autoren dieses Innenstadtkonzepts wussten, dass man das nicht einfach bestellen kann, indem man sagt, jetzt machen wir einmal hier durch dieses Gebäude einen Schlitz und legen da einen Weg entlang, haben sie eine Sprache gewählt, eine Bildkonzeption entwickelt, die deutlich macht: Das wäre ein Gewinn, in diese Richtung soll das laufen, es ist aber ein anpassungsfähiges, ein bewegliches Konzept. Das ist vernünftig, weil eine Stadt eben nicht, wie die CDU manchmal fantasiert, ein planwirtschaftliches Projekt ist, sondern es in so einem anspruchsvollen Dialog mit vielen anderen Akteuren ausgehandelt werden muss.

Dann arbeiten Sie toll am nächsten Punkt: den Handelskomplex zwischen Sögestraße, Obernstraße, Hanseatenplatz und Knochenhauerstraße und Umgebung unter Vermeidung abweisender Rückseiten entwickeln. Ich meine, der Bart ist ja mühsam aufzurollen, den Sie an dieser Forderung haben. Wir alle haben immer gesagt, dass diese Welt da hinten schlimme Rückseiten hat und dass diese Pelzerstraße/Kleine Hundestraße schlimm ist.

Deshalb arbeiten wir ja daran, diesen Komplex zu verändern, und Sie erinnern uns nun daran, man solle auf seine Rückseite achten. Dieser Beitrag zur Innenstadtdiskussion ist bescheiden.

Dann sagen Sie, man solle den motorisierten Autoverkehr aus der Pelzerstraße herausnehmen. Noch ist das die Zufahrt zum Parkhaus. Ich erinnere daran: eine tolle Forderung, das kann man einmal machen, sie ist aber das Papier nicht wert, solange die Verhältnisse sind, wie sie sind!

(Beifall SPD)

Ja, es tut mir leid!

Dann schreiben Sie: attraktive Laufwege von der Obernstraße zur Schlachte, Barrierewirkung Martinistraße. Keine Frage! Wir arbeiten mit diesem etwas zugegeben mühseligen Prozess eines Verkehrsversuchs genau daran, diese Frage abschließend zu beantworten, wir halten Sie auf dem Laufenden. Dann wird hier Stellung genommen zum Thema Balgequartier, darauf beziehen Sie sich, ich erläuterte gerade, wie wir damit umgehen. Insofern, der Bart geht noch lange – ich habe noch ein- einhalb Minuten Redezeit –, aber Sie tragen zur Lösung der Probleme einfach nicht bei, das ist das Problem!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Als Sie den Text vor zwei Jahren formuliert haben, war er schon furchtbar banal, jetzt ist er nur noch unangemessen, und da würde ich einfach an Ihrer Stelle nicht ganz so viel Phon in die Stimme legen, wenn Sie sich darüber empören, was der Senat so macht. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, nichts!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns einig, dass die Probleme der Innenstadt vielfältig sind, und – das hat Herr Bücking, glaube ich, beschrieben – es gibt durchaus Bereiche in der Innenstadt, die wir nicht so einfach gelöst bekommen. Der gesamte ehemalige Galeria-Kaufhof-Komplex, alles, was sich darum an Seitenstraßen befindet, der Bereich zwischen ehemals C&A, wo dieses Klettergerüst steht, das ist alles nicht attraktiv. Da will man sich nicht aufhalten, es

ist nicht schön, es ist nicht angenehm. Das ist aber auch nicht etwas, was wir sofort innerhalb der nächsten Monate oder ein bis zwei Jahre sofort geklärt bekommen oder dass da auf einmal ein neuer Platz entsteht; ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.

Was mich aber irritiert, ist, dass in den Bereichen, in denen man sofort aktiv werden könnte, nichts passiert. Das ist eine Aufgabe für die nächsten 15 bis 20 Jahre sicherlich, die Projekte haben unterschiedliche Vorlaufzeiten, es wird sich hinziehen, aber es gibt Bereiche, da könnte man sofort aktiv werden. Über den Domshof, dass man dort irgendwie eine Art – Sie haben es gerade gesagt – Viktualienmarkt machen kann, mit was auch immer, Buden, in denen man Sachen kaufen kann, und abends mit Weinausschank und Essen und Getränken, haben wir schon gesprochen, ja, das finden wir alle gut. Was passiert denn dann in solchen Sitzungen? Nicken Sie sich alle zu und sagen, das müsste man einmal, ja, das stimmt, das müsste man einmal, und dann gehen alle nach Hause?

Warum läuft da nicht einmal jemand los und sagt, wir sprechen mit den ansässigen Lokalen, mit der Markthalle, mit dem Alex, was auch immer dort alles ist, mit den Marktbetreibern, dass man sie einmal einbezieht und sagt, wir haben eine Idee, wie sieht es denn aus, wie können wir das in den nächsten paar Monaten bewerkstelligen? Warum geht das nicht voran? Warum schafft man es nicht, dort einmal wirklich ein Angebot zu schaffen und etwas zu verändern? Das ist für mich unbegreiflich.

(Beifall FDP, CDU)

Da braucht man auch nicht die großen Projekte wie Kaufhof ins Feld zu führen, das ist keine Frage, aber dass man an der einen Stelle, an der man sehr schnell etwas verändern könnte, nicht vorankommt, wird immer damit erklärt, dass ja andere große Projekte leider gar nicht so schnell vorangehen. Dass man den Domshof nicht entwickelt bekommt, wo man sehr schnell, glaube ich, mit ansässigen örtlichen Händlern und so weiter etwas machen könnte, kann man nicht damit erklären, dass man das Problem mit Galeria Kaufhof wahrscheinlich – und da sind wir, glaube ich, auch alle einer Meinung – nicht in den nächsten zwölf Monaten gelöst bekommt. Das sind zwei unterschiedliche Themen. Das eine ist nachvollziehbar, für das andere habe ich keinerlei Verständnis, und das ist die Bräsigkeit, die diese Stadt komplett lähmt.

(Beifall FDP, CDU)

Das zweite Thema, und das hat Herr Tebje eben gesagt, ist richtig: Wir werden eine Veränderung der Nutzung erfahren. Wir reden auch alle schon längere Zeit darüber, dass das Thema Wohnen in der Innenstadt vielleicht einen größeren Raum einnehmen soll. Uns muss aber auch klar sein, dass das natürlich gewisse Probleme mit sich bringt: Wenn wir auf der einen Seite sagen, wir wollen dort meinetwegen mehr Wohnen ermöglichen, auf der anderen Seite soll dort aber auch weiterhin noch Handel existieren, gleichzeitig aber wollen wir Anlieferverkehr tagsüber eigentlich aussperren, der soll nachts kommen, ich weiß nicht, ob ich da eine Wohnung haben wollen würde, wo dann nachts um 4:00 Uhr der Lkw rückwärts hupend einfährt. Ich weiß auch nicht, ob ich dann dort wohnen möchte, wenn gleichzeitig gefordert ist, dass wir dort mehr Gastronomie, dass wir dort mehr Konzerte, vielleicht auch mehr Festivals auf dem Domshof haben. Wir kommen da in gewisse Zielkonflikte hinein, und die müssen wir klären.

Ein drittes Thema, das mich durchaus beschäftigt, ist die Frage nach Lösungsansätzen für Probleme, bei denen wir alle bei der Erkennung der Probleme einer Meinung sind, aber niemand hat eine Idee für die Lösung. Dass die Innenstadt autoärmer/autofrei werden soll, wie auch immer man das definiert, da sind wir einer Meinung. Ich habe aber in sämtlichen Papieren bisher keinen Vorschlag gelesen, wie beispielsweise Menschen aus Oberneuland oder aus Borgfeld oder von wo auch immer mit dem Auto an die Innenstadt heranfahren sollen. Es gab irgendwelche Ideen, die könnten ja dann auf der Bürgerweide parken. Ich sehe ehrlich gesagt die Menschen nicht von der Innenstadt/von der Sögestraße mit vollen Einkaufstaschen durch den Innenstadtbereich, durch die Bahnhofsvorstadt und durch den Bahnhof selbst bis zur Bürgerweide laufen.

Wenn wir diesen Bereich wirklich autoärmer, vielleicht sogar autofrei haben wollen – auch da müssen wir das Thema Wohnen noch einmal mitdenken, es kann durchaus sein, dass Menschen, die dort eine Wohnung kaufen, die sich dort niederlassen, sagen, ich brauche aber trotzdem ein Auto, wie löst man das –, dann müssen wir aber Ideen entwickeln, wie wir die Probleme lösen. Wir können nicht immer nur formulieren, was wir alles nicht haben wollen und was in Zukunft anders sein soll, sondern wir müssen auch einmal Lösungen anbieten, was wir stattdessen machen.

Wenn wir erreichen wollen, dass nicht immer mehr Menschen in das Umland fahren und auch ihre

Umsätze nach Niedersachsen tragen, dann werden wir nicht darauf verzichten können, dass Menschen in irgendeiner Form an die Innenstadt heranfahren müssen, um dort ihr Auto abzustellen. Insbesondere, wenn wir sagen, die Innenstadt soll autofrei werden, dann betrifft das das Parkhaus Katharina, das Parkhaus Mitte und so weiter. Das sind wunderbare Orte, mit denen man sicherlich ganz andere Dinge machen kann, wenn sie vielleicht irgendwann einmal weg sind, aber wir müssen Ideen haben, wo die Leute dann parken können.

Ich sehe da nicht die Menschen bei Saturn ihr neues MacBook kaufen und es dann durch diese Bahnhofsvorstadt, durch den halben Bahnhof bis zur Bürgerweide tragen. Das wird nicht passieren, und dazu höre ich einfach nichts. Ich höre immer nur, was alles nicht kommen soll, aber es gibt keine Ideen, keine Vorschläge, was man stattdessen haben möchte und wie man das Problem lösen kann. Das ist eine der großen Herausforderungen dieser Debatten, die wir hier immer wieder haben: ganz viel darüber, was alles wegsoll, was alles heraus soll, aber keinerlei Vorschläge, wie man es denn stattdessen lösen kann. Ich glaube, da muss die Koalition auch einfach bessere und mehr Antworten liefern. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte ist doch abstrus, und die Widersprüchlichkeit ist doch an vielen Stellen gar nicht zu überbieten, Herr Schäck!

(Zuruf Thore Schäck [FDP])

Zur CDU komme ich gleich, ich habe ja noch Zeit!

Zum einen: Habe ich es richtig verstanden, dass es in der Innenstadt keinen Apple Store gibt? Nach meiner Kenntnis gibt es einen in der Knochenhauerstraße. Es ist vollkommen richtig, dass vielleicht vor 30, 40 Jahren mehr Autos da waren und mehr Publikum, wir hatten aber andere Verhältnisse, zum Beispiel keinen Onlinehandel. Also, ein paar Dinge haben sich schon geändert, aber es ist natürlich ein Widerspruch, wenn Sie hier sechsmal sagen, man kann nicht immer nur blockieren, und man muss auch einmal etwas machen, und auf der

anderen Seite sagen, aber wohnen in der Innenstadt, ich weiß nicht, ob ich da hinziehen würde, denn die Gaststätten sind so laut. Was ist das für eine Argumentation?

(Beifall SPD – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Gehen Sie einmal in andere Städte! In Hamburg gibt es Ecken, in denen an jeder Straßenecke eine Kneipe ist, und da ist es auch laut. Wir wollen Wohnen in dieser Innenstadt, wir wollen einkaufen, und es ist nicht so, dass – nach Aussage von Herrn Strohmann – der ganze Einzelhandel aus der Innenstadt heraus soll. Wir sind uns in dem Ziel einig, dass Einzelhandel nicht das Einzige sein kann. Wir sind uns alle einig in diesem Haus, dass man auch Wohnen will, und dann kann man nicht gleich die Zweifel streuen, ob ich da hinziehen will oder nicht.

Jetzt zur CDU!

(Heiterkeit SPD)

Noch einmal zur Erinnerung: Der Antrag ist vom 19. November 2019. Herr Strohmann, ich bin ein großer Freund dieser Emotionalrhetorik – ich fand da Herrn Röwekamp besser, aber in Ordnung! –,

(Heiterkeit SPD)

aber ein bisschen Inhalt wäre ja nicht schlecht,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Dann müssen Sie zuhören!)

und dann bitte nicht so widersprüchlich! Man kann doch nicht sagen, seit dem 19. November 2019 wäre hier nichts passiert, der Senat und die Regierungskoalition hätten nichts gemacht, und dann fängt man an,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: 2019! 2019! 2019!)

fünf Minuten lang all das in Grund und Boden zu reden, was seit 2019 passiert ist, nämlich alle Initiativen: Ob es der Brill ist, ob es der Domshof ist, ob es das Gerüst ist, ob man da temporär Attraktivität macht, das wird alles in Grund und Boden geredet.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Der Eingangssatz des Fraktionsvorsitzenden der CDU war: Warum lehnen Sie eigentlich immer alle unsere Anträge ab? Ich kann dazu eine Erklärung

geben: Wir lehnen die Anträge dann nicht mehr ab, wenn Sie nicht alles schlechtreden, was in dieser Regierung passiert. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stahmann, Sie haben mich ja eben gerade noch einmal angesprochen, deswegen dachte ich einmal, ich stelle es doch noch einmal klar!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Strohmann, nicht Stahmann!)

Nicht Stahmann, Herr Strohmann! Nicht zu verwechseln, inhaltlich auch gar nicht zu verwechseln, das ist mir völlig klar!

Ich habe nicht gegen den Einzelhandel in der Innenstadt gesprochen, dann haben Sie mich auch komplett falsch verstanden,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

sondern ich habe gesagt, entscheidend ist, dass wir die Dinge vorantreiben, damit sich die Innenstadt tatsächlich verändert, und dass wir die Voraussetzung schaffen, dass sich die Innenstadt verbessert, und zwar für die Menschen und nicht für die Investoren, denn die These ist ja genau das Gegenteil: dass wir erst dadurch, wenn wir diese Veränderung schaffen, auch wieder eine Stärkung des Einzelhandels und auch der Arbeitsplätze und der Attraktivität der Arbeitsplätze in der Innenstadt ermöglichen. Das noch einmal dazu, damit das völlig klar ist!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das habe ich verstanden!)

Herr Schäck, Herr Stahmann hat mir ja schon vieles vorweggenommen. Sie haben gerade von den Zielkonflikten gesprochen. Natürlich gibt es die Zielkonflikte, wenn Sie in der Innenstadt Wohnen machen. Die haben wir aber überall, wo wir über urbanes Wohnen sprechen, sonst bräuchten wir uns darüber auch keine Gedanken zu machen, denn die Zielkonflikte sind nun einmal in der Stadt, und ich sage einmal, es kommt ja darauf an, dass wir entsprechende Zielgruppen ansprechen, die dort auch wohnen wollen. Ich glaube, die gibt es, und

das hat, glaube ich, Herr Stahmann doch eben gerade auch schon deutlich gesagt.

Wenn Sie sagen, wenn ich da einkaufe, will ich die Sachen ja irgendwie auch mitnehmen: Ich habe letztes in der Innenstadt meine Waschmaschine gekauft. Die habe ich nicht mitgenommen, die habe ich mir liefern lassen. Das geht eigentlich ganz einfach, und dann geht auch Einzelhandel in der Innenstadt, Herr Schäck. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bremer Innenstadt steht in der Tat vor enormen Herausforderungen, auch noch einmal verstärkt durch die Coronapandemie. Das steht sie aber nicht allein. Ich weiß nicht, wo Herr Strohmann ist, aber –.

(Zuruf)

Oh ja! Vielleicht hört er einmal zu!

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Das freut mich, Herr Strohmann! Bremen ist da kein Einzelfall, und deswegen beschäftigt sich zum Beispiel auch die Bauministerkonferenz ausgiebig mit diesem Thema, weil fast alle deutschen Innenstädte vor dem gleichen Problem stehen wie die Bremer Innenstadt, Herr Strohmann, und deswegen, finde ich, sollte man das der Fairness halber einmal erwähnen.

Was sind denn die Herausforderungen? Das sind Rahmenbedingungen wie der demografische Wandel, ein dynamischer Strukturwandel, ein verändertes Konsumverhalten, zum Beispiel durch den Onlinehandel. Das war vor 40 Jahren eben anders. Da sind alle zu Karstadt gelaufen, heute sitzt man mit dem Laptop auf dem Sofa und bestellt da. Der Tag, an dem am meisten konsumiert wird, ist der Sonntag, der Sonntagabend im Übrigen.

(Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

Es gibt übrigens auch Auswirkungen des Klimawandels, viele andere Faktoren. Deswegen, die

Welt ändert sich, und die Innenstädte ändern sich, und deswegen muss auch gehandelt werden, die Ansprüche an eine zukunftsfähige und klimagerechte Mobilität sowie an die Aufenthalts- und Erlebnisqualität verändern sich.

Der Bremer Senat – und insofern finde ich diesen Vorwurf nicht gerechtfertigt, man würde sich nicht kümmern, man hätte sich noch nie gekümmert, und es wäre der totale Stillstand – hat schon 2019 reagiert und die Vertiefung des bestehenden Innenstadtkonzepts auf den Weg gebracht und im November 2021 beschlossen.

Dieser Prozess, das ist mir immer wichtig, wurde parallel mit der Vertiefung des VEP, über den wir vorhin geredet haben, durchgeführt, und das, das will ich einmal betonen, hat der Bremer Senat angefangen, und zwar noch vor Ausbruch der Coronapandemie, und er hat die Initiative ergriffen. Deswegen wird in der Bauministerkonferenz, Herr Strohmann, Sie können den Kopf schütteln, die Bremer Innenstadt als ein Positivbeispiel genannt, weil wir nämlich schon vor der Coronapandemie die Probleme erkannt haben und ein Innenstadtkonzept mit einem großen Beteiligungsprozess aufgegleist haben, wo andere Innenstädte sich jetzt gerade erst – auch CDU-geführte Innenstädte übrigens! – auf den Weg machen.

Die Strategie Centrum Bremen 2030+ wurde im Oktober im Senat behandelt und Anfang November in einer gemeinsamen Sonderdeputation des Wirtschafts- und des Bauressorts beschlossen. Es ist also falsch zu behaupten, es würde überhaupt kein Konzept für die Innenstadt geben. Ich empfehle Ihnen die Lektüre dieses maßnahmenbezogenen Konzepts, und wir können uns auch über die Maßnahmen austauschen, aber so zu tun, als ob es uns nur darum ginge, eine bunte Broschüre zu drucken, Herr Strohmann, das finde ich jetzt ehrlich gesagt ein bisschen zu billig, vor allen Dingen, weil wir heute über Beteiligungsprozesse gesprochen haben, und es gab einen sehr großen Beteiligungsprozess.

Es ist eine Strategie. Es ist ein gemeinsames Projekt von SKUMS, also unserem, meinem Ressort, aber auch des Wirtschaftsressorts und der Handelskammer, Herr Strohmann. Wir haben die Handelskammer da mit eingebunden, sie ist Mitauftraggeber dieses Konzeptes, weil wir natürlich erkannt haben, dass die Innenstadt eng mit dem Handel verbunden ist und das Aktionsbündnis Innenstadt eben auch, und ich glaube nicht, dass Sie diesen Vorwurf auch der Handelskammer machen wollen.

Wir nehmen die Weiterentwicklung einer lebendigen Mitte Bremens zwischen Wall und Weser in die Hand, und wir haben mit Herrn Zillich und dem Projektbüro Innenstadt einen weiteren Akteur, meine Damen und Herren. Zudem sind viele weitere Akteur:innen Bremens einbezogen worden und haben ihre Ideen eingebracht. Die Politik – zumindest die interessierten Fachressorts –, Schlüsselakteure wie Eigentümer:innen, Kulturschaffende, Gewerbetreibende, Anrainer, Interessenverbände und Initiativen waren über verschiedene Kommunikations- und Arbeitsformate eingebunden, viele Tausend Bremerinnen und Bremer, Herr Strohmann, die ihre Ideen eingebracht haben. Bürger:innen wurden sowohl vor Ort als auch in einem umfassenden Onlineformat beteiligt. Das war Corona geschuldet, aber am Ende ist eine Lehre auch, dass sich bei diesen Onlineformaten sehr viele Menschen beteiligen, die vielleicht gar nicht zu irgendeiner Veranstaltung in Präsenz gekommen wären.

Ich möchte sagen, mir persönlich ist es besonders wichtig, dass gerade junge Menschen miteinbezogen werden, denn nur mit deren Unterstützung und der Berücksichtigung ihrer Belange kann es uns gelingen, eine lebendige Innenstadt zu schaffen, und sie sind eben auch die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer der Innenstadt. Bisher sind die Angebote in dieser Innenstadt viel mehr auf ein älteres Publikum ausgerichtet, und es gibt zu wenig Angebote für junge Menschen, und wenn man sich anschaut, was sind die Ideen, die junge Menschen hineingebracht haben, was sind auch die Bedürfnisse von denen, die sich beteiligt haben, dann sind das neben Geschäften, und zwar attraktiven Geschäften, vor allen Dingen auch Events. Es ist auch nicht so, dass hier noch nie etwas stattgefunden hätte, Herr Schäck. Es ist aber – weil Sie gesagt haben, Sie sind jetzt seit drei Jahren in der Bremischen Bürgerschaft, wir haben jetzt über zwei Jahre Corona gehabt! – mit Events ein bisschen schwierig.

Wir haben aber Umfragen gemacht, warum kommen die Menschen heutzutage in die Innenstadt, und das Thema Nummer eins ist nicht mehr Shopping, das können sie auch online. Sie gehen in die Innenstadt für Events, da haben Sie absolut recht. Was ist das Event Nummer eins? Es ist nach wie vor der Weihnachtsmarkt. Die Menschen gehen wegen des Weihnachtsmarktes dorthin,

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

und da kommen sie aus ganz Deutschland hierher.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Wir haben La Strada, wir haben den Sambakarneval, wir haben Konzerte, auch von Danger Dan im Übrigen, das mag vielleicht nicht Ihr Geschmack sein, aber es hat den Geschmack von vielen jungen Leuten getroffen, und wir brauchen noch mehr solcher Events, meine Damen und Herren. Das ist das, was junge Leute vor allen Dingen anspricht, aber auch andere.

Die politischen Akteur:innen sind über den gesamten Zeitraum hinweg eingebunden gewesen, beispielsweise in den Deputationen, natürlich im Beirat Mitte, aber auch bei Treffen und Veranstaltungen für Fachpolitikerinnen und -politiker wie den Table Talks oder den Vertiefungsworkshops, und in der ressortübergreifenden Begleitrunde waren neben den federführenden Fachressorts die Senatskanzlei, der Senator für Kultur, das Ortsamt Mitte, die Handelskammer und die Wirtschaftsförderung konstant in den Prozess eingebunden, und was mir auch wichtig ist, wir haben es eben mit dem VEP zusammen konzipiert.

Jetzt, Herr Schäck, muss ich einmal – –. Ich wollte gar nicht so ins Detail gehen, aber weil Sie gesagt haben, wo sollen die Menschen mit dem Auto aus Oberneuland hin: Jetzt würden wahrscheinlich Herr Saxe oder Herr Bruck sagen, sie sollen gar nicht mit dem Auto kommen, sondern am besten mit dem ÖPNV. Falls sie aber doch mit dem Auto kommen, dann können sie das auch jetzt schon machen. Wir haben das City Gate, da können Sie hier wirklich direkt am Bahnhof, und zwar in einem neuen Parkhaus, parken.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wunder schön!)

Es sind zwei Stationen, wenn Sie nicht laufen wollen. Sie brauchen drei Minuten, bis Sie in der Sögestraße sind, aber wenn Sie die drei Minuten nicht laufen wollen, dann sind das genau zwei Stationen, eine Kurzstrecke mit dem ÖPNV.

Im neuen ZOB werden gerade Hunderte von neuen Parkplätzen gebaut, auch da können Sie hin. Wir haben nach wie vor die anderen Parkhäuser, wir haben die Linie 11, sie wurde gerade erwähnt. – Es ist doch nicht so, dass Sie nicht mit dem Auto innenstadtnah parken können! Neben dem Parkhaus Herdentor, neben dem DB-Parkhaus, wir haben nach wie vor wirklich Parkhäuser und Parkflächen in Massen, selbst, wenn es eine autoarme oder autofreie Innenstadt gibt, und wir haben ein gutes

ÖPNV-Angebot, mit dem Sie entweder aus Oberneuland oder aus Horn oder aus Walle in die Innenstadt können, aber auch von diesen Parkhäusern bequem direkt in die Innenstadt kommen können.

Neben einem Konzept als gemeinsam getragenen Rahmen für die zukünftige Entwicklung unseres Zentrums bedarf es finanzieller Mittel und organisatorischer Ertüchtigung. Ich sehe hier ein bisschen die Zeit und weiß, Sie wollen auch alle Feierabend machen,

(Unruhe)

aber ich möchte das einmal sagen: Mein Haus hat 2021 aktiv an der Forderung um eine erhebliche Aufstockung der Bundesfinanzhilfen mitgewirkt und aktiv die Initiative einer Staatsrätearbeitsgruppe zur Entwicklung der Innenstadt begleitet. Wir haben im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ eine Förderung von bis zu 4,7 Millionen Euro Bundesmittel genutzt, und damit können wir auch einen Beitrag zur Transformation unserer Innenstadt leisten.

Jetzt will ich neben dem Konzept und den Finanzmitteln noch einmal etwas zu den Strukturen sagen, und zwar bezogen auf Schwerpunkträume. Ich möchte auch da nicht mehr ins Detail gehen, weil ich weiß, Herr Bücking und auch die anderen haben schon viel gesagt. Am Brill die Umgestaltung des ehemaligen Sparkassenareals und seines Umfelds als Nutzung für die Wissenschaft, das ist, um junge Menschen in die Innenstadt zu bringen. Dazu braucht man auch Fuß- und Radwegequerungen, aber da tut sich etwas, und es ist mitnichten so, Herr Strohmann, dass die Brüder Schapira vertrieben werden, denn sie sind ja nach wie vor mit der Stadt dabei,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Was sollen sie denn machen?)

ein Konzept für die Wissenschaft vor Ort zu entwickeln.

Dann sollen rund um das Erlebnis Weltkulturerbe die Baumwollbörse und die Glocke als Impulsprojekte weiterentwickelt werden. Straßen werden umgestaltet, die Fußgängerzone soll erweitert werden. Im Zentrum an der Weser soll es mehr Wohnen geben. Ja, da gibt es vielleicht Interessenkonflikte,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Schön, dass Sie das zumindest nicht leugnen!)

aber ehrlicherweise, im Viertel, wo viel passiert, wo viele Konzerte stattfinden, wo es Kneipen und Restaurants gibt, wo es Events gibt, wollen Leute wohnen und Wohnen in Massen, in der Neustadt genauso, also das eine, Herr Schäck, schließt das andere wirklich nicht aus.

Wir wollen mit der Mitte Bremen mehr Wohnen, eine Einkaufsmeile und Ansgarikirchhof und Hansseatenhof werden sich profilieren, ebenso wie das Torwallquartier als produktive Meile. Wir wollen – und deswegen sprechen wir gerade mit der City-Initiative – den Wall, die Wallanlagen als Boulevard weiterentwickeln, wir werden dort Querverbindungen aufwerten.

Jetzt will ich auch noch einmal etwas zu dem privatwirtschaftlichen Engagement sagen, weil hier auch eine ganze Menge passiert! Sie tun so, als ob nichts passieren würde, und das stimmt einfach nicht. Es gibt keinen Stillstand! Es tut sich gerade jetzt extrem viel in der Innenstadt, meine Damen und Herren – die Entwicklung des Balgequartiers wurde schon angesprochen –, mit dem Jacobs Haus und der Entstehung des Lebendigen Hauses, dem Umbau des Lloydhofs, dem Essighaus, auch das hatten wir gerade in der Deputation, in der Mitte Bremens.

Ja, ich bin froh, dass wir uns mit Herrn Zech einigen konnten. Das ist der Start des städtebaulich architektonischen Werkstattverfahrens in diesem Jahr im September für das Gesamtareal. Wir sehen uns das Parkhaus Mitte darin an, auch die Kaufhof-Immobilie, und es ist gut, dass es da jetzt auch eine gute Lösung gibt und sich da etwas tut.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist neu, dass wir in Phasen denken, nämlich einmal erst mit dem Parkhaus Mitte anzufangen, und bei der Kaufhof-Immobilie eben auch nicht Abriss, sondern Erhalt, Sanierung und Revitalisierung. Das geht meines Erachtens auch sehr viel schneller. Insofern gibt es da wirklich die Aussicht, dass wir da auch zügig beginnen können, zumindest auch mit dem Wettbewerb im September.

In Bezug auf Kaufhof wird eine ressourcenschonende Lösung untersucht, das habe ich schon gesagt. Die formulierten städtebaulichen Ziele sind ein breiter Nutzungsmix, eine bessere stadträumliche Konfiguration und eine hohe architektonische Qualität. Im Übrigen wird sich auch in der Oberstraße in Kürze etwas tun, auch das werden Sie in Kürze in der Deputation haben. Da sieht man, wie

sich in Zukunft nämlich Wohnen und Geschäfte in einem Gebäude gut vereinen lassen, meine Damen und Herren. Beim Campus Innenstadt tut sich auch etwas. Da sind seitens SWH schon Gutachten beauftragt, um zu schauen, wie viel eine Sanierung kostet und wie wir dort die Uni oder die Wissenschaft auch etablieren können.

Es ist klar, dass die Fortentwicklung einer lebendigen Innenstadt nur im Schulterschluss von Politik, Gesellschaft und Privatwirtschaft gelingen wird. Deswegen machen wir Beteiligungsprozesse, weil wir wissen wollen, was die Bremerinnen und Bremer von ihrer Innenstadt, von der guten Stube erwarten, und es tut sich etwas, und deswegen finde ich die Vorwürfe, die Sie machen, nicht gerechtfertigt.

Ich schließe mich Herrn Bücking wirklich an: Das, was Sie hier in Ihren Punkten aufgezählt haben, ist wirklich nichts Neues.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, leider! Das ist so, leider, aber immer noch aktuell!)

Das ist alles schon wirklich ein alter Bart, ein langer Bart, haben Sie gesagt, aber es ist wirklich nichts Innovatives, denn das sind die Dinge, die der Senat in der Tat schon längst untersucht hat und worauf das vertiefte Innenstadtkonzept auch basiert. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/83 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Bericht der städtischen Deputationen für Wirtschaft und Arbeit sowie für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung Kenntnis.

**Überprüfung und Fortschreibung des Lärmaktionsplans der Stadt Bremen (3. Stufe)
Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2022
(Drucksache [20/662 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Überprüfung und Fortschreibung des Lärmaktionsplans der Stadt Bremen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Überprüfung und Fortschreibung des Lärmaktionsplans der Stadt Bremen zu.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2463 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Osterholzer Heerstraße, Pfälzer Weg, Dürkheimer Straße und Otto-Brenner-Allee
Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2022
(Drucksache [20/663 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2463 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 25
vom 18. Februar 2022
(Drucksache [20/669 S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(L.F.M.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung angekommen. – Ich bedanke mich und wünsche Ihnen einen guten Heimweg!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:38 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 22. Februar 2022

Anfrage 10: Quarantänesituation von wohnungslosen Menschen in der Omikron-Welle? Anfrage der Abgeordneten Mehmet Ali Seyrek, Ute Reimers-Bruns, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Gönör und Fraktion der SPD vom 8. Februar 2022

Wir fragen den Senat:

1. Liegen dem Senat Kenntnisse vor, wie sich die Omikron-Welle unter den wohnungslosen Menschen verbreitet hat, wenn ja, wie stellt sie sich dar?
2. Wie gestalten sich in der Omikron-Welle die Unterkunftsmöglichkeiten (Quarantänestationen) von wohnungslosen Menschen, die sich mit Corona infiziert haben?
3. Mit welchen zusätzlichen Maßnahmen (zum Beispiel Unterbringungsmöglichkeiten, Coronatests) gedenkt der Senat, die Lage der wohnungslosen Menschen in der aktuellen Situation unbürokratisch und schnell verbessern zu können?

Antwort des Senats

Zu Frage 1: Im Dezember 2021 wurden zwölf Personen in der Wohnungslosenhilfe positiv auf das Coronavirus getestet. Im Januar 2022 waren es 20 Personen. Ob es sich dabei um die Omikron-Variante handelte, ist im Einzelfall nicht bekannt.

Zu Frage 2: Der Zentralen Fachstellen Wohnen stehen derzeit fünf Quarantänehäuser zur Verfügung. Die Personen in Quarantäne werden mit Lebensmitteln sowie Hygieneartikeln versorgt und regelmäßig besucht.

Menschen mit Suchterkrankungen werden vor Ort in Zusammenarbeit mit den medizinischen Fachkräften der Überbrückungssubstitution, dem Sozialpsychiatrischen Dienst sowie einem Pflegedienst unterstützt. Der Pflegedienst übernimmt darüber hinaus die weitere gesundheitliche Versorgung.

Zu Frage 3: Betroffene werden kontinuierlich informiert über die regelhaften Impfangebote im Café Papagei sowie die Möglichkeiten zur Impfung auch direkt in den Unterkünften. Diese Informationen erhalten sie in der Zentralen Fachstelle Wohnen, in den Unterkünften sowie bei den Angeboten der freien Träger.

Für Testungen gibt es eine Kooperation mit dem Gesundheitsamt und mit festgelegten Testzentren. Nach Vorlage einer Bescheinigung wird dort die Testung auch ohne individuellen Identifikationsnachweis vorgenommen. Für die Quarantäneunterkünfte sowie dringende Bedarfe steht zudem ein mobiles Testteam zur Verfügung.

Die Zahl der belegbaren Plätze in allen Unterkünften wurde zu Beginn der Pandemie entsprechend der Coronaverordnung angepasst. In Einrichtungen mit gemeinschaftlichen Sanitärbereichen oder Küchen werden Infizierte und Kontaktpersonen in Absprache mit dem Gesundheitsamt gebeten, sich testen zu lassen, sodass das Infektionsgeschehen eingedämmt werden kann.

Anfrage 11: Kommunikation von Coronamaßnahmen an Kulturakteur:innen

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 11. Februar 2022

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern wurde die vom Senat am 18. Januar 2022 beschlossene und am 20. Januar 2022 verkündete coronabedingte Beschränkung auf eine Personengrenze von 250 Personen für bestuhlte Indoorveranstaltungen den Kulturakteur:innen in Bremen vonseiten des Senats vorab angekündigt?
2. Wie viel Zeit hatten die Kulturakteur:innen, beispielsweise der Glocke oder des Theaters Bremen, um auf die Maßnahme, beispielsweise in Bezug auf die Ticketverkäufe und Stornierungen, zu reagieren?
3. Welche Möglichkeiten haben die Kulturakteur:innen, die ihnen durch abgesagte Veranstaltungen entstandenen Verluste geltend zu machen?

Antwort des Senats

Zu den Fragen 1 und 2: Das Kulturressort kommuniziert seit Beginn der Coronapandemie sehr zeitnah und tagesaktuell unmittelbar im Anschluss an die Beschlussfassung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses jede Änderung der Verordnung über große Verteiler mit stetiger, sehr positiver Resonanz seitens der Kulturakteure.

Dabei achtet das Ressort darauf, die neuen Regelungen verständlich und spezifisch für die Kulturakteure aufzubereiten und auch tagesaktuell Fragen zu beantworten. Diese Hinweise werden auch auf die Homepage des Ressorts gestellt.

Über die Änderungen im Rahmen der Dreißigsten Corona-Rechtsverordnung hat das Kulturressort die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden, von der Obergrenze betroffenen Einrichtungen direkt nach Bekanntwerden des Problems telefonisch informiert.

Da zudem die Frist zwischen dieser Ankündigung und dem tatsächlichen Inkrafttreten für eine Umsetzung sehr kurz war, hat das Kulturressort mit den Ressorts Gesundheit und Inneres eine Kulanzregelung in der Rechtsanwendung bis zum 23. Januar erreichen können. Dies hat das Kulturressort wiederum mit den Betroffenen direkt und auch mit dem Wirtschaftsressort kommuniziert.

Zu Frage 3: Für diese Fälle steht den bremischen Kulturakteuren der in solchen und ähnlichen Angelegenheiten bewährte Weg zum Sonderfonds „Kulturveranstaltungen“ des Bundes offen.

**Anfrage 12: Umwandlung der Schule an der Marcusallee in eine offene Ganztagschule
Anfrage der Abgeordneten Gönül Bredehorst,
Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 15. Februar 2022**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Wunsch der Schule an der Marcusallee – Schule für Hören und Kommunikation –, offene Ganztagschule zu werden, angesichts einer Vielzahl von Schüler:innen mit weiten Anfahrtswegen?

2. Welche zusätzlichen personellen und räumlichen Ressourcen und Sachmittel sind aus Sicht des Senats dafür erforderlich, und welche Kosten sind damit verbunden?

3. Welche zusätzlichen Herausforderungen wären mit einer Umwandlung in eine offene Ganztagschule verbunden?

Antwort des Senats

Zu Frage 1: Es ist das erklärte Ziel des Senats, Grundschulen und weiter bestehende Förderzentren zu Ganztagschulen auszubauen. Zudem besteht ab dem Schuljahr 2026/2027 der Rechtsanspruch für alle Einschulungskinder. Vor diesem Hintergrund sowie in Anbetracht der speziellen Umstände der Schule wird auch der Wunsch der Schule an der Marcusallee begrüßt.

Die senatorische Behörde arbeitet derzeit im Hinblick auf den oben genannten Rechtsanspruch an einem umfassenden Ganztagsausbauprogramm. Der Ausbau einer einzelnen Schule ist in das Gesamtkonzept einzupassen, insbesondere vor dem Hintergrund eng begrenzter finanzieller und baulicher Ressourcen. Im Rahmen des Ausbauprogramms wird jede Grundschule berücksichtigt werden

Zu Frage 2: In der Schule an der Marcusallee wären für die Umstellung auf einen Ganztagsbetrieb keine baulichen Maßnahmen notwendig. Personell müssten eine Sonderpädagogin/ein Sonderpädagoge sowie vier gebärdensprachkompetente Erzieher:innen und ein:e gebärdensprachkompetente:r Sozialpädagoge/Sozialpädagogin eingesetzt werden.

Es wäre ein Caterer beziehungsweise Konzessionär zu beauftragen, der die Zubereitung des Essens beziehungsweise die Versorgung verantwortet.

Offene Ganztagsgrundschulen erhalten je nach Modell vier Lehrerwochenstunden sowie zwischen sieben und 13 Erzieher:innenstunden pro Woche und Gruppe. Darüber hinaus wird ihnen eine Vertretungsreserve von zehn Prozent und eine Ressource für Früh- und Spätbetreuung sowie auch ein Schulleitungs- und Verwaltungsanteil zugewiesen.

Ziel der aktuellen Schulstandortplanung ist die Entwicklung der Schule an der Marcusallee zur gebundenen Ganztagschule. In diesem Zusammenhang ist der Bau einer Mensa mit Küche erforderlich sowie gegebenenfalls weitere Ausbau- beziehungsweise Anpassungsmaßnahmen in Bezug auf das Raumangebot für den Ganztagsunterricht. Konkrete Kosten können noch nicht genannt werden.

Zu Frage 3: Die Schule an der Marcusallee beschult unter anderem Schüler:innen aus dem Umland Bremen, für die Beförderung realisiert wird. Konsensual mit den Erziehungsberechtigten müsste geklärt werden, dass den am offenen Ganztagsunterricht teilnehmenden Schüler:innen eine gemeinsame Beförderung offeriert wird, da eine Beförderung zu unterschiedlichen Zeiten vor dem Hintergrund der Ressourcen wohl nicht darstellbar ist.

